

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Norbert Seitz

Aufstieg und Fall der Frankfurter Kulturpolitik

Ulrich Glaser/Thomas Rübke

Zwanzig Jahre Soziokultur in der
Bundesrepublik Deutschland

Winfried Schulz

Medienwirklichkeit und Medienwirkung

Aktuelle Entwicklungen der Massenkommunikation und ihre Folgen

Hermann Boventer

Ohnmacht der Medien

Die Kapitulation der Medien vor der Wirklichkeit

Irene Charlotte Streul

Die Umgestaltung des Mediensystems
in Ostdeutschland

B 40/93

1. Oktober 1993

Norbert Seitz, Dr. phil., geb. 1949; seit 1989 verantwortlicher Redakteur der SPD-nahen Kulturzeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Unfähigkeit zu feiern. Der achte Mai, Frankfurt a. M. 1985; Bananenrepublik und Gurkentruppe, Frankfurt a.M. 1987; zahlreiche Buchbeiträge und Veröffentlichungen in Zeitschriften und Tageszeitungen.

Ulrich Glaser, geb. 1960; Politikwissenschaftler; seit 1986 Mitarbeiter des Kulturamtes der Stadt Erlangen; Geschäftsführer der „Gesellschaft für Kulturprojektentwicklung“.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Günter Blamberger und Hermann Glaser) Berufsbezogen studieren. Neue Studiengänge in den Literatur-, Medien- und Kulturwissenschaften, München 1993.

Thomas Rübke, Dr. phil., geb. 1957; Soziologe; seit 1990 Mitarbeiter des Instituts für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA) in Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Das Nürnberger Kommunikationszentrum KOMM. Ein Beitrag zur Geschichte der Basisdemokratie, Frankfurt–New York 1991; (zus. mit Hermann Glaser) Dem Alter einen Sinn geben. Wie Senioren kulturell aktiv werden können, Heidelberg 1992; (Hrsg.) Zwanzig Jahre neue Kulturpolitik. Erklärungen und Dokumente, Essen 1993.

Winfried Schulz, Dr. rer. pol., geb. 1938; o. Professor für Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg–München, 1990²; (Mitherausgeber und -autor) Das Fischer Lexikon Publizistik/Massenkommunikation, Frankfurt 1989; (Mithrsg.) Massenkommunikation – Theorien, Methoden, Befunde, Opladen 1989; (Hrsg.) Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft, Weinheim 1992.

Hermann Boventer, Dr. phil., geb. 1928; Akademiedirektor a.D.; freier Publizist; seit 1976 Lehrbeauftragter für Medienethik und Kommunikationstheorie an der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Politische Bildung: Ethik, Werte, Tugenden, Trier 1980; Ethik des Journalismus, Konstanz 1983; Medien und Moral: Ungeschriebene Regeln des Journalismus, Konstanz 1988; Die Pressefreiheit ist nicht grenzenlos, Bonn 1989; Medien und Demokratie, Konstanz 1993.

Irene Charlotte Streul, Dr. phil., geb. 1944; bis 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Gesamtdeutschen Instituts Bonn; jetzt Bundesarchiv, Außenstelle Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Westdeutsche Literatur in der DDR. Böll, Grass, Walser und andere in der offiziellen Rezeption 1949–1985, Stuttgart 1988; zahlreiche Publikationen in Zeitschriften zur Literaturrezeption sowie zur Medien- und Kulturpolitik.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Aufstieg und Fall der Frankfurter Kulturpolitik

Das Spiel ist aus! Die Staatskommissare beziehen langsam bedrohlich Stellung; schließlich ist der Parvenü vom Main schon mehrfach angemahnt worden. Die Politiker befinden sich bereits auf dem Rückzug. Am Römerberg stapeln sich ihre leeren Bauchläden. Am Theater stopfen sich einige Abzocker noch rasch ihre Taschen mit Abfindungssummen voll. Währenddessen schwärmen die Kulturschwadronen noch unentwegt aus und verbreiten Nebel – es herrscht Smoggefahr in der Mainmetropole! Noch rechtzeitig besteigt der Kulturerenissimus den Helikopter am Paulsplatz, um künftig für den größten Sohn der Stadt über den Wolken zu schweben. Doch die Szene erinnert eher an einen „Tatort“, wenn Ivan Desny vornehm seiner Verhaftung entgeht.

Die Rede ist vom Fall der lange Zeit so modellhaften Frankfurter Kulturpolitik, der „neuen“, wie man sie zu Beginn der siebziger Jahre genannt hat, ehe sie am Ende der achtziger sogar zur „neuen neuen“ stilisiert wurde. Darunter durfte man sich freilich nicht mehr als eine freundliche Abgrenzung vom einfachen „Neuen“ vorstellen, das manchem bunten „Neuneuen“ denn doch zu volkspädagogisch altbacken vorgekommen sein mag. So stellt sich die Frankfurter Kulturpolitik im Rückblick wie eine vierteilige Genealogie dar:

– Am Anfang war eine leicht angestrengt daherkommende konkrete Utopie, Kultur als „Emanzipation“ zu begreifen; einst war damit der tägliche Kulturkampf angesagt.

– Sodann folgte die Phase der „Instrumentalisierung“; Kultur wurde zum ökonomisch bedeutsamen „Standortfaktor“.

– Aus dem Krähwinkel heraus mauserte sich eine urbanistisch gewendete Kulturlinke und zimmerte emsig am postmodernen Überbau der „Scheckbuchkultur“.

– Doch es half wenig – ohne Geld, Geist und Moral ist auch die einst so ruhmreiche Frankfurter Kulturpolitik jetzt an ihr Ende gelangt. Zwischen einer „Rühr-mich-nicht-an“-Pose und platten Vorschlägen zur Deregulation ist kein Sparkonzept erkennbar, das eine „Low-Budget“-Kultur zu denken imstande wäre.

I. Der sozialdemokratische Reformismus und die progressiven Anfänge in den siebziger Jahren

Mit dem Zulauf von Literaten seit Mitte der sechziger Jahre verfiel die SPD dem selbstgerechten Glauben, sie könne gleichsam gratis eine verängstigte Schriftstellerzunft auf ihr Wahlkampfkonto abbuchen. Erst mit kulturpolitischen Überfliegern wie Hermann Glaser in Nürnberg oder Hilmar Hoffmann in Frankfurt schien die Partei zu Beginn der siebziger Jahre ihr verstaubtes Kulturideal langsam loszuwerden, das mit der sklavisch-kleinmütigen Orientierung an den deutschen Klassikern auf die Angleichung an den bürgerlichen Bildungsstandard gesetzt hatte.

Diese unreflektierte Übernahme eines Begriffs vom Wesen der Kunst als dem interesselosen Schönen ging jeder sozialdemokratischen Kulturpolitik voraus; der ästhetische Erfahrungsbegriff war mehr am nachweltlichen Ruhm orientiert als an der Authentizität der künstlerischen Modernen. Die sozialdemokratische Bildungssparole „Wissen ist Macht“ mündete über Jahre in jene kulturpolitische Freizeitveranstaltung, für die beispielhaft stets die berühmte Busfahrt der Arbeiterwohlfahrt zum Riemenschneider-Altar stand. Aber auch der junge Hilmar Hoffmann stand in seinen frühen Oberhausener Jahren für diese Tradition: „Wagner für Arbeiter“.

Mit Koryphäen wie Glaser („Bürgerrecht Kultur“) und Hoffmann („Kultur für alle“) gewann die SPD jedoch ein neues, progressives kulturpolitisches Image, das jene weniger rühmliche Kontinuität der Partei vorübergehend in Vergessenheit geraten ließ, über die Fritz J. Raddatz einst gespottet hatte: „Es ist ja nicht wahr, daß diese Partei traditionsgemäß auf Seiten der Kultur stand... es ist nicht wahr, daß je und irgendwo die Sozialdemokratie Mut zum künstlerischen Experiment hatte.“

Die neue Frankfurter Kulturpolitik fügte sich seinerzeit in den sozialdemokratischen Reformismus der frühen siebziger Jahre ein. Emanzipation, Demokratisierung, Kommunikation und Ausdehnung der Partizipation auf den kulturellen Sektor hießen damals die Leitvorstellungen: „Kunst als Kommunikationsmodell für die Masse als Möglichkeit für

kulturelles Lernen und für Emanzipation“ – so umschrieb Hilmar Hoffmann noch 1974 das Ziel seiner damals so arg befehdeten kommunalen Kulturpolitik.

Kulturpolitik erschien mithin auch als Antwort auf gesellschaftliche Umbrüche und Krisen, „auf die Umstrukturierung des Produktionsprozesses mit geänderten Anforderungen an das Arbeitsvermögen und ein verändertes Freizeitverhalten, die Krise und Reurbanisierung der Städte, den Legitimationsverlust des politischen Systems und die Änderung der gesellschaftlichen Orientierungsmuster und Wertvorstellungen“. So formulierte es Bernd Wagner, der in mehreren Veröffentlichungen den Werdegang der neuen Kulturpolitik in den siebziger und achtziger Jahren beschrieben hat. Nachdem Hilmar Hoffmann schon als Oberhausener Kulturdezernent durchgesetzt hatte, daß der Kulturetat von 3,5 Prozent in aller Zukunft nicht mehr unterschritten werden dürfe, trimmte er ihn in den folgenden zwanzig Jahren seiner Frankfurter Zeit von 5 auf sage und schreibe 11,5 Prozent des gesamten städtischen Haushalts.

In Frankfurt wurde das erste Kommunale Kino in der Bundesrepublik eröffnet, die Mitbestimmung an den Städtischen Bühnen eingeführt und jenes Historische Museum eröffnet, das wegen seines Vorbildcharakters an progressiver Museumspädagogik schwersten Anfeindungen von rechts ausgesetzt war. Es begannen die heftigen Kulturkämpfe zwischen 1972 und 1974 gegen die Frankfurter Kulturpolitik und die Hessischen Rahmenrichtlinien des damaligen Kultusministers Ludwig von Friedeburg. Reiner Werner Faßbinder kam als Direktor ans Theater am Turm, es begannen die jährlich stattfindenden Römerberggespräche. Das Kulturprogramm expandierte: Jazz allerorten, Lieder im Park, das Summertime-Programm, Folklore und Rockmusik auf öffentlichen Plätzen, in Parks und Gebäuden: „Soziokultur, Massenkultur, Alternativkultur, kulturelle Reformen und Betätigungen, über die man von offizieller Seite nur die Nase rümpfte, wurden als integraler Bestandteil der Kultur anerkannt und somit Gegenstand der Kulturpolitik und kommunaler Kulturförderung.“ Bernd Wagner betont, daß dies damals nicht per Haushaltsumverteilung, sondern durch die Aufstockung der finanziellen Mittel bewegt wurde.

„Was waren das für Zeiten!“, schwärmte Hilmar Hoffmann rückblickend im alternativen Stadtmagazin „Pflasterstrand“ über die Mitbestimmung am Frankfurter Schauspiel. „Was waren das für Jahre, ohne daß einmal der Etat der Städtischen Bühnen angehoben werden mußte. Das Ensemble hat keinen Urlaub gemacht, niemand ist ausgeschert und hat ein TV-Angebot angenommen, son-

dern alle haben diskutiert und gemeinsam gearbeitet. Mitbestimmung entsprach eben der damaligen gesellschaftlichen Situation und konnte in der Zeit Spannendes leisten.“

II. Der kulturpolitische Imagegewinn der CDU in den achtziger Jahren

Obwohl die CDU 1977 ihren erfolgreichen Kommunalwahlkampf hauptsächlich gegen den Frankfurter Kulturchef und dessen „links-ideologische Kulturpolitik“ geführt hatte, übernahm der neue Oberbürgermeister Walter Wallmann den zuvor so angefeindeten Hoffmann vor allem, um „Ruhe an der kulturellen Front“ herzustellen. Damit schlug der Nachfolger Rudi Arndts zwei Fliegen mit einer Klappe: Die CDU sollte endlich ihr Image der Kulturfeindlichkeit loswerden, aber auch Wallmann seinen Ruf, nur ein erzkonservativer Kreuzzugspolitiker zu sein. So entstand die Legende vom Fürsten (Wallmann) und seinem Baumeister (Hoffmann) – mit dem Geheimen Rat (Alexander Gauland) als Bindeglied.

Bis Wallmann galt die CDU in kulturellen Dingen eher als Zensurpartei. Das kulturpolitische Sündenregister bis zur Bonner Wende haftete der Union wie ein Kainsmal an. Hatte es da nicht eine finstere Bilanz gegeben: die Gleichsetzung der Spätlyrik Brechts mit dem Horst-Wessel-Lied, die Verhinderung von Wedekind-Aufführungen, das berühmt-berüchtigte Pinscherzitat Ludwig Erhards, den Bildersturm Philipp Jennings u. a. auf Staack-Plakate oder die „Ratten und Schmeißfliegen“ des Kanzlerkandidaten Strauß.

Und seit der Wende gehörten immer noch öffentliche Ausfälle Zimmermanns gegen Achternbusch, Kohls späte und kaum glaubliche Entschuldigung im Vatikan für Hochhuths „Stellvertreter“ oder manche Tiefschläge aus Bayern gegen die auswärtige Kulturpolitik des Goethe-Institutes zum „guten“ Ton. Aber gleichzeitig sollte sich auch die neue Losung „Kultur als Staatsreklame“ durchsetzen. Lothar Späth erkannte als nächster nach Wallmann das strategische Gewicht der Kulturpolitik, holte den Dirigenten Gönnerwein an den Kabinetttisch und betrieb den bei Jack Lang abguckten „Gründungsboom“ von Kultureinrichtungen als „wechselseitige Katalyse kultureller und technologischer Modernität“ (Ingo Arend).

1977, als die große Gielen-Ära an der Frankfurter Oper mit Hans Hollmanns Don-Giovanni-Inszenierung begann, sonnte sich auch der frischgebakene CDU-OB im progressiven Glanz eines neuen

Opern-Regietheaters, obwohl dieses sich mit der hermeneutisch luziden Neuinszenierung von Opernklassikern gerade am konservativ-gewohnheitsorientierten Geschmackspublikum versündigen sollte. Und mit der kunstarchitektonischen Kulturpolitik an der Alten Oper, dem imposanten Museumsufer und der Ausstellungshalle Schirn spielten sich plötzlich auch CDU-Hinterbänkler wie generöse Mäzene auf, die zuvor beim Wort Kunst noch die Faust in der Tasche geballt gehalten hatten.

Derweil verzagte die Frankfurter Kulturlinke; zur neuen „Scheckbuchkultur“ Wallmanns und Hoffmanns mochte man kein Verhältnis gewinnen. Lieber ließ man sich von den Hofsängern des neuen Gleichklangs zwischen Kultur und Ökonomie das Schuhwerk des Kulturprovinzialismus verpassen. Als dann auch noch das Drama um die Absetzung der symbolisch hochbesetzten Mitbestimmung am Frankfurter Schauspiel seinen Lauf nahm, schien Hoffmann alle Sympathien bei den Linken eingebüßt zu haben. Dabei hatte der gewiefte Pragmatiker gar nicht anders gekonnt, als sie aus dem Spiel zu nehmen, nachdem sie zum Selbstbedienungsladen der Ensemblemitglieder zu verkommen schien. Als schließlich RAF-Sympathisanten aus dem Ensemble während einer Vorstellung im Schauspielhaus demonstrierten, waren es eher Linke, die Hoffmann im CDU-Magistrat vor Probleme gestellt hatten. Mit Spontis im Ensemble, die nur nach Lust und Laune spielten, ließ sich nämlich kein gewöhnlicher Abonnenten-Spielbetrieb mehr aufrechterhalten.

In der Auseinandersetzung mit der neuen kulturpolitischen Profilierung Wallmanns leistete sich die rot-grüne Frankfurter Opposition viele Niederlagen. Beide Parteien waren vorübergehend aus der Frankfurter Kulturpolitik weggetaucht und meldeten sich nur verschreckt defensiv oder kleinräuberisch zu Wort, mit haushaltspolitischer Beckmesserei oder als Subventionsabstauber.

Der SPD unterliefen in der Auseinandersetzung mit der Kulturpolitik Wallmanns unter der fragwürdigen Berufung auf eine „kulturelle Bedürfnisbefriedigung“ einige kunstfeindliche Ausrutscher. Etwa wenn Wallmann-Vorgänger Rudi Arndt sich an der kostenaufwendigen Berücksichtigung einer optimalen Akustik beim Wiederaufbau der Alten Oper stieß: „Das Bedürfnis, Kammermusik in dieser akustischen Vollkommenheit zu verfolgen, haben mit Sicherheit die 98 Prozent Bevölkerung, an die wir bei dem Wiederaufbau des Opernhauses gedacht haben, nicht.“ Doch bei aller Kritik – was war so unsozialdemokratisch am neokonservativen Konzept eines kulissenhaft wiederzugewinnenden „Bürgerstolzes“, gemessen an der kulturpoliti-

schen Tradition der SPD, die doch auch eher an Musealität und Kontemplation orientiert war? Wer seinerzeit etwa Wallmanns Rede zur Eröffnung der Alten Oper (1981) mit der Ansprache Klaus von Dohnanyis zur Wiedereröffnung des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg (1984) und deren „dumm-stolzes Eigentumsverhältnis zu den Klassikern“ (Henning Rischbieter) verglich, der konnte kaum Differenzen feststellen.

Es klang einmal spannend, verhielt neue Impulse, als der taufrischen Alternativbewegung noch nachgesagt werden konnte, sie adle ihr ästhetizistisches Lebensgefühl durch Kunst. Doch dies sollte sich als blanker Euphemismus herausstellen. Im Grunde wiederholte der überwiegende Teil der grünen Partei nur das gestörte Verhältnis zur Kunst, wie es schon Herbert Marcuse Teilen der 68er-Bewegung in seiner Schrift „Die Permanenz der Kunst. Wider eine bestimmte marxistische Ästhetik“ vorgehalten hatte. Die Bewegung hatte in Wahrheit „viel mehr Füße als Köpfe“: „Außer vagen Vermutungen über Nachbarschaft existiert hier nichts“ (Walter Prigge). Statt dessen schälte sich ein über Jahre im eigenen Saft schmorender Generalismus von kulturellen Hobbyhandwerkern heraus. Unter der denunziatorischen Abmeldung von der „bürgerlichen Kultur“ litt das propagierte „demokratische“ Kulturverständnis, das die soziale Phantasie einer Basis- und Stadtteilkultur und die kritische Aneignung der Bürgerkultur aufeinander beziehen wollte.

Mit dem kleinmütigen Gerede von den „Repräsentations- und Prestigebauten“ wurde der Eindruck erweckt, als habe man es in der Alten Oper noch mit dem überlebten Typus eines sich abschottenden Bildungsbürgertums zu tun. Mancher Linke brüstete sich borniert über Jahre damit, das Innere der Alten Oper eisern gemieden zu haben – ganz im Stile Helmut Kohls und seiner Interviewverweigerung gegenüber „Spiegel“ und „Stern“. Daher bekannte Ende der achtziger Jahre Daniel Cohn-Bendit: „Mit unserem kleinlichen Anti-Repräsentationsfeldzug haben wir der CDU Wallmannscher Prägung das urbane Feld kampfflos überlassen.“

Die schlimmsten Eigentore der Grünen wurden in der Auseinandersetzung um die Verleihung des Goethepreises an Ernst Jünger 1982 geschossen. Die seltsame Wiederkehr der schnöden Argumente einer Kunstzensur wie des Radikalenerlasses mußten Peinlichkeitsgefühle hervorrufen. Am Ende sah sich mancher Linke sogar genötigt, zähneknirschend in die Rolle des *advocatus diaboli* zu schlüpfen, um den repressiven Argumenten der grünen Römer-Fraktion keine Geltung zu verschaffen. Joschka Fischer bemerkte dazu seinerzeit: „Ein Eingriff der Politik in die Freiheit der

Kunst wird dadurch nicht besser, daß er, statt wie bisher üblich von rechts, nunmehr von linker und alternativer Seite kommt; er scheint mir eher noch verwerflicher zu sein, mißt man ihn an dem dieser politischen Richtung eigenen Freiheitspathos.“

Die Frankfurter Kulturpolitik während der Wallmann-Ära war ein schwieriges Unterfangen wegen ihrer legitimationsstrategischen Doppelbödigkeit. Da kursierte das Stichwort vom „kulturellen Ferment der Gesellschaft“, dessen Urhebererschaft sich die Ghostwriter Wall- und Hoffmanns gegenseitig streitig zu machen versuchten, obgleich doch beide Politiker – nahm man sie bei ihren öffentlichen Sonntagsreden – Konträres darunter verstanden. Während der Kulturdezernent unverdrossen „seine“ Politik als progressive Chance einer aktiven Mitwirkung darzustellen versuchte, begnügte sich die CDU meist mit dem schönen Schein eines neuen, kunstarchitektonisch aufgemöbelten Stadtzentrums. 1979 hatte Hilmar Hoffmann seine Botschaft „Kultur für alle“ noch als parteipolitische Grußadresse an seine verärgerten Genossen gerichtet, „um zu zeigen, wo ich stehe“ – viele hatten ihm die Mitarbeit im CDU-Magistrat verübelt. Doch mit der Zeit wurde geadaptiert, „Kultur für alle“ sei zum Motto einer postmodernen Beliebigkeit verkommen – etwa zum „Kultur für alles“ oder „Alles ist Kultur“ oder „Kultur für jeden Geschmack“.

Jürgen Habermas hatte seinerzeit darauf hingewiesen, daß sich die neohistoristische Rückkehr in der Architektur zum Eklektizismus des vergangenen Jahrhunderts vornehmlich „kompensatorischen Bedürfnissen“ verdanke. Der politische Neokonservatismus verwandle auf diese Weise Probleme, „die auf einer anderen Ebene“ lägen, in „Stilfragen“, um sie damit dem öffentlichen Bewußtsein zu entziehen. Trotz seiner Sympathien für die Wiederentdeckung der Kultur in der Politik beschrieb auch Hilmar Hoffmann indirekt die mit der neokonservativen „Stil“-Strategie einhergehende Gefahr, Kultur bloß als „Dekoration zu gebrauchen, mit der sich Politiker gern schmücken, um mit geborgtem Glanz die eigene Mittelmäßigkeit zu überdecken“. Die oppositionelle Linke fand bei solchen Auseinandersetzungen nur selten das Wort.

Eine differenzierte, ernsthafte Kritik am „Reiz und Unbehagen“ des „neuen Frankfurts“ wurde nicht geleistet, wie sie etwa von den Architekturkritikern Dieter Bartetzko und Wolfgang Pehnt versucht worden war. Erwähnt sei nur die Kritik an „der doppelbödigen Qualität einer Allianz aus postmodernem Neubau und Pseudo-Denkmalpflege“ sowie der Schwierigkeit, zwischen „Architektur gewordener Nostalgie“ und der angestrebten „ironisierten Erinnerung“ noch unterscheiden zu können. Dadurch – so Bartetzko – sei im „neuen Frank-

furt“ die Grenze zwischen „erträglichem“ und „anbiederndem“ Bauen nur „hauchdünn“ auszumachen. So mußte Hilmar Hoffmann bei seinen progressiven Lesarten der aufwendigen Frankfurter Kulturprojekte oftmals Argumentationsartistik vorführen – etwa hinsichtlich des Museumsufers, wo die Architektur als „brillantes Überkunstwerk gegen die... aufbewahrten Kunstwerke antritt“ (Wolfgang Pehnt). Kein Wunder, daß sich gegen eine als „populäre Zerstreung“ mißverständene „Kultur für alle“ auch rechtsadornistischer Argwohn zu Wort meldete; er kam aus der Ecke derjenigen, die sich von den nachdrängenden Sonntagsmassen am Museumsufer bei ihrem hermetischen Kunstgenuß in die Hacken getreten fühlten.

III. Die urbanistische Linke und der Jargon der Kultureigentlichkeit

Doch die Frankfurter Linke freundete sich allmählich mit dem „neuen neuen“ Frankfurt an, um ein noch neueres Frankfurt zur Vision zu erheben: das urbanistisch gewendete Metropolen-Frankfurt. Frankfurt, der schier unerträgliche Parvenü und Wichtigtuier unter den bundesdeutschen Großstädten, galt als Multiplikator aller postmodernen Urarten. Nach dem altlinken Häßlichkeits- und Authentizitäts-Mythos der sechziger Jahre hatte dann unter Wallmann die „urbanistische Überwindung des alten sozialtechnokratischen Stadtkonzepts“ begonnen, wo nunmehr selbst die randständige Linke vom neokonservativen Werbeprospekt einer wiedererstandenen Mainmetropole zwischen „Kultur und Kommerz“, „Tradition und Moderne“, „Geschäftssinn und Solidarität“, „Gemütlichkeit und Schick“ mitgerissen wurde.

Für manchen Betrachter hatte die neue Entwicklung nicht nur eine Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile gebracht: Auch die früher so bekritteltete Kulturindustrie wurde nunmehr postadornistisch als wichtiges Element fortschreitender Aufklärung umgedeutet. Diesem „neuen Behagen in der Kultur“, wie es Bernhard Uske nennt, fehlen seiner Ansicht nach „Abgrenzungskriterien für die privatwirtschaftlich verfaßte Kulturindustrie gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Kulturbereich“; der ästhetische Geltungsbereich würde nur mehr funktionalistisch formiert; andererseits verhalte sich das Konzept einer aufklärerischen Kulturindustrie ignorant „gegenüber der sich formierenden privatrechtlichen Mediokratie mit ihrem Strukturwandel öffentlicher Kulturvermittlung“.

Die urbanistische Kulturlinke verwechselte aber nicht nur Kulturbetrieb mit Kulturindustrie und Kultur mit Kulturpolitik, sondern auch die große Provinz Frankfurt mit einer Kulturmetropole. So wurde der Jargon der Kultur-Eigentlichkeit sprichwörtlich und lieferte den ideologischen Kitt für die einst so bekämpfte „Scheckbuchkultur“. Den Kern bildete dabei ein Vulgärhabermasianismus, der sich um eine *Diskurs*-Phraseologie zentriert, die von der „Streitkultur“ bis zum „Gegen-den-Strich-Bürsten“ reicht. Nicht zu vergessen die Floskel von der *Neuen Unübersichtlichkeit*, jener von Habermas vor zehn Jahren eingeführte Begriff für die schwierige Einordnung weltpolitischer Probleme in das gängige Rechts-Links-Schema, der mittlerweile völlig ins postmoderne *Anything Goes* eingespeist worden ist und seitdem nur noch als postmaterialistischer Willkommensgruß für die Individualisierung der Lebensstile gilt oder ein Überraschungspotential beim ideologischen Hammelsprung umschreibt.

Auch *Verfassungspatriotismus*, der von Habermas universalistisch geadelte Begriff Dolf Sternbergers, wurde popularisiert und kam als Ausdruck der plötzlichen Zufriedenheit mit vierzig Jahren Bundesrepublik wieder. Wo doch Habermas von einer Sein-Sollens-Spannung des Grundgesetzes ausgegangen war! Jener Verfassungspatriotismus nach Neu-Frankfurter Lesart glich nun eher einem Radikalenerlaß gegen unberechenbare und kulturverspätete „Ossies“.

Die rot-grüne Botschaft zur Wahl von 1989 war nach dem Schwenk vieler Linker nur ein Abklatsch. Volker Hauff versprach den Frankfurtern, ein besserer Erbe Wallmanns zu sein als dessen blasser christkonservativer Nachfolger Wolfram Brück. Doch das war zu wenig und zudem trügerisch, denn die Kulturboom-Zeiten, da der neue Wallmann den alten noch vergessen machen konnte, waren ein für allemal vorüber. Mit der Hoffmann-Nachfolgerin Linda Reisch schienen zudem jene postlinken Kulturkreise endlich auch ihre passende Dezernentin bekommen zu haben. Sie mußte das undankbarste Kulturamt der Republik übernehmen, hatte ihr doch der Vorgänger nicht nur den Glanz des höchsten Kulturanteils aller deutschen Städte, sondern auch etliche kostenintensive Abfindungs-Leichen wie den Generalmanager Ulrich Schwab oder den gescheiterten Operndirektor Gary Bertini hinterlassen. Als Besitzstandsbewahrerin oder als Sparkommissarin schien die eher an einem aufwendigen Kampagnen-Verständnis von Kulturpolitik orientierte Dezernentin wenig geeignet zu sein.

Aber auch in Zeiten knappen Geldes wurde unbeirrt an der Praxis kostspieliger Einkäufe festge-

halten, denn die überambitionierte neue Kulturdezernentin hätte sich auch allzugern mit einem kulturellen Großvorhaben in die Römer-Annalen eingetragen. Doch am Ende zerrannen ihr alle Wunschprojekte zwischen den Fingern. Erst nach einer Rücktrittsdrohung gewährte ihr die SPD eine kleine Anstandssumme für das Lieblingsprojekt einer „Akademie der Künste“, von der sich selbst die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ distanzierte: „Brauchen wir eine Akademie, die sich die Nachbereitung unzähliger Fernsehrunden und Talkshows... zur Aufgabe macht?“ Ebenso wurde Reisch das starre Festhalten an einer Spartenenteilung an den Städtischen Bühnen von der „Frankfurter Rundschau“ als ideologische Borniertheit vorgehalten, nachdem sich der angestrebte Kostenspareffekt nicht nur nicht einstellen wollte, sondern Mehrkosten von weiteren 2,5 Millionen DM entstanden waren. Die vielbeschworene Strukturreform in der Kulturverwaltung blieb ein frommer Wunsch, zumal wenn – wie die FAZ schrieb – mit der Beschwörung einer „Erlebniskultur“ nur „die Konkurrenz der Städte untereinander als eine Art Kulturkampf“ begriffen werde.

Während der Laden pleite ging, folgte der postmodernen Reideologisierung von Kulturpolitik die Schickimicki-Versumpfung auf dem Fuße. An den Städtischen Bühnen z. B. war es zu unglaublichen Abzockereien von Abfindungen trotz erwiesener Inkompetenz gekommen (die Fälle Bertini-Markow, Eschberg-Füllenbach!). Mißmanagement und Geldverschwendung desavouierten den Kulturbetrieb weitgehend, vor allem den Theaterbereich. Auf die Frage, ob sich das Theater zu einer „unmoralischen Anstalt“ entwickelt habe, antwortete Altdezernent Hoffmann lapidar: „Der Eindruck ist leider zutreffend... Am Theater gibt es immer mehr ‚Genies‘, Genies im Verhandeln, die Unverschämtes fordern und von hilflosen Kulturverwaltern auch erhalten.“

IV. Das Deregulationsfinale

Aber noch einmal trommelten und tönnten die neo-urbanistischen Frankfurttümler zur Kommunalwahl am 17. März dieses Jahres. „Es wird also aus Frankfurt ein Zeichen in die Welt gehen“, weisagte kühn die „Süddeutsche Zeitung“, weil Frankfurt eine Stadt „der Tradition, Toleranz und Weltoffenheit“ sei. Ganze Heerscharen schworen in Lichterketten vor der Wahl, daß in dieser Stadt mit ihrer „gelebten Multikulturalität“ und „intakten Fremdenfreundlichkeit“ die Partei Schönhubers kein Bein auf den Boden bekommen und

Rot-Grün sich souverän behaupten würde. Dementsprechend groß war der Katzenjammer hinterher. Rot-Grün hatte sich bei schweren Verlusten der SPD gerade noch durchs Ziel gerettet, die CDU aber stellte unter der relativ unbekanntem Spitzenkandidatin Petra Roth die stärkste Fraktion, und Franz Schönhuber nahm die Hürde spielend.

Als Ouvertüre zu den ersten rot-grünen Koalitionsverhandlungen nach der Wahl hatte die Kulturdezernentin noch ein umfangreiches Umbau-Programm präsentiert, das freilich nach den ersten Kürzungsplänen schon Makulatur sein sollte. Auf zwei Jahre wurde ein Abspecken des Kulturetats von 450 Millionen DM um 50 Millionen DM andiskutiert, halbwegs beschlossen, ad absurdum geführt, rückgängig gemacht, wieder gefordert, aber zeitlich gestreckt. Der Kampf um die Kulturpfründe begann, heilloser Entsetzen brach in der Szene aus. Die Kulturschwadronen zogen durch die Cafés und Feuilletonspalten, sahen die Barbarei heraufziehen und vergriffen sich häufig im Ton, wenn etwa schamlose Parallelen gezogen wurden – wie zum Beispiel die zwischen dem Aderlaß der Kulturszene zu Zeiten des Nationalsozialismus und dem möglicherweise zu erwartenden infolge der aktuellen Sparsituation im luxuriösen Frankfurt: „Wenn Kulturen zerfallen und Weltsichten auf die Vordergründigkeiten des Alltagsgeschehens reduziert werden, folgt Verwilderung“, so Wolf Singer, Direktor des Max-Planck-Instituts. Doch die „Verwilderung“ beginnt in Frankfurt nicht jenseits der Kultur. Ebenso hysterisch klangen häufig Vermutungen über eine Interdependenz zwischen Kulturabbau und wachsender Xenophobie an.

Es war also kein Wunder, daß auch die urbanistischen Frankfurt-Illusionen wie ein Kartenhaus zusammenfielen. Frankfurt war plötzlich nicht mehr „Metropole“ und „die Stadt“, sondern „zu klein für die große Kultur“ (G. Rohde). Peter Iden machte gar eine „traditionelle Frankfurter Indifferenz gegenüber der Kunst“ ausfindig, während Gerhard Rohde „die Psyche der Frankfurter Bürger ohnehin eher auf Idylle eingestimmt“ sah. Kein arrogantes Klischee gegenüber den „kulturtauben“ Parteien schien billig genug, um nicht doch noch aus der Schublade gezogen zu werden. SPD-Kulturpolitik dürfe sich nicht auf die „Förderung von

Mundartdichtung und Karnevalsvereinen reduzieren“ (Frankfurter Rundschau). Die Kultur schien nicht mehr „auf der Höhe ihrer eigenen Wirklichkeit“, wie Reinhard Mohr schrieb.

Die Kulturdezernentin betrieb zunächst weiterhin einen rigiden Ressortegoismus („Theater schließt man nicht wie Schwimmbäder“), was vor allem von grüner Seite heftig kritisiert und eher als Beitrag der Kultur zur Entsolidarisierung empfunden wurde. Eine Kulturpolitik hatte endgültig abgedankt, die mit der linken Hand das Sparen den anderen Ressorts überließ und mit der rechten nach wie vor äußerst großzügig Dotationen und Pfründen verteilte – wie im Falle des künftigen Operndirektors Sylvain Cambreling, der mit 860 000 Mark doppelt soviel verdienen wird wie sein ohnehin schon gigantisch überbezahlter Vorgänger Bertini.

Es war wie das letzte Knirschen einer gestrandeten Kulturpolitik: Während Hoffmann neuerdings in einem Anflug von Chuzpe die Resultate seiner „Scheckbuchkultur“ in der Wallmann-Ära gegen seine progressiven Anfänge auszuspielen versucht, paddelt seine Nachfolgerin nur noch in neoliberalistisch flachen Gewässern: Die Kulturkürzungsdebatte droht zum reinen Deregulationsproblem (Stichwort: Apparateverschlangung) reduziert zu werden. Daß sich dabei jene, die sich zuvor als großzügige Abfindungsmanager betätigt haben, hinterher gegenüber anderen als strenge Theater-Deregulatoren und rigide Stellenstreicher zu Wort melden, gehört zu den typischen Frankfurter Ungereimtheiten einer moralisch in Mißkredit gekommenen Szene.

Wo der Laden zwar pleite war, aber der Geist noch Zuckungen verspüren ließ, blieb zumindest Spielraum für Liebhaberei und Legendenbildung. Wo aber Laden und Geist gleichermaßen pleite sind, da muß auch die Politik Konkurs anmelden. – Der Helikopter mit dem Serenissimus hat indessen längst abgehoben und den Frankfurter Boden verlassen. Trotz der Nebelschwaden der Kulturschwadronen kann er vielleicht drunten am Main einen Menschaufmarsch erkennen. Während in den Museen die letzten Exponate verscheuert werden, drängen sich die Massen nichtsahnend zum Museumsuferfest.

Zwanzig Jahre Soziokultur in der Bundesrepublik Deutschland

Zwischen jugendlichem Aufbruch und vorzeitiger Vergreisung?

Die Entwicklungen der „Soziokultur“ während der letzten 20 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland nachzuzeichnen, heißt vor allem, viele Vorurteile auszuräumen, die gegenüber dieser Form der Kulturpolitik und -praxis bestehen. Da in den beginnenden neunziger Jahren wieder Tendenzen einer neuen Hermetik der Kunst zutage treten, die sich aus den Umarmungen von Politik, gesellschaftlichen Erwartungen und kommerzieller Vermarktung gleichermaßen lösen will, sind soziokulturelle Konzepte nicht gerade in Mode, die die Grenzen zwischen kulturellen, sozialen und pädagogischen Aufgabenbereichen durchlässiger gestalten wollten.

Nicht nur im „anschwellenden Bocksgesang“ von Botho Strauß¹, der im Stile eines neuen Konservatismus auf's Eigentliche hoher Kunst zurückgehen will, wird die Erweiterung des Kulturbegriffes, die für die Soziokultur programmatisch geworden ist, mit wachsendem Mißtrauen gesehen. Selbst ein kulturpolitisch bewanderter Feuilletonist wie Dieter E. Zimmer² machte das soziokulturelle Programm dafür verantwortlich, daß das Kulturverständnis heute für alles herhalten muß und kein rechtes Maß der Beurteilung mehr vorhanden ist, wenn schon jeder Grillabend der Stadtparkasse als Kulturereignis angekündigt wird. Nicht einmal mehr auf die früheren Weggefährten können sich die Protagonisten der Soziokultur verlassen. Jürgen Kolbe, ehemaliger Kulturreferent Münchens, hat medienwirksam den Befreiungsschlag gegen seine alten Überzeugungen geführt³. Ein entgrenzter Kulturbegriff voller „sozialer und demokratischer Flausen“ ist seine Sache nicht mehr. Viel eher hält er es mit einer kulturpolitischen Auffassung, die wieder der hohen Kunst huldigt und den Schnickschnack vermeintlich fortschrittlicher Heilslehren fahren läßt. Nicht ohne Absicht ver-

öffentlicht er seinen Sinneswandel zu einem Zeitpunkt, an dem es den Kulturhaushalten an den Kragen geht, sozusagen als polemisch verpackten Sparvorschlag eines durch besseres Wissen Bekehrten.

Um manch wohlkalkuliertes Mißverständnis auszuräumen und den Stellenwert, die Herkunft und mögliche Zukunft der Soziokultur darzustellen, wollen wir zunächst einige Grundlagen der Kulturpolitik in Deutschland skizzieren (I). Darauf aufbauend soll das soziokulturelle Politikkonzept in seiner historischen Entwicklung, seinen inhaltlichen Vorstellungen und seinen institutionellen Erfolgen kurz beschrieben werden (II). Und schließlich wollen wir einen Einblick in die aktuelle Diskussion geben, die sich mit der Frage beschäftigt, wie die Soziokultur angemessen auf die gesellschaftlichen Herausforderungen der neunziger Jahre reagieren könne (III).

I. Kulturpolitik im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland und ihre Finanzierungsgrundlagen

Kulturpolitik hat in Deutschland einen besonderen Stellenwert innerhalb der föderalistischen Struktur des politischen Systems. Sie ist eine Aufgabe der Länder und vor allem der Städte und Gemeinden. Von den 9,7 Mrd. DM, die die öffentliche Hand 1989 für Kulturzwecke ausgab⁴, stammen nur 1,7 Prozent aus den Mitteln des Bundes. Der Anteil der Länder liegt bei 40,3 Prozent, der der Gemeinden bei 57,9 Prozent. Diese Relation hat sich seit der Öffnung der Mauer zugunsten des Bundes verschoben, der im Zuge einer Übergangsfinanze-

1 Vgl. Botho Strauß, *Anschwellender Bocksgesang*, in: *Der Spiegel* vom 8. 2. 1993, S. 202–207.

2 Vgl. Dieter E. Zimmer, *Kultur ist alles. Alles ist Kultur. Über die sinnlose Erweiterung des Kulturbegriffs – und was dies bedeutet für die öffentlichen Etats*, in: *Die Zeit* vom 4. 12. 1992, S. 67.

3 Vgl. Jürgen Kolbe, *Die Kulturpolitik stirbt still. Über die Desaster einer einst glanzvollen Disziplin*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 7. 1993.

4 Vgl. Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), *Öffentliche Ausgaben für Kunst und Kulturpflege, Kunsthochschulen, Erwachsenenbildung und Bibliothekswesen. Rechnungsergebnisse nach den Haushaltsebenen 1980 bis 1989 und Haushaltsansätzen der Länder 1980 bis 1991*. Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Sonderheft Statistik und Vorausberechnung, Nr. 59, Neuwied 1992.

rung für kulturelle Einrichtungen in den neuen Ländern erhebliche Mittel zur Verfügung stellt⁵.

Die Vorrangstellung der kommunalen Kulturpolitik wird schließlich noch durch die Tatsache untermauert, daß die finanzielle Unterstützung der Kultur durch Wirtschaftsunternehmen eine untergeordnete Rolle spielt. Dem „Sponsoring“ und „Fund-raising“, das z.B. in den USA die Haupteinnahmequelle für kulturelle Institutionen darstellt, wurde zwar auch hierzulande in den letzten Jahren große öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Die materiellen Resultate lassen allerdings zu wünschen übrig: Nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts in München stellten Wirtschaftsunternehmen etwa 360 Mio. DM für kulturelle Zwecke bereit, das sind etwa 4 Prozent des Geldes, das die öffentliche Hand für Kultur ausgibt⁶.

Der Vorrang der Städte und Gemeinden hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik im großen und ganzen als Vorteil erwiesen. Damit bietet sich für die kommunale Kulturpolitik die Chance, relativ eng mit den Interessen und Bedürfnissen der Bürger, des Publikums und der Künstler verbunden zu bleiben. Insbesondere für die Entwicklung der Soziokultur hatte dies unschätzbare Vorteile: Ihr Charakteristikum einer freien Szene, die sich nicht auf den Typ einer der traditionellen Institutionen wie Staatsmuseen und Stadttheater festlegen läßt,

5 Diese Übergangsfinanzierung, deren Mittel vornehmlich in die zwei Programme für kulturelle Substanzerhaltung bzw. Infrastruktur fließen sowie – zum geringeren Teil – dem Denkmalschutz zugute kommen, soll entsprechend reduziert werden, wenn die „neuen Bundesländer“ bzw. ihre Städte und Gemeinden auf eigenen finanziellen Füßen stehen. Sie wird wohl fast vollständig fortfallen, wenn der Länderfinanzausgleich 1995 in Kraft tritt. Nach Auskunft des Bundesministeriums des Innern, das diesen Posten verwaltet, wurden für die Übergangsfinanzierung 950 Mio. DM in 1991 und 830 Mio. DM in 1992 verwendet. Für 1993 beträgt die Übergangshilfe des Bundes nur noch 650 Mio. DM, wobei der Bund – dies soll nicht verschwiegen werden – erst nach langem Drängen von Kulturinstitutionen, Länderregierungen und kommunalen Spitzenverbänden die ursprünglich eingeplanten 300 Mio. DM auf den genannten Betrag aufstockte (vgl. Kulturpolitische Mitteilungen [Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft], III/1992, S. 8). Da nach der sich nun abzeichnenden Haushaltslage viel mehr eingespart werden muß und die AB-Maßnahmen im Kulturbereich im großen Stil abgebaut werden, wird wohl ein nochmaliger Protest im nächsten Jahr noch schwieriger werden. Das Bundesministerium für Finanzen hat jedenfalls jetzt den vom Innenministerium vorgelegten Haushaltsansatz von 540 Mio. DM für 1994 als streitig erklärt und sich im Kabinett mit seiner Position durchgesetzt. Sollte der vom Kabinett gebilligte Entwurf in der jetzigen Form auch vom Parlament verabschiedet werden, so ist tatsächlich jener Substanzverlust im Kulturbereich zu befürchten, der in den letzten Jahren schon häufig beschworen wurde.

6 Vgl. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Neuere Entwicklungen bei der Finanzierung von Kunst und Kultur durch Unternehmen, ifo-Schnelldienst, Nr. 4 und 5, München 1992, S. 8–23.

setzt ein hohes Maß an Offenheit auf der Seite der Kulturpolitiker voraus, die eine schwierige Balancearbeit zwischen den Ansprüchen der Kulturschaffenden und des Publikums einerseits und politischer Sachzwanglogik und Verwaltungshandeln andererseits verrichten müssen.

Dennoch ist die politische Institutionalisierung der Soziokultur schwierig geblieben. Sie hat nur in einigen Städten, in denen wichtige Vertreter der Soziokultur Kulturdezernenten waren, wie z.B. Hermann Glaser, Alfons Spielhoff oder Richard Erny, zu dauerhaften Erfolgen geführt. Noch heute gibt es kaum eine soziokulturelle Einrichtung in der Bundesrepublik, deren Daseinsberechtigung so unumstritten wäre wie die eines Opernhauses oder eines Museums. Immer noch gehört die politische Legitimation der eigenen Existenz zu den alltäglichen Aufgaben der Soziokultur. Immer noch ist es für Kulturpolitiker einfacher, die traditionellen Einrichtungen wie Theater und Museen zu fördern. Selbst ein Kulturdezernent wie Hilmar Hoffmann, der international wegen seines Engagements für eine „Kultur für alle“ bekannt wurde, hat in seiner lokalen Politik zu Hause in Frankfurt die Soziokultur eher vernachlässigt und statt dessen auf neue Museumsbauten gesetzt.

Daraus wird ersichtlich, wie mühsam es war und ist, Soziokultur als ein selbstverständliches Teilgebiet der Kulturpolitik durchzusetzen. Ob dies heute gelungen ist, kann bezweifelt werden. Soziokultur ist immer noch ein Projekt auf Abruf. Ein paar weitere Zahlen können diese Tatsache belegen: Überblickt man die Fördermengen, die der Bund oder die Länder für Aufgaben der „Neuen Kultur“ bereitstellen, so fallen sie kaum ins Gewicht. Der Bund hat einen „Fonds Soziokultur“ eingerichtet, der mit ca. einer Mio. DM pro Jahr Modellprojekte der freien Kulturarbeit fördert. Einige Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg haben ähnliche Töpfe. Neuerdings haben Niedersachsen und Brandenburg Mittel für freie Kulturarbeit und Soziokultur bereitgestellt.

Die Soziokultur ist also bis heute, trotz aller öffentlichen Erfolge, eher ein Randphänomen der Politik geblieben. Dies gilt auch für ihren Kernbereich, die kommunale Kulturpolitik: Vom gesamten Haushalt einer Stadt wie Nürnberg (ca. 500 000 Einwohner), die für die Förderung ihrer soziokulturellen Einrichtung und freien Kulturszene bundesweit anerkannt ist, werden nur etwa 7–9 Prozent des Kulturhaushalts für soziokulturelle Arbeit ausgegeben⁷. Theater- und Opernhaus

7 Vgl. Etataufstellung des Kulturreferates Nürnberg vom 24. 8. 1992. Etwas geringere Prozentwerte ergeben sich für Hamburg; vgl. Querstreifen. Hamburger Zeitschrift für

kosten die öffentliche Hand etwa achtmal soviel. Dabei macht der Kulturetat der Stadt mit 127 Mio. DM nur etwa 4,6 Prozent des Gesamthaushaltes aus. Allein mit den Mitteln, die die hydraulische Hebebühne des Münchener Nationaltheaters verschlungen hat, ließe sich das Nürnberger soziokulturelle Zentrum KOMM ein halbes Jahrhundert bezuschussen. Wer also an der Soziokultur Geld einsparen will, wird sicher vieles kaputt machen, aber eines sicher nicht erreichen: eine spürbare Entlastung der unter Druck geratenen städtischen Haushalte.

Zu einem noch schlechteren Ergebnis kommt eine Untersuchung im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Demnach werden von den gesamten Kulturhaushalten der Städte über 50 000 Einwohner (= 1,57 Mrd. DM.) gerade einmal 9,9 Mio. für freie Kulturarbeit ausgegeben. Dies entspricht für die größeren Städte über 200 000 Einwohner einem Anteil von 0,6 Prozent, für die kleineren Städte (50 000–200 000 Einwohner) von 0,8 Prozent des Kulturetats⁸.

II. Das soziokulturelle Politikkonzept

Dennoch: Es gibt auch eine Erfolgsgeschichte zu erzählen. Soziokultur hat sich etabliert; sie ist ein – wenn auch stets gefährdeter – Teil der Kulturpolitik in der Bundesrepublik geworden, und sie hat das kulturelle Leben der Bundesrepublik seit Beginn der siebziger Jahre zweifellos bereichert – das wird ihr mittlerweile auch von ihren Kritikern zugute gehalten.

In den fünfziger und sechziger Jahren beherrschte noch eine eingegrenzte „Niveauekultur“⁹ oder „Hochkultur“ das kulturelle Leben, die wenig mit dem Alltagsleben der Menschen zu tun hatte. In den Augen des „Kulturmenschen“ versprachen nur die klassischen Formen des Theaters, des Tanzes, der Literatur, der Musik als ernstzunehmende

Stadtkultur, (1993) 16, S. 14–17. Die große Schwankungsbreite dieser Schätzungen ist natürlich dem Umstand geschuldet, daß sich soziokulturelle Aktivitäten und Einrichtungen nie ganz genau abgrenzen lassen. Dennoch zeigt sich daran der Stellenwert der Soziokultur im städtischen Gesamthaushalt, der demnach etwa bei 0,35 Prozent liegt.

⁸ Vgl. Doris Gau, Freie Kulturarbeit in den nordrhein-westfälischen Kommunen, in: Norbert Sievers/Bernd Wagner (Hrsg.), Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge – Analysen – Konzepte, Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern, Band 23, Stuttgart–Berlin–Köln 1992, S. 299–314.

⁹ Vgl. Gerhard Schulze, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt/M. – New York 1992.

kulturelle Ausdrucksformen erbauliche Stunden; alles andere gehörte in die Kategorie des „Kitsches“, der niederen und wertlosen Gebrauchs-kunst.

Kultur war in diesen beiden Jahrzehnten – im Gegensatz zu den drei kurzen Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Währungsreform – eher unpolitisch¹⁰. Sie sollte eben nicht kritisieren, sie sollte nicht weh tun. Sie sollte vielmehr die ewig humanen Werte nur für den festlichen Anlaß präsentieren, ohne im einzelnen danach zu fragen, ob sich die Menschen in ihrem Beruf und Privatleben auch an diese Werte halten. Das kulturinteressierte Publikum gehörte einer Generation an, die von Kultur nichts anderes verlangte. Diese Generation der um 1930 Geborenen hatte noch im jugendlichen Alter das Ende des Nationalsozialismus miterlebt. Sie war eine zutiefst „skeptische Generation“¹¹ und enthielt sich weitgehend politischer Aussagen. Auf der anderen Seite war sie eine Generation der wirtschaftlich orientierten Macher, ohne die das „deutsche Wirtschaftswunder“ nicht möglich gewesen wäre. Diese unpolitische und pragmatisch orientierte Mentalität fand in den „ewigen Werten“ der Kultur ihre Ergänzung. Dort konnte man im begrenzten Raum des Theaters seinen Hunger nach Sinn und Orientierung befriedigen, seine existentiellen Zweifel ausleben und sogleich beruhigen, ohne daß es im alltäglichen Leben zu Störungen kommen mußte¹². Die von Max Weber für die Moderne konstatierte Ausdifferenzierung von Politik, Kultur und Wirtschaft in getrennte Teilsysteme des öffentlichen Lebens fand in diesen beiden Jahrzehnten einen besonders prägnanten Ausdruck.

Die Soziokultur hat dieses „abgehobene“ Kulturverständnis erschüttert. Dies geschah zu einer Zeit, als sich die Gesellschaft der Bundesrepublik durch die Studentenbewegung nach 1968 und die Reformpolitik der sozialliberalen Bundesregierung unter Willy Brandt im Umbruch befand. „Mehr Demokratie wagen“ war nicht nur ein prägender Satz der Regierungserklärung von 1969. Er war ein Symbol des gesellschaftlichen Aufbruchs dieser Zeit, der auch die Kultur erfaßte. Die Soziokultur wollte dabei keineswegs als vollständig neues Muster an die Stelle der „alten“ Hochkultur treten. Sie wollte diese ergänzen. Ihr Grundgedanke war

¹⁰ Vgl. Hermann Glaser, Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948, München – Wien 1985.

¹¹ Vgl. Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf – Köln 1957.

¹² Vgl. Albrecht Göschel, Die Ungleichzeitigkeit in der Kultur. Wandel des Kulturbegriffs in vier Generationen, Schriften des deutschen Instituts für Urbanistik, Stuttgart – Berlin – Köln 1991.

eine „Kultur für alle“¹³. Am konkreten Beispiel: Sie wehrte sich nicht gegen die Rezeption und Auseinandersetzung mit der Musik Richard Wagners. Vielmehr wandte sie sich gegen eine „Hügelkultur“ (Hermann Glaser), die die Bayreuther Festspiele zum Ritual der Reichen, Mächtigen und Schönen, kurz, der Eliten machte. Diese Art der Repräsentation setzte nur ein schlimmes Erbe der deutschen Kultur fort, die zum Kult wird, zu einem Weihefest der wenigen Eingeweihten.

Die Soziokultur und ihre Protagonisten setzten dagegen auf Öffnung und Demokratisierung. Einer der Vorläufer dieser Richtung, der englische Kulturtheoretiker Raymond Williams, formulierte schon in seinem 1965 erschienenen Buch „The Long Revolution“: „Jede Art von Tätigkeit leidet, wenn sie vollkommen abstrahiert und losgetrennt wird... Die Kunst hat darunter gelitten, daß man sie in einen Bereich besonderer Erfahrung (Emotion, Schönheit, Phantasie, Vorstellungskraft, das Unbewußte) relegiert hat, auf den sie sich in der Praxis nie beschränkte, da sie in der Wirklichkeit von Alltagstätigkeiten bis zu außergewöhnlichen Krisen und Formen besonderer Intensität reichte und ein weites Spektrum von Mitteln benutzte, angefangen von der auf der Straße gesprochenen Sprache und volkstümlichen Geschichten bis zu eigenartigen Systemen und Bildern.“¹⁴ An gleicher Stelle belegt Williams, wie wenig gerechtfertigt eine Kunst ist, die sich von der gesellschaftlichen Kommunikation losgelöst hat: „Bezeichnenderweise klammert die ästhetische Theorie stillschweigend die Kommunikation als gesellschaftliches Faktum aus. Kommunikation ist aber die Crux jeder Kunst.“¹⁵

Dies sind auch die Motive, die die Entstehung der Soziokultur in Deutschland leiteten: Kunst ist selbst ein nach Offenheit und Kommunikation verlangendes System. Deshalb ist die Forderung nach Demokratisierung keine Forderung, die nur von außen – sozusagen künstlich – an die authentische Kunst herangetragen wird. Sie gehört vielmehr zu ihrem Wesen.

Wendet man sich nun den praktischen Folgen dieses kulturpolitischen Programms zu, so gibt es einige langfristige Tendenzen, an denen sich die Veränderungen der Kulturpolitik und -praxis in den letzten 20 Jahren ablesen lassen. Um sie darzustellen, möchten wir auf ein Schema des Bamberger Soziologen Gerhard Schulze zurückgreifen.

13 Vgl. Hilmar Hoffmann, Kultur für alle. Perspektiven und Modelle, Frankfurt/M. 1981.

14 Raymond Williams, Innovationen. Über den Prozeßcharakter von Literatur und Kultur, hrsg. von Gustav Klaus, Frankfurt/M. 1983, S. 45.

15 Ebenda, S. 34.

Schulze unterscheidet in seinem Buch „Die Erlebnisgesellschaft“ vier verschiedene Dimensionen der kulturellen Entwicklung:

- die Kulturpolitik bzw. -verwaltung,
- die kulturellen Korporationen (die einzelnen künstlerischen Institutionen und Gruppen wie Theater, Musikensembles, freie Gruppen usw.),
- die Künstler und
- das Publikum.

Vornehmlich die beiden ersten Dimensionen machen den politischen Kernbestand der Soziokultur aus. Man kann sagen, daß der Erfolg der Soziokultur daran zu messen ist, daß sie einerseits eine neue Kulturpolitik formuliert; andererseits gelingt es ihr, einen neuen Typ von Korporationen zu schaffen (Kulturläden, Kommunikationszentren usw.) bzw. zu unterstützen (wie eben freie Theatergruppen, Künstlergemeinschaften, Geschichtswerkstätten usw.), der bislang keinen Platz im Kulturleben hatte.

Kulturpolitik hatte bis in die sechziger Jahre hinein kein besonderes politisches Profil. Sie war in der Hauptsache mit der Verwaltung der großen örtlichen Museen, Orchester, Theater oder Volkshochschulen befaßt. Darüber hinaus besaß sie kaum einen eigenständigen Gestaltungswillen. Dies änderte sich zu Beginn der siebziger Jahre schlagartig. Vom Reformklima in der Bundesrepublik angesteckt, dachten viele Politiker über einen neuen Stellenwert der Kultur nach. Walter Scheel, der damalige Außenminister, formulierte in einer Debatte zur auswärtigen Kulturpolitik im Jahre 1971: „Wir fassen den Kulturbegriff weiter, als es bisher üblich war. Wir müssen den gültigen ästhetisch-akademischen Rahmen sprengen und die Kulturarbeit auf alle Gebiete internationaler und gesellschaftlicher Zusammenarbeit erstrecken. Kultur ist kein Privileg mehr für wenige, sondern ein Angebot für alle; wir dürfen nicht in Ehrfurcht vor Bach, Dürer und Beethoven sitzen bleiben; wir müssen Interesse aufbringen für brennende Fragen der Gegenwart, darunter Erwachsenenbildung, Bildungshilfe, Schulreformen, Umweltprobleme.“¹⁶

Die Verwirklichung dieser Ansprüche gelang am nachhaltigsten in den Städten. Unterstützt vom „Deutschen Städtetag“, formulierten einige fortschrittliche Kulturdezernenten ein kulturpolitisches Programm, das neben der schon erwähnten

16 Zit. nach GEW Hamburg (Hrsg.), Ästhetische Praxis und politische Kultur von unten. Materialien zum Kongreß der GEW Hamburg vom 15.–17. Februar 1980 in der Markthalle, Hamburg 1980, S. 22.

demokratischen Öffnung der Kultur vor allem zwei Forderungen erhob¹⁷:

1. ein lebendiges städtisches Leben mit Mitteln und Institutionen der Kultur zu schaffen;
2. eine neue Form ästhetischer Erziehung zu entwickeln, die zwischen Kunst und Alltagsleben neue Brücken zu schlagen weiß.

Zu 1.: Die Soziokultur entwickelte eine neue Vorstellung stadtteilorientierter Kulturarbeit. Kultur sollte dorthin kommen, wo die Menschen wohnen und arbeiten, sie sollte eine neue öffentliche Begegnung zwischen den Menschen ermöglichen. Kommunikation als Austausch vielfältiger Meinungen hatte sich schon immer in der Stadt entfaltet. Der „Kampfbegriff“ für die Rückeroberung der Stadt gegen das Schreckensbild „Profitopolis“, mit dem der amerikanische Ökonom John K. Galbraith die Gefahren einer nur von Wirtschaft und Verkehr diktierten Stadtentwicklung bezeichnete, hieß für die Soziokultur „Urbanität“: Die Kultur schafft über die gemeinsame Aktivität die Möglichkeit der Begegnung. Sie öffnet dazu Plätze und Orte der Kommunikation und Kreativität. Die Kommunikationszentren und Stadtteilläden, die in dieser Zeit und danach in den achtziger Jahren entstanden, erfüllten diesen Anspruch. Sie wurden schnell zu Anziehungspunkten eines Publikums, das bisher die Genüsse der „Hochkultur“ eher gemieden hatte. Ihr Erfolg hält bis heute an: Im „Dachverband der soziokulturellen Zentren“ sind 1987 119 Mitgliedseinrichtungen mit einer geschätzten Besucherzahl von über sieben Mio. jährlich registriert, und das ist nicht einmal die Hälfte aller soziokulturellen Einrichtungen in Deutschland¹⁸.

Mit diesen Zentren konnte noch eine weitere Entwicklung sinnvoll unterstützt werden, denn überall schossen neue kulturelle Angebote aus dem Boden, die in die traditionellen Kulturinstitutionen nicht hineinpaßten: Freie Theatergruppen, Kleinkunst und Kabarett sowie eine lokale Popmusik-Szene entstanden an vielen Orten. Diese einzelnen Gruppen und Aktivitäten wurden in den siebziger Jahren selten direkt unterstützt. Aber sie fanden in den soziokulturellen Zentren ihre Probenräume und Auftrittsmöglichkeiten, und sie hatten und haben dort ihr Publikum.

17 Vgl. Thomas Röbbke, Das frühe politische Programm der Soziokultur, in: Norbert Sievers/Bernd Wagner (Anm. 8), S. 37–54.

18 Vgl. Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Vielfalt als Konzeption. Zu der Arbeit soziokultureller Zentren und den Anforderungen an ihre Mitarbeiter, vorgelegt von der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren, Bearbeiter: Udo Husmann und Thomas Steinert, Bonn 1990.

Zu 2.: Die Soziokultur versteht sich, entgegen einer ihr oft unterstellten Absicht, nicht als Gegenmodell zur sogenannten „Hochkultur“. Sie will vielmehr den demokratischen Zugang zur Kunst auch für Menschen erleichtern, die sich bisher nicht an sie herangewagt hatten. Sie will, in den Worten Brechts, den kleinen Kreis der Kenner zum großen erweitern. Dieser Anspruch ästhetischer Erziehung zielt vor allem auf die Stärkung der Beziehungen zwischen Kunst und Alltagsleben. Aus der Kritik der „affirmativen Kultur“¹⁹, die sich in die Bastionen des Schönen, Wahren und Guten „rettet“, entwickelte sich die Vorstellung einer kommunikativen Kultur, die das Kunstwerk zum Anlaß des Gesprächs und der Gestaltung des Alltagslebens nimmt. Kunst beeindruckt in dem Maße, wie es ihr gelingt, die Wahrnehmungsweise im Sinne einer „ästhetischen Erziehung des Menschen“ spielerisch und genußvoll zu verändern und zu erweitern. Umgekehrt sollte der eigene Alltag dadurch als veränderungsfähig erlebbar gemacht werden.

Bei dieser wechselseitigen Annäherung von Kunst und Leben durfte die bestehende gesellschaftliche Wirklichkeit freilich nicht außer acht gelassen werden. Kultur – das war Konsens bei den Vordenkern der Soziokultur, die sich vor allem auf die theoretische Tradition der „Frankfurter Schule“ bezogen – hat gegen übermächtige Konkurrenten anzukämpfen: gegen die neuen Medien, die Dominanz der Warenästhetik²⁰, die „Informationsverschmutzung“. Diese machtvolle „Kulturindustrie“²¹ degradiert den Menschen immer mehr zum passiven Konsumenten, zum „Publikum“, so lautete die Zustandsbeschreibung. Hiergegen setzte die Soziokultur die Vorstellung eines aktiven Kulturpublikums, das sich kritisch mit den Angeboten der Kulturindustrie auseinanderzusetzen weiß. Das Wort von Joseph Beuys: „Jeder Mensch ist ein Künstler“ entspricht der soziokulturellen Auffassung eines Publikums, das aktiv in den Prozeß der kulturellen Produktion einbezogen werden soll.

Die neue Kulturpolitik der Städte traf insbesondere bei den Jugendlichen der Generation nach 1968 auf großen Widerhall. Zwar war diese Beziehung von politischen Konflikten geprägt, denn die durch die Studentenbewegung politisch sensibilisierte Jugend traute der offiziellen Politik der Parteien nicht sonderlich. Als mit Willy Brandt die Leitfigur der Reformpolitik abtrat, zeigte sich

19 Dieser Begriff geht auf Marcuse zurück; vgl. Herbert Marcuse, Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: Kultur und Gesellschaft, Bd. 1, Frankfurt/M. 1965, S. 56–102.

20 Vgl. Wolfgang F. Haug, Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/M. 1971.

21 Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung (1947), Frankfurt/M. 1971.

schon deutlich eine Tendenz zur strengeren Ordnungspolitik im Innern, die mit den „Berufsverboten“ für Radikale im öffentlichen Dienst eingeleitet wurde. Trotzdem entwickelte gerade diese Generation der um 1950 Geborenen ein Netz an Institutionen und Gruppen, die politische, künstlerische und soziale Ziele verfolgten. Die Musik- oder Theaterformen, die sich in dieser Zeit ausbreiteten, wußten sich durchaus politischen Zusammenhängen verpflichtet, ohne darin eine besondere Einengung ihrer ästhetischen Produktionsformen und Ansprüche erkennen zu können. Das politische Leitmotiv der Selbstverwaltung und Basisdemokratie wurde von den großen Kommunikationszentren übernommen, deren Mitarbeiter vielfach aus dem aktiven Kern der „neuen sozialen Bewegungen“ stammten²².

Die Kommunikationszentren, Stadteilläden oder die nach und nach entstehenden Aufführungsorte für freie Gruppen aus dem Musik- und Theaterbereich stellten die Orte und Möglichkeiten vielfältigen Experimentierens. Sie waren (und sind es in den meisten Fällen noch) die Treibhäuser, die die jungen kulturellen Pflanzen vor dem rauen Klima des kommerziellen Kunstmarktes schützten. Aber sie konnten sich vor den äußeren Entwicklungen, die insbesondere in den achtziger Jahren ein neues Kunstverständnis hervorbrachten, nicht abschließen. Nachdem die neuen sozialen Bewegungen an Einfluß zu verlieren begannen, kündigten sich bald neue kulturelle Konstellationen in den Städten an.

Nicht nur in Deutschland breitete sich während der achtziger Jahre eine urbane Szene (Stichwort „Yuppie“) aus, die zunehmend das Kulturleben der Städte dominierte: Sie trat weniger als Künstler oder Akteur, sondern eher als erlebnishungriges und zahlungskräftiges Publikum in Erscheinung. Diese mit verschiedenen Begriffen wie „Gentrification“, „Erlebnisgesellschaft“, „Zitadellenkultur“²³ beschriebene Entwicklung übte einen deutlichen Anpassungsdruck auf die soziokulturellen Korporationen aus. Professionalisierung und Kommerzialisierung der kulturellen Angebote markierten als Schlagworte die langsame Abwendung von der „Laienkultur“, die unattraktiv geworden war. Insbesondere die großen Zentren wurden „chic“; sie wurden wie Wirtschaftsunternehmen geführt und definierten sich nicht mehr als Ort des Experimentes, sondern als professioneller Erlebnis- und Ereignisraum, der sich auf

einem enger werdenden Kulturmarkt behaupten muß.

Auch die Kulturpolitik der Städte veränderte sich in den achtziger Jahren: Der Stadtsoziologe Walter Siebel²⁴ spricht von der „Festivalisierung der Stadtpolitik“: Statt eines weiteren Ausbaus der kulturellen Infrastruktur trat das Großereignis in den Mittelpunkt der Kulturpolitik: Jede Stadt brauchte ihr eigenes internationales Filmforum, ihre jährliche, überregional beachtete Großausstellung, ihr Musikfestival mit Candlelight-Dinner und abschließendem Brillantfeuerwerk. Kultur wurde zu einem besonderen Kriterium des Image-transfers im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Städte, die sich den Unternehmen als Standorte anpreisen.

Obwohl die Kultur der achtziger Jahre wieder zu einer Kultur der Repräsentation zu werden drohte, die auf das Element demokratischer Breitenkultur verzichtet, gelang der Soziokultur in den meisten Fällen der von ihr abverlangte Professionalisierungsprozeß. Soziokulturelle Arbeit öffnete sich einem neuen Kulturmanagement, das sich zur gleichen Zeit als Ausbildungszweig an Universitäten und Akademien etablierte. Die neuen soziokulturellen Zentren, die in den achtziger Jahren gegründet wurden, legten von vornherein ein stärkeres Gewicht auf professionelle Gesichtspunkte und schufen Arbeitsstrukturen, die basisdemokratische Einflußnahmen zugunsten einer auf Effizienz bedachten Geschäftsführung einschränkten. Auf der anderen Seite wuchsen mit dem neuerwachten Interesse an Kultur die Chancen für Künstler und kulturelle Korporationen, sich als professionelle Einzelpersonen, Ensembles oder Institutionen auf dem Kulturmarkt durchzusetzen.

III. Ausblick: Einige Thesen zur Entwicklung der Soziokultur in den neunziger Jahren

Viele der aktuellen Diskussionsbeiträge, die versuchen, die Herausforderungen der Soziokultur in den neunziger Jahren zu benennen, haben darauf hingewiesen, daß die Soziokultur mit ihren Professionalisierungs- und Institutionalisierungsbestrebungen in den achtziger Jahren auch etwas verloren hat. Ihr Weg von den Aufbruchsstimmungen der frühen siebziger Jahre über die Kommerzialisierung und Professionalisierung der

22 Vgl. Thomas Rübke, Das Nürnberger Kommunikationszentrum KOMM. Ein Beitrag zur Geschichte der Basisdemokratie, Frankfurt/M. – New York 1991.

23 Vgl. Otto K. Werckmeister, Zitadellenkultur. Die schöne Kunst des Untergangs in der Kultur der achtziger Jahre, München – Wien 1989.

24 Vgl. Walter Siebel, Die Festivalisierung der Politik, in: Die Zeit vom 30. 10. 1992.

achtziger Jahre bis hin zu den öffentlichen Anerkennungen von heute birgt gerade wegen des Erfolges auch eine Gefahr: Durch eine erfolgreiche Institutionalisierung kann man zu bequem werden, und das kann im Kulturleben schlimme Folgen haben.

Daß es ökonomisch nicht immer „aufwärts“ gehen kann, wird in den nächsten Jahren eine neue Erfahrung für diejenigen sein, die im „Wirtschaftswunderland“ groß geworden sind. Es wird eine wichtige Probe für die Haltbarkeit der demokratischen Gesellschaft in Deutschland, ob sie sich unter Bedingungen der Knappheit öffentlicher Mittel – auch im kulturellen Bereich – bewähren wird. Soziokulturelle Arbeit könnte hier – gerade weil sie immer gezwungen war, recht sparsam mit den vorhandenen Mitteln umzugehen und nach zusätzlichen Einnahmequellen zu suchen – gegenüber den unbeweglichen „Tankern“ der großen Kulturhäuser, deren Kosten aus dem Ruder laufen, eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Damit ist angezeigt, daß die Themen, die die kulturpolitische Diskussion in Deutschland derzeit beschäftigten, vor allem politische Themen sind. Wir möchten zum Schluß nur drei weitere Aspekte benennen:

1. Wir beobachten zur Zeit den Verfall der politischen und sozialen Öffentlichkeiten und der mit ihnen verbundenen Großgruppen: Gewerkschaften und Parteien büßen an Vertrauen wie an Mitgliedern ein, die Reste der einst mächtigen sozialen Bewegungen sind in einigen versteckten Zirkeln untergekommen, ja selbst die traditionellen Formen des Engagements – von der Nachbarschaftshilfe bis zum Gesangs- oder Fußballclub – verlieren deutlich an Anziehungskraft. Auch die Soziokultur kann sich hier nicht ausnehmen: Obwohl das Publikum weiterhin und in wachsender Zahl zu den Veranstaltungen kommt, wird der Kreis der aktiven „Macher“ immer kleiner. Kaum jemand aus der jüngeren Generation läßt sich zur Mitarbeit gewinnen; auf der anderen Seite hat sich der langjährige Mitarbeiterstamm so aufeinander eingespielt, daß neue Initiativen oft als Beeinträchtigung routinierter Arbeitsabläufe empfunden werden. Auch das mag überzeichnet sein, es lenkt aber den Blick auf ein anstehendes Unternehmen: Die Soziokultur muß sich in ihren Binnenstrukturen neu öffnen. Sie muß zu reflexiven Strategien der Modernisierung kommen, die die Fallen des bloß Marktförmigen wie des politisch Kantenlosen bewußt umgehen. Nur so kann sie attraktiver Bezugspunkt politischer, sozialer und künstlerischer Öffentlichkeiten bleiben und auch jenen Gruppen zu Aufmerksamkeit verhelfen, die sich sonst nicht in der Öffentlichkeit artikulieren können.

2. Deutschland ist nach dem Fall der Mauer 1989 bisher nur schlecht „zusammengewachsen“. Die ökonomische Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West wird wesentlich länger dauern, als es die Regierungspolitik im Überschwang der Wiedervereinigung beteuerte. Dringlich ist aber noch ein anderes Problem geworden: die Unterschiede in den Mentalitäten und Lebensformen. Zu wachsenden ökonomischen Sorgen im Osten kommt das Minderwertigkeitsgefühl oder gar das Ressentiment, von „Besserwissis“ bevormundet zu werden. Eine demokratisch organisierte, mit einem eigenständigen Selbstbewußtsein ausgestattete Kultur muß sich erst entwickeln. Aber gerade hier werden mit der „Abwicklung“ – und das bedeutet zumeist Schließung – der bestehenden Jugendclubs und Kulturhäuser, die als Treffpunkte und öffentliche Foren dienen können, auf lange Sicht Chancen verspielt. Die Krawalle, die in Hoyerswerda und Rostock in den Trabanten-Vierteln mit ihren endlosen Reihen von Plattenbauten ihren Ausgang nahmen, zeigen, wie wichtig es ist, eine stadtteilnahe Kultur- und Sozialarbeit zu fördern.

3. Deutschland ist ein Land mit einem hohen Ausländeranteil. Die vielen unterschiedlichen Kulturen, aus denen die Menschen stammen, die in Deutschland ihre zweite Heimat gefunden haben, treffen nicht immer auf eine tolerante Haltung. Deutschland ist aufgrund seiner begrenzten räumlichen Möglichkeiten und seiner ohnehin schon dichtbesiedelten Struktur sowie der hohen Massenarbeitslosigkeit ein schlecht funktionierender „melting pot“. Die Frage, die hier an die Kulturpolitik der neunziger Jahre zu stellen ist: Was kann sie mit ihren Mitteln für ein tolerantes Deutschland in einem „europäischen Haus“ tun? Kann sie ihrem Anspruch, auch die Alltagskultur der Menschen und ihre gegenseitigen Wahrnehmungen zu verändern, gerecht werden? Die „Zitadellenkultur“ der achtziger Jahre hat diese gesellschaftspolitischen Fähigkeiten der Kultur nicht genutzt.

Kultur ist – dies muß in den neunziger Jahren wieder stärker ins Bewußtsein gerückt werden – von ihrer Natur her ein internationales und grenzüberschreitendes Unternehmen. Sie macht sensibel für kulturelle Differenzen und soziale Ungerechtigkeiten. Integration und Toleranz unter Beachtung und Würdigung des Unterschieds ist ihrem Wesen immanent. Hierfür müßte die Soziokultur im Sinne auch ihrer eigenen Modernisierung in den neunziger Jahren Antworten finden. Sie wird dabei ihre eigenen Kräfte sicherlich nicht überschätzen dürfen. Die Entwicklung der öffentlichen Kulturhaushalte wird sie ohnehin zu einer neuen Bescheidenheit zwingen.

Medienwirklichkeit und Medienwirkung

Aktuelle Entwicklungen der Massenkommunikation und ihre Folgen

„Heute 22 Uhr: Selbstmord im TV“ – so lautete am 5. August 1992 die Schlagzeile der Bild-Zeitung. Das Blatt empörte sich scheinheilig über eine Fernsehsendung im SAT.1-Magazin „Akut“ und schlachtete zugleich genüßlich-sensationsheischend die Szene aus, die am Abend über den Sender ging: Ein Selbstmörder dokumentiert seinen Freitod mit einer Video-Aufzeichnung, und der SAT.1-Beitrag benutzt diese als emotionalen „Einstieg“ in das Thema Sterbehilfe.

Angesichts des vielfachen Sterbens, dem wir täglich in den Medien begegnen, ist ein einzelner Selbstmord keine Sensation. Der Vorgang ist jedoch exemplarisch für gegenwärtige Tendenzen in der Massenkommunikation, die zu einem Qualitätsverlust unserer öffentlichen Kommunikation führen.

I. Tendenzen der gegenwärtigen Medienentwicklung

Die Entwicklung, die uns hier interessiert, soll zum einen in der Perspektive auf mehrere Jahrzehnte, zum anderen aus der Nähe mit Blick auf die letzte Dekade betrachtet werden. Im Verlauf der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts stieg das Angebot an Information zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Orientierung, Bildung, Beratung und Unterhaltung exponentiell an. Längst übersteigt das Angebot bei weitem die Nachfrage, obwohl auch die Nachfrage – teils angebotsinduziert – ständig zunimmt. Die Ausgaben privater Haushalte für Information und Kommunikation wachsen stetig, sowohl absolut als auch relativ, d. h. berechnet als Anteil am Familienbudget. Einen immer größeren Anteil ihres täglichen Zeitbudgets widmen die Menschen dem Umgang mit Kommunikationsmedien, also mit technisch vermittelter Kommunikation.

Die letzte Dekade weist einige Merkmale auf, die der Entwicklung eine neue Qualität zu geben scheinen. Sie lassen sich kennzeichnen mit den Stichworten technologische Integration, Internationalisierung, Kommerzialisierung und Angebots-explosion¹.

1 Die Darstellung folgt hier einer an anderer Stelle ausführlicher ausgebreiteten Argumentation; vgl. Winfried Schulz,

1. Technologische Integration

Die wichtigsten Bereiche der Informations- und Kommunikationstechnik – Datenverarbeitung, Telekommunikation und Unterhaltungselektronik – durchdringen sich zunehmend. Dadurch kommt es zu qualitativen Sprüngen und Synergie-Effekten mit enormen Entwicklungsfortschritten. Beispiele sind die unvorstellbaren Informationsmöglichkeiten über die weltweit verfügbaren wissenschaftlichen und Nachrichtendatenbanken, der gegenwärtige Wandel von EDV-Geräten und Programmen zu Multimedia-Systemen sowie das High-Definition-Fernsehen, um das hinter den Kulissen noch der Kampf der Systeme und Elektronikriesen tobt und das in wenigen Jahren das, was herkömmlich als Fernsehen bekannt ist, ziemlich alt aussehen lassen wird.

2. Internationalisierung

Parallel zur internationalen politischen Zusammenarbeit, zur Herausbildung einer weltpolitischen Ordnung und zur Integration regionaler Märkte wie in Europa und in Nordamerika kommt es immer mehr zu Verflechtungen nicht nur der verschiedenen Volkswirtschaften, sondern auch einzelner Unternehmen. Dies trifft vielleicht mehr noch als auf andere Wirtschaftsbereiche auf den Kommunikationssektor zu. Da es – teils als Folge der Internationalisierung selbst, teils auf Grund anderer Faktoren – inzwischen zu erheblichen Konzentrationsprozessen gekommen ist, dominieren vor allem einige multinationale Konzerne die Szene weltweit und beschleunigen wiederum, weil es ihren Interessen dient, den Prozeß der Internationalisierung.

Den Hardwarebereich bestimmen Multis wie Matsushita, Sony, Philips, Siemens, ITT-Nokia, Thomson, AT&T und IBM; den Softwarebereich Giganten wie Time Warner, CBS-Sony, Bertelsmann, Murdock, Berlusconi, die luxemburgische CLT, der Amerikaner Ted Turner (CNN), der deutsche Leo Kirch. Wesentliche Folge der Inter-

Die Transformation des Mediensystems in den Achtzigern. Epochale Trends und modifizierende Bedingungen, in: Arnulf Kutsch/Christina Holtz-Bacha/Franz R. Stuke (Hrsg.), Rundfunk im Wandel. Festschrift für Winfried B. Lerg, Berlin 1993, S. 155–171.

nationalisierung ist, daß der Gestaltungsspielraum nationaler Regierungen in der Technologie-, Wirtschafts- und Medienpolitik immer geringer wird, daß auf nationalen Märkten immer mehr ausländische Kommunikationsangebote (Radio- und Fernsehprogramme, Kinofilme, Zeitschriften, CDs und Videos) verfügbar sind, wodurch das Angebot im nationalen Rahmen betrachtet vielfältiger, aber international gesehen gleichförmiger wird.

3. Kommerzialisierung

Bis in die siebziger Jahre waren, zumal in Europa, die meisten nationalen Kommunikationssysteme weitgehend abgeschottet und reglementiert. Das galt vor allem für den Rundfunk, d. h. für Radio und Fernsehen. Im letzten Jahrzehnt hat sich in Europa und weltweit das Prinzip der medienpolitischen Deregulierung durchgesetzt, teils als Ausfluß einer allgemein auf Deregulierung angelegten liberal-konservativen Wirtschaftspolitik, teils unter dem Zwang der wirtschaftlichen Internationalisierung und einer supranationalen Wirtschaftspolitik, insbesondere der Europäischen Kommission.

Zur Deregulierung im Bereich von Information und Kommunikation gehört, daß Wettbewerbsbeschränkungen und kartellrechtliche Vorschriften, die eine Konzentration verhindern sollen, gelockert werden und daß öffentliche Einrichtungen (Beispiel: Telekom) privatisiert oder teilprivatisiert werden, daß ferner der Staat die Nutzungsrechte für neue Techniken (z. B. Frequenzen, Satellitenkanäle) privaten Interessenten überläßt und ihnen die Finanzierung durch Werbung gestattet.

Die Folge ist, daß die Marktmacht der Medienmultis und ganz allgemein der auf dem Medienmarkt bereits gut etablierten Unternehmen wächst, daß also die Konzentration zunimmt, daß öffentliche Kommunikation mehr und mehr mit Werbung durchsetzt, ja geradezu überschwemmt wird, daß Entscheidungen über die Hardware-Entwicklung und vor allem über das Software-Angebot – speziell über Medieninhalte – vorwiegend von Gesichtspunkten der Marktfähigkeit und Nutzerakzeptanz bestimmt werden. Das hat, wie wir alle beobachten konnten, in kürzester Zeit zu einer sehr weitgehenden Kommerzialisierung von Radio und Fernsehen geführt.

4. Angebotsexplosion

Die sechziger und siebziger Jahre waren in den meisten entwickelten Industrieländern gekennzeichnet durch eine bemerkenswerte Ausweitung des Kommunikationssektors und eine stetige Expansion der Massenmedien. Diese Entwicklung wird nun aber seit den achtziger Jahren völlig in

den Schatten gestellt durch die dramatische Angebotsexplosion vor allem von Radio- und Fernsehprogrammen – eine unmittelbare Folge der Deregulierung und Kommerzialisierung wie auch der Internationalisierung. Was wir beim Rundfunk beobachten, ist aber nur der besonders auffällige Teil der Angebotsexplosion. Kaum weniger dramatisch ist die expansive Entwicklung bei den Publikumszeitschriften, bei den CDs und Videos, bei den Nachrichtenagenturen und Datenbanken.

Die Trends der Gegenwart folgen einer Gesetzmäßigkeit, die von Anfang an typisch war für die Entwicklung der Kommunikationsmedien: Neue Medien verdrängen in der Regel die älteren Medien nicht, sondern wirken eher stimulierend, begünstigen die Weiterentwicklung (teils auch die funktionale Differenzierung) älterer Medien und das Aufkommen besser an den verschärften Wettbewerb angepaßter Angebote². Ein gutes Beispiel dafür sind die modernen „Hybridmedien“, die inhaltlich auf andere Medien bezogen sind, wie z. B. Rundfunkprogrammzeitschriften, Computerzeitschriften, Literaturdatenbanken und Medienfachzeitschriften.

Dieses Phänomen der Selbstverstärkung oder „positiven Rückkopplung“, wie es in der Sprache der Kybernetik heißt, finden wir gleich mehrfach vor. Deregulierung und Kommerzialisierung sind zugleich Ursachen und Folgen der Medienentwicklung. Denn mit der steigenden Zahl der Marktteilnehmer und der Verschärfung des Wettbewerbs um die knappen Finanzressourcen wächst der Zwang zu immer aufdringlicheren Formen der Werbung, mit denen sich die einzelnen Medien einen Vorsprung als Werbeträger und damit bessere Einnahmen verschaffen wollen. Wir beobachten das an der teils aufdringlichen, teils subtilen Vermischung von Werbung und Programm bei den Radio- und Fernsehsendern, die damit nicht selten gegen die geltenden Fernsehgesetze verstoßen, ohne daß dies von den Aufsichtsinstanzen entschieden genug gerügt und unterbunden wird.

Die zunehmende Durchdringung der Medien mit Werbung ist deutliches Zeichen dafür, daß die Werbeträgerfunktion andere, vor allem publizistische Funktionen der Medien in den Hintergrund drängt. Das hat weitreichende Folgen für die Medieninhalte. So werden beispielsweise Radio- und Fernsehprogramme – wie das bei den Publikumszeitschriften schon längst der Fall ist – mehr und mehr unter dem Gesichtspunkt ihrer Tauglichkeit als Werbeumfeld ausgewählt, gestaltet und plaziert. Wir machen die Bekanntschaft ganz

² Vgl. Winfried B. Lerg, Verdrängen oder ergänzen die Medien einander? Innovation und Wandel in Kommunikationssystemen, in: Publizistik, 26 (1981), S. 193–201.

neuer Programmformen wie Game-Shows oder Teleshopping, die zu nichts anderem erfunden wurden als zur Anpreisung oder sogar zum direkten Verkauf von Produkten. Am konsequentesten in diese Richtung geht das Angebot des Fernsehsenders MTV, das fast nur aus Werbung besteht (für Pop- und Rockmusik, Interpreten, Platten-Labels, Konzertveranstaltungen etc.).

Die gegenwärtige Medienentwicklung ist ferner dadurch gekennzeichnet, daß Verdrängungs- und Konzentrationstendenzen zunehmen, weil der verschärfte Wettbewerb die Starken begünstigt und die Schwachen aus dem Markt wirft. Bei den Publikumszeitschriften wird in der Bundesrepublik das Feld schon seit längerem durch vier Riesen beherrscht, die zusammen einen Marktanteil von rund 65 Prozent haben: die Verlage Bauer, Burda, Springer sowie Gruner+Jahr (der zum Mediengiganten Bertelsmann gehört)³. Beim privaten Fernsehen stehen inzwischen fast alle überregionalen Sender unter dem Einfluß von zwei Medienmulti-Gruppen, nämlich Bertelsmann/CLT und dem Axel Springer/Leo Kirch-Konglomerat⁴. Durch die multimedialen Verflechtungen, etwa zwischen dem Springer-Verlag und SAT.1, kommt es immer häufiger zu einem medienübergreifenden Verbund nicht nur im Geschäftlichen, sondern auch im Journalistischen. So eine journalistische Verbundaktion war die öffentlichkeitswirksame Scheinempörung in der Bild-Zeitung des Springer-Verlags mit dem Ziel, dem Fernsehsender SAT.1 Zuschauer zuzuführen und damit dessen Attraktivität als Werbeträger zu erhöhen.

Prozesse der Selbstverstärkung lassen sich auch im Publikumsverhalten feststellen. So erhöht nicht nur das Mehr an Medien mit ihren immer besser auch auf spezielle Publikumswünsche zugeschnittenen Angeboten den Umfang der Mediennutzung; Mediennutzung stimuliert auch das Interesse der Nutzer und weckt Bedürfnisse nach weiterer Kommunikation. So haben die Publikumszeitschriften ganz erheblich von der Expansion im Rundfunksektor profitiert. Nicht zuletzt tun die Medien selbst eine ganze Menge dafür, um ihre Klientel zu binden und zu mehr Mediennutzung zu verführen – mit Jingles und Trailern, mit Werbung der Radio- und Fernsehanbieter für ihre Programme in Zeitungen und Zeitschriften und umgekehrt der Printmedien in Funk und Fernsehen. Die Massenmedien selbst sind in der Bundesrepublik

3 Vgl. Horst Röper, Daten zur Konzentration der Publikumszeitschriften in Deutschland im 1. Quartal 1992, in: Media Perspektiven, (1992) 7, S. 416–427.

4 Vgl. Jürgen Heinrich, Ökonomische und publizistische Konzentration im deutschen Fernsehsektor. Dominanz der Kirch-Gruppe weiter gestiegen, in: Media Perspektiven, (1993) 6, S. 267–277.

drittgrößter Auftraggeber für Werbung in Massenmedien⁵.

Mit Mediennutzung verbringt der Bundesbürger/West über sechs Stunden an einem durchschnittlichen Werktag, der Bundesbürger/Ost kommt sogar auf noch etwas höhere Werte. Dabei entfallen auf audiovisuelle Medien (TV, Video) rund zweiinviertel Stunden (2:17), auf auditive Medien (Radio, CD, Kassetten) knapp dreieinviertel Stunden (3:11) und auf Printmedien eine Stunde (59 Minuten). Mediennutzung ist daher in der heutigen Gesellschaft die häufigste und für viele auch wichtigste Beschäftigung. Den über sechs Stunden Massenkommunikation stehen pro Tag knapp eineinhalb Stunden personale Kommunikation gegenüber⁶. Die Menschen widmen der technisch vermittelten Kommunikation – neben Schlafen und Arbeiten – die bei weitem meiste Zeit in ihrem Leben.

Die Entwicklung in jüngster Zeit, Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, ist wie folgt gekennzeichnet: Nachdem der Umfang der Fernsehnutzung von Mitte der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre nahezu konstant blieb und viele Beobachter – je nach Standpunkt erfreut oder irritiert – die Faszination des Fernsehens schwinden sahen, hat dieses Medium seit dem Aufkommen der privaten Anbieter einen kräftigen Nutzungsschub erfahren. Zugleich gewinnt das Radio – ebenfalls dank der neuen Angebote der Privatsender – seit 1970 stetig und unvermindert an Attraktivität. Das Radio wird heute von allen Medien am meisten genutzt.

Aber nicht so sehr die quantitative Ausweitung der Mediennutzung ist das Bemerkenswerte an der neueren Entwicklung, sondern die Änderung der Nutzungsmuster⁷:

– Fernsehen, das traditionell als Freizeitvergnügen am Abend genutzt wurde, expandiert in den Nachmittag und späten Abend und ist auf dem Weg, zum Ganztagsmedium zu werden; Radio und Fernsehen wachsen auch mehr und mehr in den Arbeitsalltag hinein.

– Vor allem Jugendliche, die sonst eher unterdurchschnittlich viel fernsehen, haben ihren Fern-

5 Im Jahr 1992 betragen die Brutto-Investitionen der Massenmedien für Werbung 1,039 Milliarden DM. Übertroffen wurden die Medien nur noch von der Autobranche und den Handelsorganisationen; vgl. Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (Hrsg.), Werbung in Deutschland 1992, Bonn 1993, S. 10.

6 Vgl. Klaus Berg/Marie-Luise Kiefer (Hrsg.), Massenkommunikation IV. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1990, Baden-Baden 1992, S. 328.

7 Vgl. ebd., insbes. S. 274 ff.

sehkonsum massiv ausgeweitet und gehören zu den bevorzugten Nachmittags- und Spätabendfernsehern; sie sind auch die größten Fans der privaten Programme.

– Mit dem Wandel zum Ganztagsmedium wird Fernsehen auch zunehmend flüchtiger und beiläufiger genutzt; wie es längst für das Radio typisch ist, verliert Fernsehen den Charakter einer ausschließlichen, konzentrierten Beschäftigung; zugleich begünstigt die Fernbedienung ein äußerst flexibles Programmwahlverhalten, begünstigt „Zapping“ und „Grazing“⁸, begünstigt damit auch ein Ausweichen vor anspruchsvollen und politischen Programmen.

– Die Angebotsvielfalt nicht nur beim Fernsehen, sondern bei den Medienangeboten insgesamt, die Mehrfachausstattung vieler Haushalte mit Radio- und Fernsehgeräten und nicht zuletzt die „Zeitmaschine“ Video-Recorder ermöglicht den Nutzern eine sehr individuelle und situationsgerechte Befriedigung ihrer Kommunikationsbedürfnisse; vor allem Freunde der trivialen Unterhaltung kommen heute zu jeder Tages- und Nachtzeit voll auf ihre Kosten.

– Diese Individualisierung der Wahlmöglichkeiten bringt eine zunehmende Segmentierung des Publikums mit sich, d. h., die von einzelnen Sendungen erreichten Zuschauergruppen werden immer kleiner. Die Zeiten, da die halbe Nation am Abend vor dem Fernseher versammelt war, dieselbe Sendung verfolgte und am nächsten Tag im Betrieb oder Büro darüber sprach, gehören der Vergangenheit an.

II. Medienentwicklung und Medienwirkung

Welche Folgen hat der skizzierte Wandel, hat speziell die neuere Medienentwicklung für Denken und Handeln der Menschen, für den Zustand der Gesellschaft und insbesondere für das Funktionieren unserer Demokratie? Es gibt auf diese komplexe Frage keine einfache Antwort. Die Kommunikationsforschung hat eine Vielzahl von Medienwirkungen mehr oder weniger zweifelsfrei nachgewiesen, die an dieser Stelle auch nicht annähernd vollständig ausgebreitet werden können⁹.

⁸ „Zapping“ wird das „Wegdrücken“ von Programmen – insbesondere von Werbung – durch Umschalten mit Hilfe der Fernbedienung genannt, „Grazing“ das ziellose Herumschalten in den Programmangeboten.

⁹ Es sei statt dessen auf die neuere einschlägige Literatur verwiesen: Vgl. u. a. Elisabeth Noelle-Neumann, Wirkung

Ich will einige wichtige Wirkungsmuster und -gesetzmäßigkeiten der Massenkommunikation herausarbeiten und dabei auf mir besonders bedeutsam erscheinende Beobachtungen und Forschungsergebnisse hinweisen.

Drei Vorbemerkungen sind angebracht:

1. Die Wirkung der Massenmedien, insbesondere die Wirkung des Fernsehens auf Individuum und Gesellschaft, wird oft überschätzt, und – so merkwürdig es vielleicht klingt – diese Überschätzung selbst ist Ursache für einen Teil der Medienwirkungen. Vor allem politische Akteure unterstellen bei ihrem Handeln oft eine starke Medienwirkung und führen durch die unbeabsichtigten Folgen dieser Unterstellung bestimmte „Drittwirkungen“ der Massenmedien herbei.

2. Die Massenmedien haben keineswegs nur negative Wirkungen, wie die öffentlich geführte Diskussion nahelegen scheint, sondern auch eine Reihe von positiv zu beurteilende Wirkungen. Allerdings – die Frage, wie bestimmte Wirkungen zu beurteilen sind, ist in der Wissenschaft höchst umstritten und kann letztlich mit wissenschaftlichen Methoden nicht entschieden werden. In dieser Hinsicht ist eine öffentliche Diskussion über die *Bewertung* von Wirkungen notwendig.

3. Der Terminus „Medienwirkungen“ selbst ist problematisch. Er geht von einer ganz bestimmten Sichtweise des Verhältnisses von Medien und Gesellschaft aus, der Vorstellung nämlich, daß die Medien ein Fremdkörper sind, eine neomodische Erfindung, durch die – wie bei der Vertreibung aus dem Paradies – die heile Welt einer vormedialen Epoche beendet wurde. Bei dieser Sichtweise werden zwangsläufig nur negative Medienwirkungen erwartet. Tatsächlich aber sind Medien ein untrennbarer Bestandteil der kulturellen Entwicklung des Homo sapiens, sie sind notwendige Voraussetzungen dieser Entwicklung. Denn nur durch die technischen Mittel der Informationsverarbeitung – durch die Erfindung der Schrift, des Alphabets, der verschiedensten Techniken bildlicher Aufzeichnung und Gestaltung sowie vor allem durch den Buchdruck – ist die Entwicklung der abendländisch-atlantischen Hochkultur möglich geworden.

Um uns also nicht von vornherein den Blick auf die Vielfalt des Phänomens Massenkommunikation

der Massenmedien, in: Elisabeth Noelle-Neumann/Winfried Schulz/Jürgen Wilke, Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt a.M. 1989, S. 360–400; Max Kaase/Winfried Schulz, Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde, Opladen 1989; Michael Schenk, Medienwirkungsforschung, Tübingen 1987; Winfried Schulz (Hrsg.), Medienwirkung. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft, Weinheim 1992.

mit seinen negativen *und* positiven Seiten zu verstehen, ist es wichtig, die modernen Massenmedien in ihrer historischen Kontinuität zu sehen und sie als hochentwickelte Techniken der Informationsverarbeitung zu begreifen, d. h. als Techniken zur Erweiterung der natürlichen menschlichen Fähigkeiten zur Wahrnehmung, Codierung, Übertragung und Speicherung von Information. Dadurch werden zum einen eine Reihe von scheinbaren Besonderheiten der Massenmedien, die uns auf den ersten Blick neu- und fremdartig vorkommen, als ganz selbstverständliche Merkmale von Kommunikation erklärlich. Zum anderen wird der Fehlinterpretation vorgebeugt, Massenmedien als Fremdkörper zu begreifen, als Fehlentwicklung der modernen Gesellschaft. Sie sind vielmehr in der Kontinuität der „Stammesgeschichte“ von Informations- und Kommunikationstechniken zu sehen, die mit dem Alphabet und der Schrift beginnt.

Nur so kann auch der Blick frei bleiben für die Erkenntnis dessen, was wirklich neu und was wirklich bedenklich oder gar bedrohlich ist an der Medienentwicklung.

Im folgenden will ich einige wichtige Gesetzmäßigkeiten der Medienwirkung zu drei Thesen verdichten und diese dann erläutern.

1. Die Medien erweitern unser Weltwissen durch synthetische Erfahrung erheblich und verwischen dabei zugleich die Grenzen zwischen Realität und Fiktion.

Durch Massenkommunikation wurden die Möglichkeiten der Teilhabe am weltweiten Geschehen außerordentlich gesteigert. Kontinuierliche Live-Berichterstattung über Satellitenverbindungen und das weltumspannende Korrespondentennetz der Agenturen und Nachrichtensender wie z. B. CNN und ntv machen Vorgänge an den entlegensten Schauplätzen augenblicklich und unmittelbar weltweit bekannt, und zwar mitunter schneller, als es die Anwesenden am Ort des Geschehens selbst erfahren. General Schwartzkopf beschreibt in seinen Erinnerungen vom Golf-Krieg, daß er bestimmte Frontsituationen zuerst über die CNN-Berichterstattung erfuhr und erst danach über die militärische Nachrichtenlogistik¹⁰.

Das mediale Informationsangebot hat noch keineswegs sein Maximum erreicht. Die Agenturen bauen ihre Dienste und Nachrichtendatenbanken weiter aus, neue Nachrichtenkanäle in Hörfunk und Fernsehen sind in Planung. Für die Interessierten entstanden und entstehen ungeahnte Informationsmöglichkeiten. Sie verbessern weiter die

Teilhabe am Weltgeschehen, vergrößern aber auch die Kluft zwischen den bereits gut Informierten und den weniger Informierten, weil der Zuwachs an Informationsmöglichkeiten vor allem denen zugute kommt, die über die kognitiven Voraussetzungen zur Verarbeitung der Informationsfülle verfügen – das sind vor allem die bereits gut Informierten und politisch Interessierten¹¹. Dennoch entsteht gerade bei diesen Personen das Gefühl der Informationsüberlastung.

Was unsere Wahrnehmung so enorm erweitert, hat eine neue Qualität: Es ist synthetische Erfahrung, die obendrein oft synthetische Ereignisse betrifft¹². Daß Medien Erfahrung aus „zweiter Hand“ vermitteln und eine eigene Realität kreieren, ist eines ihrer Wesensmerkmale und gehört zu den Errungenschaften, die unsere Kultur am stärksten geprägt haben. Medien codieren einen Ausschnitt der Wirklichkeit oder der Vorstellung von Wirklichkeit oder auch eine Fiktion und übersetzen diese in eine spezifische Zeichensprache. Das codierte Phänomen steht zwar in Beziehung sowohl zum bezeichneten Phänomen wie auch zum codierenden Kommunikator, zugleich aber entsteht auch eine neue Wirklichkeit – die Wirklichkeit der Zeichen. Verhältnismäßig leicht nachvollziehbar ist das am Medium der Schrift.

Der schriftliche Bericht über ein Ereignis ist, auch wenn er noch so akribisch verfaßt wird, eine hochselektive, perspektivisch verkürzte und interpretative Übersetzung eines Realitätsausschnitts in die Zeichensprache der Buchstaben, Wörter und Sätze, die auf völlig andere Wahrnehmungsbedingungen angewiesen ist als die Beobachtung des realen Ereignisses. Noch weiter entfernt von der wahrnehmbaren Welt sind schriftliche Fiktionen, Romane, Krimis, Science-Fiction-Literatur, Theaterstücke.

Weniger offensichtlich ist der synthetische Charakter der Darstellung bei den modernen audiovisuellen Medien des Kinofilms und des Fernsehens. Sie lösen das zu codierende Ereignis in einzelne Einstellungen auf, verwenden dabei unterschiedliche Schnittlängen, Kameradistanzen, Ausschnittvergrößerungen, Drauf- und Druntersicht, Schwenks, Zooms, Slow-motion und Zeitraffer und montieren die Einstellungen – oft unter Anwendung von Blenden, Kontrast-, Parallel- oder auch Sukzessiv-Anordnungen – zu Szenen mit einer ausgeklügelten Bilderfolge, die von den Wahrnehmungsbedin-

11 Vgl. Reinhold Horstmann, *Medieneinflüsse auf politisches Wissen. Zur Tragfähigkeit der Wissenskluff-Hypothese*, Wiesbaden 1991.

12 Vgl. G. Ray Funkhouser/Eugene F. Shaw, *How synthetic experience shape social reality*, in: *Journal of Communication*, 40 (1990) 2, S. 75–87.

10 Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 40 vom 28. 9. 1992, S. 179.

gungen in realen Situationen stark abweicht. Es entsteht damit eine räumlich und zeitlich synthetische Zeichen- bzw. Ereignisstruktur mit einer eigenen Wirkungsgesetzlichkeit¹³. Wer einmal Gelegenheit hatte, ein Ereignis als Beobachter und die Darstellung des Ereignisses im Fernsehen zu vergleichen, z. B. eine politische Veranstaltung oder ein Fußballspiel, wird überrascht gewesen sein über das Ausmaß der Verfremdung der Realität durch das Fernsehen¹⁴. Welche Möglichkeiten neuer sinnlicher Erfahrung dadurch geschaffen werden, demonstrieren besonders eindrucksvoll die Musikvideos, wie man sie auf dem Fernsehkanal MTV beobachten kann.

Vielleicht noch eindrucksvoller sind die virtuellen Welten, die sich allein durch Computer-Animation kreieren lassen und die – unter Einbeziehung von motorischen Reaktionen der Rezipienten – zum „Cyberspace“ weiterentwickelt wurden, einer künstlichen Welt, die „natürliche“ Wahrnehmungsreaktionen und den Eindruck simuliert, daß man sich mitten in einer künstlich geschaffenen Welt befindet. Noch ist das eine Art Jahrmarktattraktion. Doch auch die besondere Wirkung des Fernsehens beruhte schon immer darauf, daß es den Eindruck der Authentizität, der Augenzeugenschaft – synthetisch – hervorrufen kann. Dabei ist es ohne weiteres möglich, Elemente aus verschiedenen, räumlich und zeitlich getrennten Ereignissen zu kombinieren, Ereignisse ganz oder teilweise zu inszenieren oder tatsächliches und fiktives, inszeniertes Geschehen zu vermischen, ohne daß der Zuschauer das erkennen kann. Von dieser Möglichkeit, eine virtuelle Welt zu synthetisieren, wird seit jeher und neuerdings zunehmend im Fernsehen Gebrauch gemacht, etwa durch Verschnitt von aktuellen Berichten mit Archivmaterial, durch Nachstellen von Geschehnissen (bei Sendungen wie „Aktenzeichen XY... ungelöst“, „Polizeireport Deutschland“ und „Notruf“) oder durch Eingriffe in das zu berichtende Ereignis¹⁵.

Ein typisches Beispiel – eines von vielen – ist der Eingriff des Fernsehens in die Übertragung eines Gottesdienstes vom Gelände der KZ-Gedenk-

stätte Dachau, den die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 25. August 1988 so beschreibt: „Aus dem vorgesehenen Ablauf wurde kurzerhand das Glaubensbekenntnis gestrichen, weil es nicht mehr in die Zeit der Live-Übertragung gepaßt hätte. Zudem wurden die Kirchgänger nach einer Liedprobe aufgefordert, ein bißchen schneller zu singen – wegen der Übertragungszeit.“ Noch weiter ging der Eingriff des Fernsehens in die Realität am Ende des Gottesdienstes: „Die Besucher zogen von der Versöhnungskirche zur Jüdischen Gebetsstätte, wurden jedoch unterwegs gestoppt. Erst mußte eine Kamera umgebaut werden. Die Gemeinde nutzte die unfreiwillige Pause zu einem unvorhergesehenen Gebet an der katholischen Todesangst-Christi-Kapelle. Als der Kamera-Umbau dann immer noch nicht beendet war, ging die ganze Prozession noch einmal zurück zur Versöhnungskirche und startete von neuem – diesmal auf die bildgerecht ausgerichtete Kamera zu.“

Eine andere Form von synthetischer Realität entsteht ohne aktives Zutun der Medien, durch ihre bloße Existenz bzw. durch den bloßen Vorgang der Berichterstattung. Um von den Medien beachtet zu werden und Zugang zur Öffentlichkeit zu erhalten, ist es üblich geworden, Pseudo-Ereignisse oder Medien-Ereignisse zu inszenieren. Pressekonferenzen, Interviews, Kundgebungen, Wahlveranstaltungen, Tagungen, Demonstrationen und die spektakulären Formen unkonventionellen Protests, wie sie besonders wirksam Greenpeace und Robin Wood einsetzen, werden oft nur zu dem einzigen Zweck durchgeführt, um in die Medien zu kommen¹⁶.

Ein großer Teil dessen, was uns tagtäglich in Presse, Radio und Fernsehen begegnet, ist ganz oder teilweise im Hinblick auf die Medienberichterstattung inszeniert. Es würde ohne die Existenz der Massenmedien überhaupt nicht oder doch in anderer Form stattfinden. Antriebskraft ist dabei die Unterstellung einer großen Wirksamkeit der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens. Politiker und andere nach öffentlichem Einfluß trachtende Akteure glauben, wenn sie Zugang zu den Medien haben, haben sie auch schon die Köpfe und Herzen der Bevölkerung erobert. Das tritt nicht unbedingt ein. Aber was eintritt, ist eine massive Beeinflussung und Veränderung der

13 Vgl. dazu Hans Mathias Kepplinger, Darstellungseffekte. Experimentelle Untersuchungen zur Wirkung von Pressefotos und Fernsehfilmen, Freiburg – München 1987.

14 Es gibt eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen mit einem Vergleich zwischen Realität und Medienrealität; vgl. zusammenfassend Hans Mathias Kepplinger, Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien, Zürich 1992; Winfried Schulz, Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung, in: M. Kaase/W. Schulz (Anm. 9), S. 135–149.

15 Weitere Beispiele bei: Christoph Neuberger, Acht Tricks, die Wirklichkeit zu überlisten. Wie die Massenmedien den Bedarf an Unglücksmeldungen stillen, in: Medium, 23 (1993) 2, S. 12–15.

16 Über das große Ausmaß, in dem Journalismus durch Öffentlichkeitsarbeit beeinflusst wird, liegen u. a. Analysen vor von Peter Nissen/Walter Menningen. Der Einfluß der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit, in: Publizistik, 22 (1977), S. 159–180; Barbara Baerns, Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem, Köln 1985; Torsten Rossmann, Öffentlichkeitsarbeit und ihr Einfluß auf die Medien. Das Beispiel Greenpeace, in: Media Perspektiven, (1993) 2, S. 85–94.

Medienwirklichkeit und – mittelbar oder unmittelbar – der „wirklichen Wirklichkeit“.

Die Grenzen zwischen Realität und Fiktion werden durch die Medienentwicklung immer ungewisser, die Raum-Zeit-Koordinaten der berichteten Wirklichkeit immer unabhängiger von den tatsächlichen Ereignissen. Zwar rufen die Medien immer perfekter den Eindruck größerer Teilhabe und Wirklichkeitstreue hervor, doch tatsächlich kreieren sie immer öfter eine fiktive Welt und vermindern so den Bezug und den Zugang zur Wirklichkeit.

2. Die Medien sind Stimulans und Sedativum; sie ermöglichen ihren Nutzern eine beliebige Kontrolle von Stimmungen und Gefühlen.

Es wäre zu einseitig, Medien nur als Informationsmittel zu sehen. Sie sind – schon in ihren einfachsten, historisch frühen Formen – ebenso Mittel zur Manipulation von Emotionen. In diesem Sinn sind Medien auch eine Droge. Noch bevor die ersten Periodika zu Anfang des 17. Jahrhunderts erschienen, diente Gutenbergs Erfindung der Druckkunst zur Publikation von billiger Unterhaltungsware, von Flugblättern, Bilderbogen und allerhand „sehr gewöhnlichen, erschrecklichen neuen Zeyttungen“, wie die Sensationsblätter zum Teil betitelt waren. Was wir als „Unterhaltung“ bezeichnen, dient in erster Linie dazu, unser unausgelastetes emotionales Empfinden zu stimulieren und zu beschäftigen, Spannung und Erregung zu erzeugen, Gefühle wie Freude und Angst, Mitleid und Aversion, erotische oder aggressive Reaktionen hervorzurufen. Ein trivialer Comic ist dazu genauso in der Lage wie ein anspruchsvoller Roman, eine Fernsehserie genauso wie ein Theaterstück, ein Schlager oder eine Rocknummer genauso wie Schubert-Lieder. Die Unterschiede sind Unterschiede der Stillage, des Anspruchsniveaus, der spezifischen medialen Darstellungsmittel.

Die Medienentwicklung hat die Bandbreite der Darstellungsmittel erheblich erweitert und somit auch das Angebot für die verschiedensten Stil- und Interessenlagen. Die modernen auditiven und audiovisuellen Medien haben ganz neue ästhetische Ausdrucksmittel hervorgebracht – Videokunst, elektronische Musik, eine eigene Foto-, Film- und Fernsehästhetik – und neue und viel wirksamere Möglichkeiten der Stimulation emotionaler Befindlichkeiten. Sie haben vor allem diese Möglichkeiten allgegenwärtig und beliebig verfügbar gemacht. Wer einigermaßen leistungsfähige Empfänger und womöglich auch noch Kabel- oder Satellitenanschluß hat, kann zu jeder Zeit unter Dutzenden von Radio- und Fernsehkanälen mit den unterschiedlichsten Programmangeboten wäh-

len. Die Schallplattenspieler, Kassetten-, CD- und Video-Geräte machen ihn obendrein zeitlich unabhängig vom On-Line-Angebot der Sender. Durch Autoradios und portable Geräte werden Empfang bzw. Wiedergabe auch ortsunabhängig. Nicht zu vergessen die Vielfalt an Publikumszeitschriften, Romanheften, Comics und belletristischer Literatur, die ja nichts anderes sind als auf verschiedene spezifische Geschmacksvarianten abgestimmte Formen der Unterhaltung. Der Mediennutzer kann sich nahezu überall und jederzeit die zu seiner augenblicklichen Stimmungslage und emotionalen Befindlichkeit passende „Mediendiät“ zuführen, kann für Aufheiterung oder Melancholie, für Erregung oder Betäubung, für Dramatik oder Besinnung sorgen, und alles das ohne nennenswerte Anstrengung und zu geringen Kosten.

Die Vielfalt der Medien mit ihrer ganzen Bandbreite von avantgardistischer Kunst über konventionelle oder sensationelle Unterhaltung bis hin zu trivialer oder gar roher und obszöner Zerstreuung ist zweifellos eine Bereicherung unserer Hoch- und Populärkultur. Sie begünstigt die Geschmacksdifferenzierung, die Herausbildung vielfältiger ästhetischer und hedonistischer Milieus, die Pluralisierung der Lebensstile, den Wandel von der vertikalen zur horizontalen sozialen Gliederung. Sie bietet eine historisch bisher nie gekannte Fülle von Möglichkeiten der Erbauung und der Zerstreuung. Zwar amüsieren wir uns nicht zu Tode, wie der amerikanische Kulturkritiker Neil Postman meint¹⁷, aber wir können unsere Neigung zum Amüsement voll und bis zum Exzeß ausleben.

An den neuen und vielfältigen Unterhaltungsangeboten wird ganz besonders die Ambivalenz der Medienentwicklung deutlich: Auf der einen Seite können wir über das Fernsehen an einer vorzüglichen Opernaufführung mit künstlerischen Spitzenkräften teilhaben, denen wir in unserem Opernhaus vor Ort nie begegnen würden. Auf der anderen Seite bieten mindestens fünf andere Fernsehkanäle zur gleichen Zeit eine triviale Seifenoper, eine amerikanische Krimiserie, eine Game-Show, einen Softporno, einen Horrorfilm. Leider lassen sich die Mediennutzer bei diesem Angebot nicht dazu verleiten, die Opernaufführung einzuschalten, wenn sie nicht schon ausgemachte Opernfreunde sind. Es ist weltfremd anzunehmen, die Massenmedien könnten eine eigene pädagogische Aufgabe übernehmen. Sie können allenfalls pädagogische Bemühungen anderer Institutionen – der Familie, der Schule, der Kirchen – unterstützen, wenn das geschickt genug angestellt wird. Viel

¹⁷ Vgl. Neil Postman, Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, Frankfurt a. M. 1985.

wahrscheinlicher ist, daß die pädagogischen Bemühungen anderer Institutionen unterlaufen oder konterkariert, die Mängel und Defizite dieser Institutionen verschärft werden.

Unter diesem Aspekt ist auch die Frage zu beantworten, ob Gewalt im Fernsehen sozialschädlich ist, ob die Eskalation der Gewalt im Fernsehen, insbesondere in den Programmen der privaten Anbieter, etwas mit der zunehmenden Gewalt in den Schulen und gegen Ausländer zu tun hat. Tatsächlich hat Fernsehgewalt etwas damit zu tun, aber sie ist nicht die einzige und wohl auch nicht die entscheidende Ursache. Fernsehgewalt stellt die Handlungsmodelle bereit für Kinder und Jugendliche, die auf Grund anderer sozialer Faktoren gewaltbereit sind, sie legitimiert Gewalt als Mittel der Konfliktlösung und sie trägt vor allem dazu bei, daß die moralischen Barrieren gegen die Anwendung von Gewalt niedriger werden. Fernsehgewalt stumpft ab, so daß auch eine immer größere Reizintensivität geboten werden muß, um den gleichen Erregungseffekt beim Rezipienten zu erzielen¹⁸. Schließlich fördert und beschleunigt das Fernsehen den „Werther-Effekt“, die Nachahmung besonders spektakulärer krimineller Handlungen durch Anschlußtäter und Trittbrettfahrer.

3. Der moderne Öffentlichkeitsprozeß erhöht das Risiko des kollektiven Irrtums.

Am Beginn des demokratischen Zeitalters steht eine grandiose Idee. Es ist die Idee der Meinungs- und Pressefreiheit als Verfahren zur Selbstregulierung des Gemeinwohls. Nach dieser Vorstellung, theoretisch begründet von dem englischen Dichter und Politiker John Milton in seiner 1644 erschienenen „Areopagitica“, sind Meinungs- und Pressefreiheit die Voraussetzung für einen öffentlichen Diskurs, in dessen Verlauf sich die Wahrheit durchsetzt und die für das Gemeinwohl jeweils richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden. Es ist die erzliberale Idee, daß sich politische Irrtümer nur durch den Prozeß des freien Diskurses, durch den Streit der Meinungen vermeiden lassen. In den Augen Miltons und der meisten anderen Demokratietheoretiker – bis auf den heutigen Tag – kommt den Medien dabei die Rolle zu, ein Forum für die öffentliche Diskussion bereitzustellen, den vielfältigen in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen und Interessen eine Artikulationsmöglichkeit zu bieten¹⁹.

18 Vgl. dazu Jo Groebel, Mediengewalt im Spiegel der Öffentlichkeit, in: Bulletin des Europäischen Medieninstituts, 10 (1993) 2, S. 1–3.

19 So beispielsweise Peter Schneider, Pressefreiheit und Staatssicherheit, Mainz 1968, S. 95.

Diese Sicht von der eher passiven, dienenden Rolle der Medien stimmte aber von Anfang an nicht und stimmt heute mehr denn je nicht mit dem tatsächlichen Verhalten der Medien überein. Die moderne Theorie der Pressefreiheit hat dies inzwischen berücksichtigt. So spricht etwa das Bundesverfassungsgericht davon, daß die Mittel der Massenkommunikation eine „Medium- und Faktorfunktion“ haben, d. h., daß sie auch eine aktive Rolle im Öffentlichkeitsprozeß spielen, ein Faktor der Meinungsbildung sind²⁰. Journalisten begreifen sich, zumal in der Bundesrepublik, erst in zweiter Linie als „neutrale Berichterstatter“; wichtiger oder zumindest ähnlich wichtig ist ihnen die Aufgabe des „Kritikers an Mißständen“ und des „Wächters der Demokratie“²¹.

Zu den am besten gesicherten Befunden der Medienwirkungsforschung gehört, daß die Massenmedien eine aktive Rolle bei der Selektion und Definition politischer Probleme spielen²². Das ergibt sich zwangsläufig aus der Struktur entwickelter Industriegesellschaften und des modernen Öffentlichkeitsprozesses. Diese Gesellschaften sind inzwischen so hochgradig differenziert, in ihren Einzelbereichen so komplex und von hochspezialisiertem Expertenwissen abhängig, daß es für Außenstehende immer schwieriger wird, die Besonderheiten bestimmter Wissenschafts- und Technologiebereiche, einzelner Industrien, Branchen und Betriebe, die Vielfalt von Berufen, den Kunst und Literaturbetrieb, die verschiedenen Sportarten, Hobbies und Lebensstile oder gar die unterschiedlichen Subkulturen der Jugendlichen zu begreifen. Die Massenmedien haben hier die Aufgabe übernommen, durch Selektion der wichtigsten Ereignisse, Themen und Probleme die Komplexität der Verhältnisse auf ein überschaubares Maß zu reduzieren und die politischen Problemprioritäten mitzubestimmen²³.

Aber auch ein so weitentwickeltes System der Massenkommunikation, wie wir es inzwischen haben, ist immer weniger in der Lage, die Komplexität und Differenziertheit der Probleme in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen angemessen zu berücksichtigen und die Selbstregulierung des Gemeinwohls herbeizuführen. Das liegt

20 Zuletzt etwa – mit konkretem Bezug auf den Rundfunk – im sogenannten 4. Rundfunkurteil vom 4. 11. 1986 (BVerfGE 73, 118).

21 Wolfgang Donsbach, Legitimationsprobleme des Journalismus, Freiburg–München 1982, S. 180.

22 Vgl. die relativ aktuelle Übersicht bei: Everett M. Rogers/James W. Dearing, Agenda-setting research: Where has it been, where is it going? in: James A. Anderson (Hrsg.), Communication Yearbook 11, Newbury Park 1988, S. 555–594.

23 Vgl. Niklas Luhmann, Öffentliche Meinung, in: Politische Vierteljahresschrift, (1970) 11, S. 2–28.

an bestimmten systemimmanenten Deformierungen der Massenkommunikation, die eine solche Selbstregulierung erschweren und damit das Risiko des kollektiven Irrtums erhöhen.

Ein großes Problem ist die wachsende Diskrepanz zwischen dem immens gestiegenen Informationsaufkommen einerseits und der begrenzten Verarbeitungskapazität der Medien und Mediennutzer andererseits. Scheinbar nimmt auch die Verarbeitungskapazität der Medien zu, zumindest gibt es immer mehr und immer spezialisiertere Kommunikationsangebote. Aber die vielen Spezialmedien – Zielgruppen- und Spartenprogramme sowie Special-Interest-Zeitschriften, vor allem Fachzeitschriften, Datenbanken, Videos, Videotext, Bildschirmtext usw. – erweitern nicht eigentlich die Sphäre der Öffentlichkeit, das Forum des gesellschaftlichen Diskurses, auf dem über die politischen Prioritäten gestritten wird. Sie haben vielmehr zu einer enormen Segmentierung des Publikums geführt, zu seiner Aufspaltung in eine Vielzahl gegeneinander abgeschotteter Teil- und Unterforen. Die Spezialmedien sorgen ihrerseits dafür, daß sich die Teilpublika weiter spezialisieren und differenzieren, indem sie den Fachjargon, den esoterischen Diskurs pflegen und zur Ausbildung spezieller Normsysteme und eigentümlicher Weltansichten beitragen.

Zugleich vervielfältigen die Spezialmedien das Informationsaufkommen, und das gilt genauso für die Universalmedien, also die Tages- und Wochenzeitungen, die Publikumszeitschriften und Magazine, die Massenprogramme von Radio- und Fernsehen. Denn öffentliche Kommunikation hat die Tendenz zur Selbstverstärkung und damit zu einer fortgesetzten Vervielfältigung: Medien gebären neue Medien, Massenkommunikation stimuliert immer neue Massenkommunikation; erfolgreiche Zeitschriftenkonzepte oder Fernsehsendungen werden kopiert und vervielfältigt, Veröffentlichungen provozieren Folgemeldungen, ein Beitrag hier regt einen anderen Beitrag da an, eine sensationelle Fernsehsendung ruft die Bild-Zeitung und die Publikumszeitschriften auf den Plan und so weiter.

Ein Motor dieser Entwicklung ist die immer schärfere Konkurrenz auf dem expandierenden, deregulierten Medienmarkt. Ein anderer Faktor ist, daß Menschen (und besonders Journalisten) auf intellektuelle Stimulation vorwiegend mit Kommunikation und – langfristig – auch mit einer Erweiterung des Interessenhorizonts reagieren, wodurch wiederum neue Kommunikationsaktivitäten angeregt werden. Wir sind es inzwischen gewohnt, weit über die Grenzen unseres Landes hinauszublicken und erwarten ganz selbstverständlich eine laufende

Information über das Weltgeschehen. Nicht zuletzt birgt das gewachsene Kommunikationsaufkommen im politischen Raum in sich die Tendenz zur Selbstverstärkung: Eine veröffentlichte Politikeräußerung provoziert Gegenmeinungen und Kommentare von anderen Politikern; Pressestellen werden tätig, PR-Maßnahmen werden in Gang gebracht, Aktionen inszeniert; dies alles ist wieder Anlaß für die Berichterstattung in den Medien und erhöht somit das Informationsaufkommen weiter.

Trotz der Expansion der Massenmedien steigt das Informationsaufkommen im vormedialen Raum insgesamt viel stärker als die Verarbeitungskapazität der Medien, und noch größer ist die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage, wenn man die Verarbeitungskapazität der Mediennutzer betrachtet. Zwar wurde das Zeitbudget für Mediennutzung, wie beschrieben, deutlich ausgeweitet, aber im Verhältnis zur Steigerung des Medien- und Medieninhaltsangebots ist diese Ausweitung verschwindend gering. Es gibt Berechnungen, wonach vom gesamten Informationsangebot der Medien Presse, Radio und Fernsehen in der Bundesrepublik nur 1,7 Prozent genutzt werden. Der enorme Angebotsüberhang wird als „Informationsüberlastung“ bezeichnet²⁴.

Das breite Angebot erfordert einerseits größere Selektionsanstrengungen der Mediennutzer und führt nicht selten dazu, daß viele Bürger die für sie wirklich wichtigen Informationen gar nicht finden. Andererseits sehen sich auch die Massenmedien einem immer größeren Selektionszwang ausgesetzt, um mit der Fülle des Informationsaufkommens, der Vorprodukte und Halbfertigwaren, wie sie die Agenturen, Pressedienste und PR-Abteilungen anbieten, fertig zu werden und um den Interessen ihrer Nutzer nach Aufbereitung und Zurichtung der Informationsvielfalt zu entsprechen.

Die Medien entledigen sich dieser Aufgabe anhand professioneller Standards für Nachrichtenwert. Nachrichtenwert hat eine Information u. a. dann, wenn sie überraschend ist (allerdings nur innerhalb eines bereits existierenden Erwartungsrahmens, eines Schemas oder Rituals), wenn sie sich auf das Handeln oder Leiden von Personen bezieht, Konflikte, Kontroversen, Schaden oder andere Negativismen betrifft, Dramatik oder zumindest einen hohen Intensitätsgrad besitzt²⁵. Der verschärfte Wettbewerb durch die Etablierung

24 Vgl. Werner Kroeber-Riel, Informationsüberlastung durch Massenmedien und Werbung in Deutschland. Messung – Interpretation – Folgen, in: Die Betriebswirtschaft, 47 (1987), S. 257–264.

25 Vgl. Winfried Schulz, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg – München 1990².

neuer Medien, vor allem durch die Einführung von kommerziellem Rundfunk, hat den Kampf um die Aufmerksamkeit des Publikums erheblich gesteigert und damit auch die Notwendigkeit, die Reizintensität der Nachrichten zu erhöhen. Eine Folge davon ist die zunehmende Boulevardisierung des Nachrichtenstils und die Vermischung von Information mit Unterhaltung zum „Infotainment“.

Aber die erwähnten Nachrichtenwert-Kriterien gelten nicht nur für den Boulevardjournalismus, sondern auch für seriöse Medien. Das Ergebnis der Selektion bekommen wir täglich in den Zeitungen und Nachrichtensendungen präsentiert: Krieg und Folter, Mord und Totschlag, Politikerstreit und Politikrituale. Und vor allem: Die Nachrichtenwert-Hierarchie wird jeden Tag, bei den elektronischen Medien sogar mehrmals am Tag neu festgelegt. Neue Meldungen mit höherem Nachrichtenwert verdrängen dabei Meldungen mit geringerem Nachrichtenwert. So entsteht ein äußerst fragmentiertes, diskontinuierliches Bild des Geschehens. Ursachen und Folgen der Ereignisse bleiben im Dunkeln, Zusammenhänge werden nicht sichtbar. Massenkommunikation trägt zur politischen Bildung nicht bei²⁶.

III. Fazit und Forderungen

Es ist offensichtlich, daß die Medien bei vielen Erscheinungen der Gegenwart, die wir vielleicht kritisieren, nicht die einzige und oft nicht die entscheidende Ursache sind. Es wäre daher falsch, die Massenmedien zum Sündenbock der gesellschaftlich oder politisch problematischen Entwicklungen zu machen. Vielfach sind die Medien nur einer unter mehreren Faktoren, die an der Entwicklung beteiligt sind, diese begünstigen, verstärken, mitunter auch auslösen oder in eine ganz bestimmte Richtung lenken.

Eine Verteufelung der Massenmedien hilft auch deshalb nicht weiter, weil es völlig unrealistisch wäre anzunehmen, die Medienentwicklung könnte rückgängig gemacht oder auch nur gestoppt werden. Wir können sie nicht einmal verlangsamen. Die Medienentwicklung hat eine Eigendynamik

²⁶ Dieses pessimistische Fazit läßt sich aus amerikanischen Langzeituntersuchungen ableiten; vgl. Michael X. Delli Carpini/Scott Keeter, Stability and change in the U.S. public's knowledge of politics, in: Public Opinion Quarterly, 55 (1991), S. 583–612. Für Deutschland gibt es keine vergleichbaren Studien; einige Anzeichen deuten allerdings darauf hin, daß die Verhältnisse hier nicht anders liegen als in den USA; vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Fernsehen und Lesen. Ein Werkstatt-Bericht, in: Gutenberg-Gesellschaft (Hrsg.), Gutenberg-Jahrbuch 1982, S. 35–46.

erreicht, die sie nur noch schwer beherrschbar macht. Wir müssen uns in die Rolle des Zauberlehrlings fügen, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird.

In einer undifferenzierten Medienkritik liegt die Gefahr, daß sie in den Ruf nach dem Zensor, nach mehr Staat mündet, wie es in letzter Zeit schon mehrfach zu beobachten war. Schärfere Gesetze oder andere Kontrollmaßnahmen sind jedoch nur bedingt geeignet, die negativen Folgen der gegenwärtigen Medienentwicklung zu begrenzen. Sie können in einigen Bereichen krasse Fehlentwicklungen vermeiden helfen, etwa Verstöße gegen Werberegulungen und Jugendschutzbestimmungen sowie Einschränkungen der publizistischen Vielfalt durch wirtschaftliche Verflechtung und Konzentration. Die wirklich bedenklichen Folgen der Entwicklung lassen sich durch systemkonforme gesetzliche Regelungen nicht beherrschen. Zudem ist das Risiko staatlicher Eingriffe sehr hoch: Es droht eine Einschränkung der Autonomie des Mediensystems – der wesentlichen Grundbedingung eines freiheitlichen, demokratischen Gemeinwesens.

Auch die vielfach beschworenen „Kräfte des Marktes“ bringen keine Problemlösung – eher im Gegenteil. Marktmechanismen bieten sich vor allem an, wenn es um die nachfragegerechte Verteilung begrenzt verfügbarer Güter (oder Dienstleistungen) und um die Allokation knapper Ressourcen geht. Der Markt kann aber nicht einmal das für Kommunikationsvorgänge zentrale Problem der Distribution von Medien und Mitteilungen adäquat lösen. Das liegt einmal daran, daß sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht in den Preisen der Medienangebote ausdrückt, weil Medien in der Regel auf zwei Märkten operieren: auf dem Nutzer- und dem Werbemarkt.

Gefahren des Wirklichkeitsverlustes, eines exzessiven Hedonismus oder risikoreicher Öffentlichkeitsprozesse lassen sich durch Marktkräfte ebensowenig abwenden wie durch gesetzliche Regelungen. Das Denken in der Alternative *Markt versus Staat*, das die medienpolitische Diskussion bestimmt, führt offenbar in den hier angesprochenen Fragen nicht weiter. Das liegt nicht nur daran, daß staatliche Gesetze und Marktgesetze nicht oder nicht ohne riskante Nebenwirkungen greifen. Es hat auch damit zu tun, daß die Frage, welche Medienentwicklung erwünscht oder bedenklich und welche Folgen der Entwicklung positiv oder negativ sind, politisch umstritten ist. Als ein dritter Weg der Problemlösung bietet sich unter diesen Voraussetzungen an, die Selbstkontrolle und Selbststeuerung des Mediensystems zu verbessern. Dazu ist eine Forcierung der Kontroverse nützlich,

damit die strittigen Punkte öffentlich ausdiskutiert, die Fakten transparenter und die Argumente deutlicher werden.

Dieser Prozeß kann durch folgende Maßnahmen und Methoden gefördert werden:

1. *Systematische Beobachtung der Medienmärkte, Medienorganisationen und Medieninhalte mit wissenschaftlichen Methoden.* In dieser Hinsicht haben in den letzten Jahren einige Aufsichtsorgane des privaten Rundfunks – vor allem die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen und die Bayerische Landeszentrale für neue Medien – wie auch die Arbeitsgemeinschaft der ARD-Werbegeellschaften einiges getan, indem sie wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben haben. Daneben ist die universitäre Medienforschung intensiviert worden, und zwar neuerdings auch zu Fragen der Qualität von Massenkommunikation²⁷. Es gibt allerdings noch erhebliche Defizite der Forschung und vor allem der öffentlichen Wahrnehmung der Forschungsergebnisse.

2. *Professionelle Medienkritik, d.h. Medienkritik in den Medien.* Die früher von den Tageszeitungen und vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen gepflegte Fernsehkritik bedarf einer Wiederbelebung und Erweiterung auf alle wichtigen Massenmedien. Dabei könnten entsprechende Rubriken bzw. Sendungen auch etwas für den Transfer von Ergebnissen der Medienforschung leisten.

3. *Nutzerkritik und medienpolitische Bürgerinitiativen.* Den Mediennutzern ist viel zu wenig bewußt, daß sie durch Anrufe bei den Medien, durch Leserbriefe und Hörer- bzw. Zuschauerpost die Journalisten und Medienverantwortlichen erheblich beeindrucken können. Kritische Rückäußerungen der Mediennutzer werden im allgemeinen stark beachtet, da die Redaktionen, Verlage und Rundfunkanstalten relativ wenig Möglichkeiten haben, ihr Handeln und den Erfolg ihrer Bemü-

hungen zu kontrollieren (außer durch Daten der Reichweitenforschung, die allerdings nur sehr bedingt Aufschluß geben über das Publikumsurteil). Die Kritik der Nutzer ist noch wirkungsvoller, wenn sie nach Art einer Bürgerinitiative organisiert wird. Die Bayerischen Landfrauen und andere Frauenorganisationen haben hier mit ihren Unterschriftenaktionen gegen Gewalt im Fernsehen ein Beispiel gegeben.

4. *Einrichtung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der Medienentwicklung.* Ein solches Gremium von unabhängigen Wissenschaftlern nach dem Vorbild der „Fünf Weisen“ sollte zur Aufgabe haben, jährlich über die aktuelle Entwicklung der verschiedenen Medien zu berichten und dabei vor allem Gefährdungen von Grundwerten und Standards des Mediensystems – wie u. a. Vielfalt, Professionalität und Rechtmäßigkeit – öffentlich anzuprangern. Die Wirksamkeit eines solchen Gremiums bemißt sich nach der Kompetenz und Integrität seiner Mitglieder. Es müßte daher unabhängig sein sowohl von parteipolitischen Interessen und Proporz Gesichtspunkten als auch von den Interessen der Massenmedien. Am ehesten ließe sich dies erreichen, wenn der Rat dem Bundespräsidenten berichten und von diesem ernannt würde und wenn er weder Politiker noch Medienangehörige als Mitglieder hätte²⁸.

Diese Vorschläge, die sich sicher noch ergänzen ließen, gehen von der Überzeugung aus, daß weder gesetzliche Kontrollen, noch das freie Spiel von Marktkräften oder gar die Arbeitsroutine der Journalisten und Programmacher jeweils allein ausreichen, um Qualität und Sozialverträglichkeit der Massenkommunikation zufriedenstellend zu sichern. Es wäre zu wünschen, daß die öffentliche Diskussion über die Selektionsregeln der Massenmedien, über journalistische Qualitätsstandards und über medienethische Standards intensiviert wird. Solche Standards sind in Gesetzen, in Gerichtsurteilen, Satzungen und Berufskodizes enthalten²⁹ und müßten deutlicher expliziert und angemahnt werden.

27 Vgl. Denis McQuail, *Media performance. Mass communication and the public interest*, London-Newbury Park-New Delhi 1992; Stephan Russ-Mohl, „Am eigenen Schopfe...“. Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche in: *Publizistik*, 37 (1992), S. 83–96; Heribert Schatz/Winfried Schulz, Qualität von Fernsehprogrammen. Kriterien und Methoden zur Beurteilung von Programmqualität im dualen Fernsehsystem, in: *Media Perspektiven*, (1992) 11, S. 690–712; Michael Schenk/Susanne Gralla, Qualitätsfernsehen aus der Sicht des Publikums. Literaturrecherche zum Forschungsstand, in: *Media Perspektiven*, (1993) 1, S. 8–13; Lennart Weibull/Britt Börjesson, The Swedish media accountability system: A research perspective, in: *European Journal of Communication*, (1992) 7, S. 121–139.

28 Ein ähnlicher Vorschlag wurde vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Medien der CDU, Bernd Neumann, gemacht.

29 Einschlägig sind hier u. a. die Rundfunkgesetze und -staatsverträge, die Landespressegesetze, die Presse- und Rundfunkurteile des Bundesverfassungsgerichts, die Publizistischen Grundsätze (Pressekodex) des Deutschen Presserats sowie entsprechende Kodizes des Deutschen Werberats und der Deutschen Public-Relations-Gesellschaft.

Ohnmacht der Medien

Die Kapitulation der Medien vor der Wirklichkeit

„Bei der Art von Kommunikation, wie sie sich durch Medien vermittelt, habe ich mitunter den Eindruck, es handele sich um die permanente Weigerung, erwachsen beziehungsweise mündig zu werden – sozusagen die Verwandlung des Menschheitstraumes von der ewigen Jugend in ein Menschenrecht auf Pubertät.“

Richard Schröder, Bergedorfer Gesprächskreis¹

I. Einleitung

Im Milieu von Cyberspace und Tausenderpreis

Auf dem jüngsten Medienforum Nordrhein-Westfalen in Köln² war vom Eindruck einer „Verlotterung“ die Rede, den die Medien hinterließen. Die Entwicklungen seien aus dem Ruder gelaufen. In Köln hatten sich an die zweitausend Medienleute versammelt, die selber auftraten, als wäre die Welt eine einzige Talk-Show. Auffallend nicht nur die lässige Eleganz, sondern auch die zur Schau getragene Jugendlichkeit. Da spitzt man die Ohren, wenn im Milieu von Telekommunikation, Cyberspace und Tausenderpreis unvermittelt die altfränkische Vokabel „verlottern“ auftaucht. Bringt die Semantik es an den Tag, wie es um die Medien steht? Wenn etwas verlottert, dann verkommt es und wird belanglos.

Eine gewisse Verlotterung nimmt mit der Sprache ihren Anfang. „Journalismus“ ist der älteste und herkömmliche Begriff, der die historische Dimension moderner Medien noch aufleuchten läßt: Handwerk und Sachwissen spielen eine Rolle, Ideen und Werte, um die leidenschaftlich gekämpft wurde; Personen haben das Werk geprägt und stehen mit ihrer Berufsbezeichnung „Journalist“ dafür. Aber „Medienschaffende“? Medien sind technische Mittel und zugleich die durch Sprache und Bild agierenden Vermittler. Kommunikation und Kommunikationsmittel, Massenmedien und Massenkommunikation schließen sich begriff-

lich an – lauter schwerfällige Bezeichnungen, die nichts ausstrahlen, wenn man von dem lateinischen „communicatio“ absieht.

Offensichtlich steht der Arbeits- und Handlungsbereich, der mit „Journalismus“ viel präziser gekennzeichnet ist, vor erheblichen Definitions- und Identitätsproblemen, er hat sich entgrenzt und ist unübersichtlicher geworden. Wichtiges ist von Unwichtigem nicht ohne weiteres abzuheben, was einen Bedeutungsverlust nach sich zieht. Zur Identitätskrise gesellt sich die Relevanzkrise. Aufgrund der Technikexplosion sind die Medien quantitativ zwar allgegenwärtig, aber qualitativ, als geistige und kulturelle Mächte, mögen sie in naher Zukunft abgedankt haben, wenn die Qualitätssicherung unterbleibt und die Ökonomisierung das Beherrschende wird.

Die Selbstreferentialität des Mediensystems

Der Verfasser dieses Beitrags konnte vor einigen Jahren eine Bestandsaufnahme zur Ethik-Debatte im Journalismus unter der Überschrift „Macht der Medien“ veröffentlichen³ und sieht sich heute zur gegenteiligen Überschrift veranlaßt. Niemand kann beanspruchen, die Zukunft oder gar das Ende des Journalismus ließe sich mit Gewißheit voraussagen⁴. Aber in der Medienentwicklung kommt es gegenwärtig zu beträchtlichen Ausfallerscheinungen, zu einem nicht zu übersehenden Qualitätsverlust an öffentlicher Kommunikation und zu Verfallsformen, die mit dem herkömmlichen Journalismus kaum noch vereinbar scheinen. Ein so nüchterner und kompetenter Beobachter wie der Zürcher Kommunikationswissenschaftler Ulrich Saxer gelangt zu dem Urteil, derzeit würden Medien und Politik an Glaubwürdigkeit und Interesse verlieren: „In der Öffentlichkeit macht sich Unbehagen breit, wobei schwer zu erkennen ist, ob Partei- oder Politikverdrossenheit

3 Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46–47/88, S. 3–13.

4 Vgl. Stephan Ruß-Mohl, Ringvorlesung „Zukunft oder Ende des Journalismus“. 1. Vorlesung: Publizistische Qualitätssicherung, 20. 4. 1993, Freie Universität Berlin. Ruß-Mohl fragte, „ob der Journalismus, den wir bisher kannten, eine Zukunft hat“. In atemberaubender Weise hätten sich Kommunikationspraktiken ausgebreitet, „die nur noch wenig mit dem zu tun haben, was man herkömmlicherweise unter Journalismus verstanden hat“. (Manuskript).

1 Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll Nr. 98/1993, S. 90.

2 Medienforum NRW vom 13. 6.–16. 6. 1993.

die Ursache und Medienverdrossenheit die Folge ist oder umgekehrt.“⁵

Wir müssen fragen: Was ist Journalismus, was nicht? Die Wertbindung tritt hervor, ein fragend-offener Journalismus jenseits der Maschinenwelt ist gemeint, der den kritischen Mut aufbringt, sich seiner geistigen Grundlagen zu vergewissern und aus der Selbstreferentialität der entstandenen Systeme auszubrechen. Die Forderung nach Fairneß oder diejenige nach Wahrhaftigkeit im Nein zur Irreführung und Manipulation, der Anspruch auf Zuverlässigkeit materialisieren sich nicht im Systembezug technischer und ökonomischer Funktionen, sondern im Miteinander sozialer Verhältnisse. Es bedarf eines Normen- und Berufsverständnisses, das sich einmischt und die Dinge nicht so beläßt, wie sie nun einmal sind. Wer sich den Herausforderungen verweigert, wird an ihnen nicht wachsen und lernen, was anders und besser zu machen ist.

Medienzirkus und Medienverdrossenheit

Gegenwärtig haben wir es in Europa und darüber hinaus mit einer „Desorientierung zu tun, die den ganzen Kontinent erfaßt hat. Sie geht tief; denn nicht zuletzt die in Europa wieder tobenden Bürgerkriege müssen bei denen, die diesen Tatbestand nicht verdrängen, sondern zur Kenntnis nehmen, einen Zivilisationsschock hervorrufen... Die gegenwärtige Orientierungskrise ist eine Krise unserer zivilisatorischen Selbstverständlichkeiten.“ Soweit Wolf Lepenies, Rektor des Wissenschaftskollegs Berlin, in einer Lagebeschreibung, die von dem Befund ausgeht, die Demokratie befinde sich nach Beendigung des Kalten Krieges im Augenblick ihres weltweiten Triumphs in einem paradoxen Niedergang⁶.

Wie ist in dieser generellen Orientierungskrise die durch Medienwirkungen hervorgerufene oder verstärkte Desorientierung zu sehen? Stehen die Medien prinzipiell dem Werteverfall gleichgültig gegenüber, jenseits von allen Verbindlichkeiten? Darf und kann man so fragen? Die empirische Forschung wird vielfach antworten: nein. Doch große Teile der Öffentlichkeit machen aus ihrem Verdruß am „Medienzirkus“ und seinen desorientierenden Wirkungen kein Hehl und reagieren mit einer Anti-Haltung, die einem Vertrauensentzug für die Medien gleichkommt, was nicht nur an den zunehmenden Protesten gegen die Häufung von Gewalt und Brutalität auf den Bildschirmen zu merken ist.

⁵ Bertelsmann-Stiftung, Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion, Gütersloh 1993, S. 5.
⁶ In: Bergedorfer Gesprächskreis (Anm. 1), S. 10f.

Der Eindruck entsteht, wir lebten „in einem medialen Tollhaus“⁷, und die „Herstellung von Öffentlichkeit“ könnte nur eine Alibi-Veranstaltung sein, die den Medienleuten zur Tarnung ihrer ökonomischen Interessen dient. Der Weg von der Politik- zur Medienverdrossenheit ist nicht weit. Die Skandalisierung der Politik und eine daraus hervorgehende Medienschelte, die in Oskar Lafontaines Attacke auf den „Schweinejournalismus“ ihren zornigen Ausdruck fand, sind der Demokratie im ganzen nicht zuträglich.

Richtig und gut informiert

Wer erklärt den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern, die Wirklichkeit? Was kann ich als einzelner angesichts einer überbordenden Informationsflut verlässlich wissen? Kann ich mich richtig und gut informieren? Woher kommt Orientierung? Lassen sich gültige Maßstäbe für mein politisches Urteil aus den Medien gewinnen?

Der Journalismus war einmal angetreten, solchen Existenzfragen einer Demokratie zu entsprechen und damit einen aufklärerischen und zugleich menschendienlichen Auftrag wahrzunehmen, wie es in der „civil society“ zu Kommunikation und Verständigung kommen kann. Es gibt nach wie vor die „quality press“ eines hervorragenden Journalismus des vernünftigen, abwägenden Urteils; aber die Trends zeigen auf Niveauverlust, Profillosigkeit, Enthüllungs- und Sensationsmache. Die Zeitung als verlässliches Medium behauptet sich noch vielfach gegenüber den Exzessen, bei denen vor allem die Privaten im elektronischen Mediengewerbe auf die abschüssige Bahn der Trivialisierung und Brutalisierung geraten sind.

II. Die Medien in der Orientierungskrise

Das Grelle und Grausige

Ist die Welt tatsächlich so absurd, wie sie sich in den Spiegelungen der Medien wiederfindet? Oder ist sie es nur wegen der selektiven Wahrnehmung und Inszenierung, die das Grelle und Grausige, ja Hysterische bevorzugt? Der amerikanische Journalist Carl Bernstein behauptet, die Entwicklungen zur Informations- und Mediengesellschaft hätten eine „Idiotenkultur“ hervorgebracht, in der das Grelle und Grausige wichtiger seien als wirk-

⁷ Vgl. Titel-Story „Ein Volk im Schweinestall“, in: Der Spiegel vom 11. 1. 1993, S. 166.

liche Nachrichten. Bernstein, dessen Name weltweit mit der Aufdeckung des Watergate-Skandals verbunden ist, spricht von der „Kultur journalistischen Lustgefühls“ mit ihrem Hang zur Skandalisierung und zum Sensationellen⁸.

Diesem Befund hat der SPD-Politiker und Bundestagsabgeordnete Peter Glotz einen weiteren hinzugefügt, als er sich im Rahmen einer Vorlesungsreihe „Medienspektakel – Panem et circenses“ zum Thema äußerte. Eine „Spirale von Zynismus, Gewalt und Obszönität“ sehe er auf die Öffentlichkeit zukommen. Tabu- und Hemmschwellen würden systematisch herabgesetzt mit der Folge einer „Verwüstung der sozialen Beziehungen“. Politik, „als Theater“ inszeniert, lasse die emotional-sensationelle Seite als die bedeutungsvollste erscheinen. Damit bleibe für die demokratische Zielvorstellung des mündigen Bürgers nicht viel übrig. „Ein Mann wie Kurt Schumacher würde heute nicht einmal Unterbezirkssekretär werden, weil seine Art nicht mediengerecht war“, meinte Glotz. Deshalb müßten zwischen Kultur, Staat und Ökonomie Orte der Gesprächsfähigkeit erhalten bleiben, die nicht sofort zur Beute der Medien würden⁹.

Der Verdruß über den Zustand der Medien spielte auch eine auffallend große Rolle beim 98. Bergedorfer Gesprächskreis, der sich im Januar 1993 in Berlin am Amtssitz des Bundespräsidenten zum Thema „Orientierungskrise in Politik und Gesellschaft? Perspektiven der Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ versammelte. Dieser Kreis bildet seit 1961 mit seinen regelmäßigen Zusammenkünften ein prominentes Forum für den Gedankenaustausch und ist ein Ort der Gewissensforschung für die deutsche Demokratie geworden, wo man ungeschützt und offen reden kann, ohne – wie gesagt – die Beute der Medien zu werden.

Bezeichnend für die Behandlung des Themas „Orientierungskrise“ war es, daß – wie im Protokoll nachzulesen ist¹⁰ – in vielen Wortmeldungen auch die mit den Medien verbundenen Fragestellungen auftauchten, ohne daß dazu aufgefordert worden wäre. Wiederholt wurde die Frage gestellt, wie ein öffentlicher Dialog über den Zustand der Medien organisiert werden könnte. Bundespräsident von Weizsäcker hatte dem Gespräch die Frage vorgegeben, was denn Menschen und Ge-

sellschaft in unserer liberalen Demokratie überhaupt noch zusammenhält. Wer könne in dieser Lage Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit stiften? Wenn Medienvertreter beispielsweise gelegentlich versuchten, auf dem Weg einer strafbaren Handlung an bestimmte Dokumente heranzukommen und dann ihrerseits gesetzlich davor geschützt seien, ihre Quellen anzugeben, „schlagen sie einen gefährlichen Weg ein“. Wir sollten uns Gedanken darüber machen, wie sich die Medien, die primär Marktgesetzen folgten, einen moralischen Rahmen schaffen könnten, so wie wir uns bei der Marktwirtschaft um ein soziales Rahmenwerk bemüht hätten. „Ich bin davon überzeugt, daß die Medien selbst daran interessiert sind.“¹¹

Faktisch hat sich längst aus der Unübersichtlichkeit dessen, was sich heute unter dem Rubrum „Medien“ etabliert, eine Unterscheidung in einen wertorientierten seriösen Journalismus und einen durchgehend kommerzialisierten, auf Massenemotionen spekulierenden Journalismus ergeben. Es bleibt einer Schärfung des Urteils der Publikumsseite und einer vermehrten Anstrengung der Medienseite zur kritischen Auseinandersetzung in eigener Sache überantwortet, welchen Verlauf die Medienentwicklung in Zukunft nimmt. Erfreulich ist, daß die Selbst- und Medienkritik durch engagierte Medien in jüngster Zeit aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt wird¹². Zwei Beispiele:

Wertekanon des journalistischen Handelns

Über den Rückfall der Medien „in die Barbarei“ läßt Claus Jacobi („Die Welt“ und früher „Der Spiegel“) die Leser nicht im Unklaren: Die Me-

11 Ebenda, S. 60.

12 „Bis auf St. Pauli-Niveau“ sieht ein Leitartikler (FAZ, 17. 4. 1993) das kommerzielle Fernsehangebot im Volk der Dichter und Denker heruntergekommen. Im selben Blatt räsontiert Heinz-Joachim Fischer über „Öffentlichen Unsinn und geistige Müllabfuhr“ (7. 4. 1993). Er fragt: Dürfen offenkundige Unsinnstifter durch die Öffentlichkeit wildern, so wie vor Jahren noch Abwässer ohne Filter in die Landschaft geleitet wurden, um dann zu folgern: „Die informierte Demokratie bedarf der Sorge wie die Natur.“ Andere Schlagzeilen lauten: „Verdummen die Massenmedien?“ (Katholische Nachrichten Agentur [KNA], 27. 10. 1992), „Die Diktatur der dumpfen Emotionen“ (Publik-Forum, 23. 4. 1993), „Warum wird die Unterhaltung im Fernsehen immer blöder?“ (FAZ-Magazin, 31. 12. 1992) oder „Schlägerei unter Komplizen. Oskar Lafontaines Angriff auf den ‚Schweinejournalismus‘“ (Die Woche, 25. 2. 1993). Der angemäßte Moralismus von Journalisten wird kritisiert: „Empörung ist ihr Beruf. Eine Polemik gegen Moralisten, die das Gute und Wahre gepachtet haben“ (Süddeutsche Zeitung, 10. 4. 1993) oder „Journalisten kontra Politiker. ‚Hauptsache Kreuzigung‘“, wo es heißt: „Jeden Tag schlagen wir einen ans Kreuz. Von Stolpe bis Krause, von Späth bis Streibl, von de Maizière bis Lafontaine. Die politische Konfession spielt keine Rolle. Hauptsache: Kreuzigung. Die Medien sind die Henker“ (Medien-Kritik, 19. 4. 1993).

8 Vgl. Medien-Kritik vom 3. 7. 1992. Bernstein veröffentlichte seine Kritik in der US-Zeitschrift „New Republic“ vom 8. 6. 1992.

9 Peter Glotz, Journalismus, Trend zum Trivialen, Vortrag am 11. 1. 1993 an der Universität Bonn in der Vortragsreihe „Medienspektakel. Panem et circenses“.

10 Vgl. Bergedorfer Gesprächskreis (Anm. 1).

dien „werden immer perfekter und immer trivialer, immer mächtiger und immer barbarischer. Immer gekonnter werden Nachrichten manipuliert, sei es für geschäftliche oder ideologische Zwecke. Da wird gehechelt und geheuchelt. Immer ruchloser dringen Medien in die Privatsphäre ein, nicht nur von königlichen Häusern. Immer obszöner werden Formen und Inhalte, immer unbekümmerter nähern sie sich der Pornographie. Kopulierende Paare sind fester Bestandteil der TV-Kultur, Talkshows deren Symbol.“¹³ Jacobi zitiert Rudolf Augstein, der vielleicht mehr als andere ein Vorbild für „kritische Journalisten“ geworden sei und behauptet habe, die Kritik laufe immer Gefahr, in einen gestaltlosen Negativismus auszuarten. Jacobi: „Gemeint ist die Lust am Destruktiven. Tempel einzureißen, Denkmäler zu stürzen. Großes kleinzuhacken, Erhabenes lächerlich zu machen, Heiles zu beschädigen scheint ein Bedürfnis.“

Analyse und Deutung gehen in der Selbstkritik eine Verbindung ein mit dem moralischen Denken, das dem klassischen Journalismus mit in die Wiege gegeben wurde. Insofern relativiert sich die Bemerkung des Bundespräsidenten, es bedürfe eines moralischen Rahmenwerks. Im Journalismus ist die Moral nichts Aufgesetztes, sondern innere, geistige Rationalität. Das Vernünftige und das Moralische sollen konvergieren; damit wir „gut“ leben können. Die „Ratio technica“ und „Ratio ethica“ hat Aristoteles bereits vor 2300 Jahren zusammenzubinden gesucht, und von diesem Erbe zehren wir¹⁴.

Jacobi ereifert sich in diesem Zusammenhang auch über das verzerrte Bild, das die Medien jahrzehntelang vom anderen Deutschland vor dem Mauerfall übermittelten. Jener 9. November 1989 sei für den deutschen Journalismus ein schwarzer Tag gewesen. Denn nun habe die Welt gesehen, was die DDR war: Schrott. Hinter der Fassade des real existierenden Sozialismus wurden Verbrechen und Versagen verharmlost oder unterschlagen: „Die falschen Propheten von gestern schwadronieren heute unverdrossen weiter.“ Es seien dieselben Meinungsmacher, denen heute die Wiedervereinigung derart mißfällt, daß jetzt wenigstens der wirtschaftliche Aufschwung mißglücken möchte¹⁵.

Auch bei Peter von Becker (Süddeutsche Zeitung) fallen starke Worte. Einen „Bürgerkrieg in den Medien“ sieht er heraufziehen: Ein Selbstmörder,

13 Claus Jacobi, Der Rückfall in die Barbarei. Der Zustand der Medien entspricht dem Zustand der Zivilisation, in: Die Welt vom 19. 1. 1993.

14 Vgl. Hermann Boventer, Ethik des Journalismus. Zur Philosophie der Medienkultur, Konstanz 1985², S. 249f.

15 C. Jacobi (Anm. 13).

nackt und verzweifelt, legt sich vor unseren Augen in die Badewanne und stirbt unter Krämpfen – die Voyeure sitzen alle in der ersten Reihe. Der Kriegsalltag in Sarajevo, der grausige Zustand zeretzter Leiber, Autos nach dem Verkehrsunfall – das Genre des Reality-TV macht's möglich. „Es geht, selbst unter dem Vorwand der Information, Aufklärung oder Abschreckung, um nichts anderes als Geld und Spiele. Volksbelustigung, der moderne Circus Maximus. Und hierbei sinken die Hemmschwellen der Medien.“¹⁶ Die Menschenwürde – ein „längst Hohn“ gewordener Ballast?

Die Intellektuellen sind von den Medien bitter enttäuscht und diagnostizieren messerscharf – aber dabei kann es nicht bleiben. Die Welt als Schauprozeß und der Journalismus als Moralersatz? Den Wirklichkeiten ist offensichtlich mit journalistischen Stil- und Sprachmitteln allein nicht beizukommen, es bedürfte wohl der dichterischen Kraft und Kunst. Der Journalismus also als zukurzgekommene, gescheiterte Kunst? Als Ersatzreligion? Das Verhältnis von „Mediendemokratie und Medienreligion“ wird nicht ohne Grund bedacht¹⁷.

Kehren wir nochmals zum Thema „Orientierungskrise“ des Bergedorfer Gesprächskreises zurück. Wolf Lepenies hatte in seiner Analyse das Ausmaß der Orientierungskrise zu beschreiben versucht. Wenn Staat und Politik an Ausstrahlung verlieren – welche Institutionen stehen dann zu Orientierungszwecken zur Verfügung?

Lepenies meinte, die Kirchen stellten solche ebensowenig dar wie Institutionen der Kunst, der Bildung und der Wissenschaft. Niemand denke heute beispielsweise über die Idee der Universität nach. Hingegen werde über Studiengebühren, Überlastquoten oder Hochschulbauten gestritten. „Wir haben, wie es scheint, die Fähigkeit verloren, über Inhalte zu streiten. Uns fehlt der Mut, über einen Kanon des Wissens und der Werte nachzudenken, über einen Minimalkonsens unserer Überzeugung, den wir für lebbar und für lehrbar halten.“¹⁸

Wenn man „Universität“ durch „Medien“ ersetzt, gelangt man zu vergleichbaren Ergebnissen: Wem gelingt es in der Tageshektik, über die Idee des Journalismus nachzudenken und Wozu-Fragen zu stellen, aus denen ein Wertekanon des journalistischen Handelns hervorgeht? Die Malaise unserer

16 Peter von Becker, Die Welt als Bordell. Der letzte Schritt zum Bürgerkrieg in den Medien, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. 3. 1993.

17 Vgl. Hans-Norbert Janowski, Kommunikation als öffentliches Ritual. Mediendemokratie und Medienreligion, in: Hermann Boventer (Hrsg.), Medien und Demokratie. Nähe und Distanz zur Politik, Konstanz 1993, S. 43–57.

18 Bergedorfer Gesprächskreis (Anm. 1), S. 17.

politischen Kultur findet in der offen vorgezeigten und ungehemmt praktizierten Beliebighkeitsphilosophie eines heruntergekommenen Postmodernismus vieler Medien ihre Entsprechung, wo alles geht, alles erlaubt ist und Grenzen nur noch mit Häme traktiert werden. Eine pubertäre Emotionalität, eine Attitüde des „Hoppla-jetzt-komme-ich“ wird charakteristisch für die Szene.

Überdenken der Aufklärung

Jene Dauerhaltung von mißtrauischem „Widerstand“ und habitueller „Respektlosigkeit“ (Lepénies), die der Bevölkerung durch ein mediales Rowdytum vermittelt wird, beruht auf dem Irrtum, man müsse auch in der Demokratie Mut vor Fürstenthronen zeigen. Die wahre Zivilcourage vor des Kaisers neuen Kleidern besteht heute darin, aus dem Meutenjournalismus auszuziehen und sich nicht von Scheinwelten und Scheinwahrheiten vereinnahmen zu lassen. Ein „Überdenken der Aufklärung“, wie Lepénies forderte, könnte einige der tragenden Ideen des journalistischen Handelns hervorkehren.

In mannigfacher Hinsicht gilt heute für die Europäer, daß sie ihr geistiges Erbe überdenken. Das Ende des Kalten Krieges hat den postmodernistischen Gedankenspielen, die zur Beliebighkeit und modischen Orientierungslosigkeit tendieren, ein unrühmliches Ende bereitet. Der „Abschied vom Prinzipiellen“, der das Projekt der Moderne in ihrem Kampf um mehr Humanität und Freiheit als gescheitert betrachtete, findet seine Paradigmen in den neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Im Medium verflüchtigt sich das Reale, alles wird gleich gültig und damit letztlich gleichgültig, nämlich käuflich und in seinem Warencharakter identifiziert. Fremd wird die Vorstellung, eine Theorie oder Praxis könnte ihre Grenzen an der Inkommensurabilität von Werten finden, wozu man sich bekennt. Man glaubt, ohne eine Wertbindung und eine philosophische Anthropologie auskommen zu können. Die Massenmedien, so wird angenommen, verkörpern diese schöne neue Welt der Postmoderne; politische Moralität sei nach Belieben und Bedürfnislage manipulierbar. Am Ende bleiben „die Champions der Systemtheorie und Soziologie auf der vergeblichen Jagd nach der Wirklichkeit – mehr nicht“¹⁹. Unter postmodernistischen Denkbedingungen muß es da eher als Torheit erscheinen, das journalistische Ethikdefizit aufarbeiten zu wollen²⁰.

19 Ebenda, S. 19.

20 Vgl. Walter Lesch, Medienethik unter „postmodernen“ Bedingungen, in: Adrian Holderegger (Hrsg.), Ethik der Medienkommunikation. Grundlagen, Freiburg (Schweiz) 1992, S. 73.

Was „guter“ Journalismus ist, läßt sich kaum von der Zweckrationalität der Systeme her bestimmen. Es gehört zur Aufgabe der Ethik, unter Umständen kontrafaktische Imperative zu formulieren und in der Praxis durchzusetzen, also auch vorhandenen Systemstrukturen und -bedürfnissen entgegenzutreten. Solche Imperative gehen nicht von Systemen, sondern von konkreten Personen in ihrer Individualität aus²¹. Wo es vom Menschen keine Vorstellung gibt, wo Ziele nicht vorgegeben sind, eine Humanisierung der Medienwelten als Postulat nicht in den Sinn kommt, wo es so ist, wie es ist – und funktioniert, da muß die Forderung geradezu absurd erscheinen, die Medien hätten zusammen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen einen Beitrag zu leisten, „unsere Demokratie – die heute gefährdet erscheint – entscheidend festigen“ zu helfen und den Bürgern wieder „Ziele“ zu setzen²².

Unüberhörbar war im Bergedorfer Gesprächskreis die Ansicht vertreten, es müsse doch möglich sein, in der Presse das Verantwortungsbewußtsein für die Demokratie – und das heißt letztlich für die eigenen Belange der Menschen – zu erhöhen. Einer Erosion des Grundvertrauens der Bevölkerung in den ohnehin schwierigen demokratischen Prozeß dürften die Medien nicht Vorschub leisten, bis das „Chaos“ über die Ordnungen hereinbricht²³. Im Horizont des Vertrauensverlusts und einer Chaotisierung der Lebensverhältnisse mit ihrer Egozentrik und Gewalttätigkeit seien die Medien eher auf der Seite der „Desorientierung“ zu finden und keine Verbündeten für eine Bewältigung der Probleme.

Sind Medienproduktion und Orientierungsverlust möglicherweise eine Verbindung eingegangen? Dieser Annahme ist der Kommunikationswissenschaftler Maximilian Gottschlich schon vor längerer Zeit mit der Frage nachgegangen, ob die Journalisten jene geistige Orientierungsfunktion tatsächlich ausübten, der sie gemäß ihrem legitimierenden Selbst- und Berufsverständnis nachzukommen hätten. Sie tun es nicht, lautete Gottschlichs Antwort damals. Er operierte mit dem Begriff der journalistischen Leistung, nämlich mittels journalistisch aufgearbeiteter Themen und Inhalte die Bedingung zur Möglichkeit der Teilhabe an der Welt zu schaffen, und fragte danach, „wie wir mit und aus der Medienkommunikation

21 Ebenda, S. 27.

22 Marion Gräfin Dönhoff. Eine Gesellschaft ohne moralische Maßstäbe gerät in Gefahr. Den Bürgern wieder Ziele setzen, in: Die Zeit vom 12. 3. 1993.

23 Bergedorfer Gesprächskreis (Anm. 1), S. 26, wo Antje Vollmer konstatierte, weltweit seien „Züge des Chaotischen“ feststellbar: „Alle merken, daß die Dinge nicht mehr im Lot sind; die alte Ordnung zerbröseln . . .“

sinnvoll leben können und sollen“²⁴. Inzwischen haben sich die dysfunktionalen Folgen der Massenkommunikation erheblich verschärft, und die Frage stellt sich unvermindert: Werden sich Journalisten und auch Kommunikationswissenschaftler dem Vorwurf entziehen können, mehr zur Eskalation als zur Überwindung der Identitäts- und Legitimationskrisen in der modernen Gesellschaft beigetragen zu haben?²⁵

II. Die Kapitulation vor der Wirklichkeit

Was die Massenmedien im Informationszeitalter als „Wirklichkeit“ ausgeben, ist mit dem Rang der alten Pilatusfrage „Was ist Wahrheit?“ versehen. Was ist Wahrheit, was ist Wirklichkeit – im Journalismus? Die Verflachung und Trivialisierung der Medienproduktion mag noch so weit vorangeschritten sein, dennoch erhalten sich mindestens rudimentär in den Erwartungshaltungen der Bevölkerung gegenüber den Medien die Verbindungen zu den Wahrheits- und Wirklichkeitsfragen in ihrer prägenden Wertsetzung für den Alltag.

Manager der Ereignisse

Journalisten galten einmal unbestritten als Berichterstatter und Treuhänder des Publikums in der Vermittlung von Nachrichten, nach denen man sich „richtet“. Inzwischen haben die öffentlichen Ereignisse mit der Allgegenwart der Massenmedien ihren Charakter verändert. Die Inszenierung und Mediatisierung von Ereignissen versetzt uns in eine Umwelt künstlicher Realitäten; die Medien haben aber auch durch ihr Vordringen in die Alltagswelt der Bevölkerung einen ganz neuen Zugang zur Wirklichkeit verschafft. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft leben in viel stärkerem Maße von „symbolischer“ Wirklichkeit als von erlebter und persönlich erfahrener Wirklichkeit²⁶. Die „Manager“ der Ereignisse, das sind heute die Journalisten.

Hans Mathias Kepplinger thematisiert diese Entwicklungen in seiner Studie „Ereignismanage-

24 Maximilian Gottschlich, *Journalismus und Orientierungsverlust. Grundprobleme öffentlich-kommunikativen Handelns*, Wien 1980, S. 16.

25 Vgl. ebenda, S. 207.

26 Vgl. Winfried Schulz, *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*, Freiburg 1976. Autoren wie Christian Doelker, Siegfried Weischenberg, Bernward Wember, Hans Mathias Kepplinger, Günter Bentele u.a. haben das Thema aufgegriffen; vgl. ferner Ulrich Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung*, Bonn 1987, und Udo Friedrich Schmälzle (Hrsg.), *Neue Medien – mehr Verantwortung*, Bonn 1992.

ment“²⁷; er zeigt, wie das Umfassende der Wirklichkeitsvermittlung durch die Medien zugleich deren Krise vor Augen führt, weil die Journalisten den Erwartungen, die in sie gesetzt werden, nicht gerecht werden. Können sie es überhaupt? Während sie sich noch als Berichterstatter verstehen, die eine vorgegebene Realität verarbeiten und abbilden, ist diese schon zum Teil das Ergebnis ihrer eigenen Wirkungsweise. „Sie betrachten sich als Kritiker von Mißständen, die außerhalb eines Geschehens stehen, zu dem sie jedoch tatsächlich längst gehören. Sie lehnen eine Verantwortung für die absehbaren Nebenfolgen ihres Handelns ab, die sie von jedem anderen Beruf verlangen.“²⁸

Journalisten reduzieren durch ihr Selektionsverhalten die Komplexität fortwährend auf die Maße ihres Ereignismanagements. Die Kausalbeziehungen zwischen Ereignis und Bericht, zwischen Wirklichkeit und Massenmedien haben sich zu Finalbeziehungen verwandelt. Verfälscht oder veruntreut also der Journalismus die ihm aufgetragene Wirklichkeit? Ist damit der Objektivitätsanspruch hinfällig geworden und die These vom Radikalen Konstruktivismus, der alle (auch die journalistische) Wirklichkeit als eine „erfundene“ klassifiziert, bestätigt? Kann der individuelle Journalist und Redakteur, der in solchen Wirkungs- und Strukturzusammenhängen arbeitet, überhaupt noch zur Rechenschaft gezogen werden und „verantwortlich“ handeln?²⁹

Diese Fragen öffnen einen weiten Horizont in der Bestimmung der Dialektik von Wirklichkeit und Massenmedien; sie können hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Dem Problem der Wissensgewinnung und Wirklichkeitserkenntnis hat sich der Mensch seit „Menschengedenken“ angenommen. Was kann ich wissen? Kann ich „alles“ wahrnehmen? Goethe hat in seinen Schriften zur Naturwissenschaft 1793 diese Thematik berührt: „Der Mensch erfreut sich nämlich mehr an der Vorstellung als an der Sache, oder wir müssen vielmehr sagen: der Mensch erfreut sich nur einer Sache, insofern er sich dieselbe vorstellt; sie muß in seine Sinnesart passen, und er mag seine Vorstellungsart noch so hoch über die gemeine erheben, noch so sehr reinigen, so bleibt sie doch gewöhnlich nur ein Versuch, viele Gegenstände in ein gewisses fragliches Verhältnis zu bringen, das sie, strenggenommen, untereinander nicht haben; daher die Neigung zu Hypothesen, zu Theorien und Systemen, die wir nicht mißbilligen können, weil sie aus der

27 Vgl. Hans Mathias Kepplinger, *Ereignismanagement. Wirklichkeit und Massenmedien*, Zürich 1992.

28 Ebenda, S. 11.

29 Vgl. Hermann Boverter, *Können Journalisten objektiv sein?*, in: ders. (Hrsg.), *Medien und Demokratie* (Anm. 17), S. 175–189.

Organisation unseres Wesens notwendig entspringen.“³⁰

Es müßte in der Mediengesellschaft schlimme Folgen haben, wenn der Prozeß der Annäherung von Wahrheit für obsolet erklärt wird, etwa nach dem Motto: Was Wirklichkeit ist, das bestimmen wir. Die komplette Entmoralisierung der Medien und ihrer Handlungsträger wäre die Konsequenz. Wo die Lüge beginnt, das weiß man. Woher eigentlich, wenn es in der Erkenntnis des Wirklichen keine Maßstäbe gibt? Erkenntnis des Wirklichen ist grundsätzlich gebunden an ein Subjekt; aber ist damit alles ausgesagt und die Subjektivität heilig gesprochen? Es kommt darauf an, welches Menschen- und Weltbild vorausgesetzt wird – auch im Kontext des journalistischen Handelns.

Was Wirklichkeit ist, das glaubt ebenso jeder zu wissen. Aber gerade an dieser Nahtstelle beginnen für die Massenmedien, für ihre „Täter“ und „Opfer“ gleichermaßen, die Herausforderungen moralischer und geistiger Art, denen sie sich nur unzureichend stellen. Über die Routine entzieht man sich der erforderlichen Wahrheits- und Wirklichkeitsskepsis. Entweder wird alles akzeptiert, oder der Anspruch von Wahrheit wird überhaupt gelehnt, und zur Wirklichkeit dessen, was zu berichten und darzustellen ist, hat sich ein naives, positivistisches Verhältnis ausgebildet. Das Medium bleibt dann in den eigenen Spiegelungen verstrickt, ohne die herausfordernde Dialektik zwischen Subjekt und Objekt aufzunehmen. Damit ist die Kapitulation vor der Wirklichkeit in ihrer Komplexität und ihrem Herausforderungscharakter vorprogrammiert.

III. Medienethik oder: Die verlorene Ehre

Die Nachrichten müssen stimmen

Was ergibt sich aus diesen Überlegungen und ist zu tun? Die Frage nach dem moralisch zu Verantwortenden stellt sich, und zwar in zweifacher Weise: Einmal als Frage nach der Sache und dem Handwerk, das als Werk des Journalismus zustande kommt. Zum anderen als Frage nach den Maßstäben und Kriterien, nach denen zu beurteilen ist, wie menschendienlich das Werk ist und ob es eine humane Praxis begründet.

³⁰ Johann Wolfgang Goethe, Schriften zur Naturwissenschaft, hrsg. von Michael Böhler, Stuttgart 1977, S. 10.

Für die erste Betrachtungsebene steht der Satz: Die Nachrichten müssen stimmen, für die zweite Ebene die Bestimmung, die Medienfreiheit sei eine „dienende“ Freiheit. Verlangt wird also, der Journalismus sei ethisch und moralisch in seiner Differenz von Ist-Befund und Soll-Befund zu bedenken. Er sei anzubinden an Prinzipien der Humanität und Demokratie. In allem wird vorausgesetzt, daß wir gut leben, gerecht handeln und vernünftig urteilen können – und es als Bürgerinnen und Bürger auch wollen.

Die Nachrichten müssen stimmen: Es geht um Zuverlässigkeit und Genauigkeit in der Recherche und im Beobachten, um Wirklichkeitstreue, einen präzisen Sprachgebrauch und eine möglichst unvoreingenommene Berichterstattung. Diese Verantwortung des Journalisten ist nach ungeschriebenen und geschriebenen Regeln markiert: wahrheitsgetreue Unterrichtung, Sorgfaltspflicht, Richtigstellung von Falschmeldungen, Schutz der Privatsphäre, Bestechungsverbot und anderes mehr, das vorbildlich in den Maximen des Deutschen Presserats niedergelegt ist. In dieser Hinsicht schuldet der Journalist sich selbst und seinem Publikum, in dessen Auftrag er handelt, Rechenschaft – Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen.

Normativer Journalismus

Humane Praxis und „dienende“ Freiheit: Regeln und Normen, die dem Journalismus im berufskulturellen Alltag vorgegeben sind, orientieren sich am Konzept der „dienenden“ Freiheit³¹. Presse, Rundfunk und Fernsehen dienen der freiheitlich-demokratischen Ordnung, heißt es in der Rechtsprache. Praktisch ist die Legitimationsbasis des Berufs fest eingebunden in das Demokratieverständnis mit seinen daraus abgeleiteten Pflichten, die sich allerdings politisch und rechtlich nicht erzwingen lassen, sondern trotz ihrer großen Relevanz nur moralische Verbindlichkeit aufweisen und aus freien Stücken angenommen sein wollen.

Deshalb sind Freiheit, Ethik und Ethos im Journalismus so entscheidende und unverzichtbare Kräfte der Prägung und Steuerung auf eine Sollensgestalt hin, die immer wieder aus dem Blick gerät. Humane Praxis ist demokratische Praxis, mit der Achtung der Person- und Menschenwürde als oberstem Gebot. Die Pressefreiheit ist allerdings nicht

³¹ Die das ganze demokratische System „konstituierende“ und ihm „dienende“ Bedeutung der Pressefreiheit ist vom Bundesverfassungsgericht in eindrucksvollen Urteilsbegründungen wiederholt unterstrichen worden; vgl. Lüth-Urteil, BVerfGE 7, 198.

grenzenlos³². Sie ist ihrerseits eingebunden in die Moralität des freien Sich-Verantwortens. Die einzelnen und wir alle setzen uns in freier und demokratischer Selbstbestimmung die Grenzen und Pflichten, in Respekt vor dem Gewissen und der Freiheit anderer.

Soweit die grundlegenden Prinzipien und Maximen, die allerdings für viele heute einen „idealistischen“ Beigeschmack haben und darum untauglich erscheinen mögen. Allerdings gehört es zum Selbstverständnis des Prozeßhaften der Demokratie, daß sich von keinem Zustand behaupten ließe, er stimme mit dem Ideal überein, sondern daß vielmehr die jeweiligen Verhältnisse stets verbesserungsbedürftig, aber auch verbesserungsfähig sind.

Der Journalismus und die von ihm ausgehende Medienkultur stehen folglich unter einer ethischen Idee. Die Grundfigur ist die Herstellung verlässlichen Wissens für die Öffentlichkeit. Kriterium ist die sachliche Richtigkeit. Hinzu kommt der Anspruch, daß menschliche Praxis vor das Forum der Vernunft gestellt werden soll, weil alles Tun und Lassen des Menschen einer Verbindlichkeit unterliegt. Mit dieser Einführung des ethischen Denkens tut sich der praktische Journalismus allerdings deshalb besonders schwer, weil die Prinzipien stets am einzelnen Fall zu erhärten sind. Aus dem Dilemma, daß die Wahrheit konkret ist, gibt es keinen bequemen Ausweg, der um die Anstrengung des Denkens und Argumentierens herumführt.

Die verlorene Ehre der Meinungsmacher

Heinrich Böll schrieb 1974 „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ und setzte darunter den Titel: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann. Vorangestellt wird der ironische Hinweis, daß Personen und Handlungen der Erzählung zwar frei erfunden seien, doch „sollten sich bei der Schilderung gewisser journalistischer Praktiken Ähnlichkeiten mit den Praktiken in der BILD-Zeitung ergeben haben, so sind diese Ähnlichkeiten weder beabsichtigt noch zufällig, sondern unvermeidlich“.

Dieses Unvermeidliche nicht hinzunehmen, wie es nun einmal ist, hat Reinhard Höppner, SPD-Fraktionsvorsitzender in Sachsen-Anhalt, zum Gegenstand einer Rede gemacht, die er in Magdeburg vor Politikern und Journalisten aus Ost- und Westdeutschland zum Thema „Bestellte Wahrheiten – die verlorene Ehre der Meinungsmacher“ gehalten

32 Vgl. Hermann Boverter, Die Pressefreiheit ist nicht grenzenlos. Einführung in die Medienethik, Bonn 1989, S. 25f.

hat³³. Es ist auffallend, wie sensibel und nachdenklich die Beurteilungen der Medienszene mit ihren Auswüchsen heute in ostdeutscher Sicht ausfallen. Höppner sagt, Gewalt beginne in unseren Herzen und Köpfen, mit dem, was wir denken, reden und schreiben. Er spricht von der verdeckten Gewalttätigkeit der Medienszene: „In diesem Sinn erlebe ich als Bürger, der neu in politische Verantwortung gekommen ist, die politischen, journalistischen Spielregeln als ausgesprochen gewalttätig. Mich belastet, daß in den öffentlichen Medien derjenige nicht vorkommt, der sich diesen Spielregeln nicht unterwirft. Wer nicht schlagen will, macht keine Schlagzeilen... Wer in den Medien nicht vorkommt, der bleibt anonym und erlebt seine Ohnmacht angesichts der vielgepriesenen Freiheit als noch viel belastender als unter einer Diktatur, von der man nichts anderes erwarten konnte.“³⁴

Höppner wendet sich dagegen, daß von bestellten, von käuflichen Wahrheiten geredet wird. Gehe es nicht vielmehr im Journalismus, der sich ökonomisiert, um verkäufliche Wahrheiten und Ware um jeden Preis? Selbst wenn diese Grundkonstellation in der Mediengesellschaft sich nicht grundsätzlich verändern lasse, bleibe die Frage an die Journalisten und ebenso an die Politiker: „Muß man dabei seine Ehre verlieren?“ Die Antwort darauf hänge für ihn entscheidend davon ab, was für ein Menschenbild bei Wählern und Lesern vorausgesetzt werde. Der derzeitige Trend gehe leider in eine erschreckende Richtung: erst dumm machen und dann für dumm verkaufen. Hier liege das eigentliche Problem, die verlorene Ehre für alle Beteiligten – nicht nur der Politiker und Journalisten, sondern auch der Leser, die sich alles bieten ließen. Wenn Journalisten nur noch gewinnorientiert arbeiteten, Politiker nur an Machterhalt und Karriere dächten, dann sei die Ehre beider verloren.

Die Verachtung des Publikums und dessen ständige Unterforderung impliziert offensichtlich ein zynisches Menschenbild. Den DDR-Machthabern war das „Für-dumm-Halten-und-Verkaufen“ eine geläufige Maxime. Daß sich nun diese verkehrte Welt unter westlichen Verhältnissen zu reproduzieren scheint, muß die Menschen verbittern, und dazu tragen die Medien eine gehörige Portion bei. Den angeblich freien Medien und Medienmachern wird ihre Ehre nicht durch äußere Umstände streitig gemacht, sondern sie selbst sind es, die sich entehren und entmachten, indem sie ihre wahre

33 Vgl. Bernhard Höppner, Rede auf dem Kongreß „Die alltägliche Pressefreiheit im neuen Deutschland – die Verantwortung der Zeitungen und der Politik“ in Magdeburg am 28. 4. 1993.

34 Ebenda.

Macht und ihr geistiges Vermögen, zum Wohl des Ganzen zu wirken, für das Linsengericht der Unwirklichkeit und der Irrationalität preisgeben.

Als Menschen (und Bürger) sind wir in ein Grundvertrauen zur (politischen) Wirklichkeit hineingestellt. Die Wirklichkeit ist voller Widersprüche und Verkehrtheiten. Doch ohne Vertrauen ist kein menschenwürdiges (und demokratisches) Leben möglich. Dieser Existenzbehauptung im Ja zur Komplexität der Wirklichkeit stehen die Medien heute mit ihrem umfassenden Anspruch einer Daseinsorientierung (und politischen Information) gegenüber, hieraus nehmen sie ihre Macht und Möglichkeiten – aus dem Vertrauen, das ihnen entgegenschlägt, aus der Vernünftigkeit ihres aufklärerischen Auftrags, der ihre „Ehre“ konstituiert. Wo es zum Ausfall dieser Bedingungen (und des Bedingungsverhältnisses von Medien, Moral und Demokratie) kommt, verkehrt sich Macht in Ohnmacht.

Medienethik in Deutschland

Ziel einer Gegensteuerung muß es ein, daß die Kompetenz aller im Umgang mit den Medien und medienkulturellen Herausforderungen zunimmt. Zur Konkretisierung einige Erwägungen:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die sich in Suhl mit dem Thema „Kirche in der Mediengesellschaft“ auseinandersetzte, beurteilte die moderne Kommunikationstechnik positiv. Eine Kultur werde ermöglicht, die voller Chancen stecke für die Entwicklung der Menschheit insgesamt wie für jeden einzelnen. Allerdings sei es nicht einfach, allgemein verbindliche Kriterien zur Entfaltung solcher Chancen durchzusetzen. Im Text der Synode heißt es dazu einschränkend: „Noch haben wir keine der Mediengesellschaft angemessene Medienethik.“³⁵

Nun ist die Feststellung, eine Medienethik sei nicht vorhanden, einfach nicht zutreffend. Was als Minimum einer journalistischen Moral bezeichnet werden kann, hat beispielsweise der Deutsche Presserat in geduldiger und verdienstvoller Kleinarbeit von Fall zu Fall konkretisiert³⁶. Die Frage nach dem humanen Maß, nach dem Verantwortenden begleitet den Journalismus, seit es ihn gibt. Will man die Medienethik allerdings als eine Sonderethik, dann „gibt“ es sie nicht. Will man sie „wissenschaftsfähig“ nach empirisch-analytischer

Methodologie, dann „gibt“ es sie auch nicht und darf es sie überhaupt nicht geben, weil Ethik angeblich eine „Chimäre“ ist³⁷.

Eine vermehrte Anstrengung des ethischen Denkens im Handlungsbereich journalistischer Praxis ist dem Wissenschafts- und Fortschrittsgeist sichtlich nicht geheuer und eigentlich unerwünscht. Zur medienethischen Standortbestimmung in Deutschland müßte es ein öffentliches „Gewissen“ geben, um das ethische Denken im Journalismus zu ermutigen, etwa durch Vergabe von Forschungs- und Lehraufträgen, durch Preise für ethisch orientierte Arbeiten und Texte, damit eine bewußtseinsbildende, öffentliche Wirkung zustande kommt. Die Universitäten haben diesen Ort bisher nicht geschaffen, von einigen Nischen abgesehen. Wenn es eine Stiftung „Warentest“ und anderes gibt, warum nicht eine Stiftung „Ethik des Journalismus“?

Eine Stärkung des Deutschen Presserats wäre hilfreich. Er kämpfte noch vor wenigen Jahren ums Überleben und konnte revitalisiert werden. Im Presserat glauben viele einen „zahnlosen Tiger“ zu erkennen, weil der Institution die Sanktionsmittel fehlen und die Urteile folgenlos bleiben. „Zahnlos“ ist auch die Pressefreiheit; wer sie mißbraucht und verletzt, erfreut sich trotzdem ihres Schutzes. Diesem Dilemma ist mit gesetzlichen Maßnahmen nicht abzuhelfen, sondern nur durch Selbstdisziplin und Selbstkontrolle in der Medienbranche – damit steht und fällt ihre „Ehre“. Es ist schon richtig: „Der Zustand der Medien entspricht dem Zustand der Zivilisation.“³⁸ In dieser Lage bedarf es einer nationalen Initiative. Ein so prominentes Forum wie der Bergedorfer Gesprächskreis könnte unter Mitwirkung des Bundespräsidenten Anstöße geben und Medien und Medienethik einmal zum Thema machen – neben anderen, die ebenfalls dazu aufgefordert sind.

Die Medienkommunikation erlebt gegenwärtig einen starken Wachstumsschub. Daß es in dieser Lage zu Krisenerscheinungen kommt, kann ein Zeichen von Vitalität sein. Sie lassen sich überwinden im Horizont jener Wertegemeinschaft, die sich Demokratie nennt und nur aus dem Fundus ihrer Überzeugungen und Gemeinsamkeiten lebensfähig bleibt. So erscheint der Hinweis auf Ethik und Ethos des Journalismus am Ende als etwas Selbstverständliches, das allerdings dauernd in Erinnerung gebracht sein will.

35 epd-Dokumentation der EKD-Synode in Suhl, Nr. 50/1992, S. 3.

36 Hervorzuheben sind die Fallsammlungen zum Berufsethos, die der Presserat jährlich veröffentlicht. 260 Fälle wurden zuletzt in einem „Schwarz-Weiß-Buch. Spruchpraxis des Deutschen Presserats“, Bonn 1990, vereinigt.

37 Vgl. Ulrich Saxer, Journalistische Ethik – eine Chimäre? Sieben kommunikationssoziologische Thesen zum Widerspruch ihres Anspruches und ihrer Geltungsrealität, in: Hans Maier (Hrsg.), Ethik der Kommunikation, Freiburg (Schweiz) 1985.

38 C. Jacobi (Anm. 13).

Die Umgestaltung des Mediensystems in Ostdeutschland

Strukturwandel und medienpolitische Neuorientierung in Rundfunk und Presse seit 1989

I. Journalismus in der DDR

Das Recht auf Information und Meinungsfreiheit gehörte zu den ersten Forderungen, mit denen oppositionelle Gruppen im Herbst 1989 an die Öffentlichkeit traten. 40 Jahre lang hatten die Menschen in der DDR unter Indoktrination, Schönfärberei und dem Verschweigen der Wahrheit gelitten, weil die SED den Medien die Aufgabe zudiktiert hatte, im Dienste der „Partei der Arbeiterklasse . . . kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“¹ zu sein.

Der Mißbrauch der Medien als Propagandainstrument war Ausdruck der fehlenden Legitimität des von der SED geschaffenen politischen Systems. Obwohl als bekannt vorausgesetzt werden kann, wie die SED-Führung ihre auf undemokratische Weise erlangte Macht nutzte, um ein undemokratisches Mediensystem zu installieren und sich so jedweder Kontrolle zu entziehen, sollen hier zum besseren Verständnis der nachfolgenden Entwicklung die wichtigsten Grundsätze der SED-Medienpolitik in Erinnerung gerufen werden.

Nach sowjetischem Vorbild wurden Drucklizenzen für Zeitungen und Zeitschriften ausschließlich an Parteien, Massenorganisationen und öffentliche Institutionen vergeben. Abgesehen von der Zulassung einiger Kirchenzeitungen (sechs Wochenzeitungen und ein 14täglich erscheinendes Blatt) hatten Andersdenkende keinen Zugang zu den Printmedien. Im Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) als einer zentral gelenkten staatlichen Institution gab es ohnehin keinen Raum für pluralistische Meinungen. Diese Struktur des Mediensystems ermöglichte es der SED-Führung, Mechanismen zu entwickeln, die die Gleichschaltung auf allen Ebenen sicherstellte.

1. Kontrollinstanzen und Mechanismen der Gleichschaltung

Für die Anleitung und Überwachung der SED-Presse war die Abteilung Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee (ZK) der SED zuständig. Sie erteilte genaue Anweisungen über die weiterzuleitenden Informationen und legte auch die Tabu-Themen fest. So durfte zum Beispiel nicht über die Wirtschafts- und Umweltmisere oder über die reale Befindlichkeit der Menschen berichtet werden. Neben der ZK-Abteilung sorgten die Sekretäre für Agitation und Propaganda bei den Bezirks-, Kreis- und Stadtleitungen der SED für die Durchsetzung des „Bestätigungsjournalismus“². Obwohl formal dem Ministerrat unterstellt, kontrollierte die SED ebenfalls die von den Blockparteien, den Massenorganisationen und den Kirchen herausgegebenen Presseerzeugnisse sowie die Hörfunk- und Fernsehsender, denn die Kader in den staatlichen Überwachungsgremien – wie dem „Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats“, dem Rundfunkkomitee und dem Komitee für Fernsehen – waren mehrheitlich SED-Mitglieder.

Die Einflußnahme beschränkte sich nicht nur auf die Vorgabe allgemeiner ideologischer Richtlinien oder der zu behandelnden bzw. nicht zu behandelnden Themen. Das Presseamt legte für alle Publikationen auch die Auflagenzahlen und die Höhe des Papierkontingents fest. Im Hörfunk und Fernsehen reichte die Kontrolle bei politischen Sendungen zuletzt sogar bis zu einzelnen Formulierungen. So behielt sich seit den achtziger Jahren die ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda vor, den gesamten Ablauf der Hauptnachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ zu bestimmen³.

2 Diesen Begriff prägte H. Dieter Schütt, Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ seit 1984, in: R. Schubert, „Ohne größeren Schaden“? Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten der DDR, München 1992, S. 82.

3 Horst Schmidt, Schichtleiter bei der „Aktuellen Kamera“ des DDR-Fernsehens, berichtet, daß große Teile der Sendung (manchmal bis zu zwei Drittel) vorgegeben waren, sowohl was das Inhaltliche betraf als auch hinsichtlich der

Jenseits der offiziellen Überwachung gab es weitere Kontrollinstanzen, deren Arbeitsweise für die Mitarbeiter der Medien völlig undurchschaubar war. So hatte der Wirtschaftssekretär des Politbüros, Günter Mittag, einen eigenen Apparat zur Beobachtung der Medien eingesetzt, um eine kritische Berichterstattung über die Wirtschaftspolitik zu verhindern. Er ließ u. a. die Zeitungen nach unzulässigen Tönen durchforsten und forderte, wenn seine Kontrolleure fündig geworden waren, in den Politbürositzungen den zuständigen SED-Bezirkssekretär auf, die Verantwortlichen zu bestrafen⁴.

Ähnlich direkte Eingriffe in die Arbeit der Redakteure nahm das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zwar nicht vor, sein Druck auf die Medien war deswegen aber keineswegs geringer. Durch sein verdecktes Handeln erzeugte es eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit und disziplinierte damit schließlich auch jene, die sich noch Reste von Widerspruchsbereitschaft bewahrt hatten. Im MfS waren nicht weniger als drei Unterabteilungen der Hauptabteilung XX für die „politisch-operative Durchdringung und Sicherung“ der Massenmedien zuständig. Es gibt zwar keine genauen Zahlen darüber, wie viele der insgesamt 86 offiziellen und 600 inoffiziellen Mitarbeiter zur Observation der Medien eingesetzt waren, weil die betreffenden Unterabteilungen auch andere Institutionen zu überwachen hatten⁵. Mit Sicherheit läßt sich aber sagen, daß bei einer 1991 durchgeführten Überprüfung 200 Mitarbeitern des DDR-Hörfunks und Fernsehens Stasi-Kontakte nachgewiesen wurden⁶. Um eine lückenlose Überwachung zu garantieren, gab es auch in den Bezirksverwaltungen ein entsprechend dichtes Netz haupt- und nebenamtlicher Mitarbeiter⁷.

Investigativer, aufklärerischer Journalismus konnte sich unter solchen Bedingungen nirgendwo entfalten. Ob Leitartikelschreiber oder Lokalreporter, ob Rundfunkjournalist oder Fernsehredakteur – alle mußten bereit sein, sich dem administrativen Kommandosystem zu unterwer-

Plazierung und Kommentierungen. Gesendete Meldungen seien teilweise von der ZK-Abteilung formuliert worden, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 31 f.

4 Über diese Form der Medienüberwachung berichtet Günter Schabowski, in: F. Sieren/L. Koehne, Das Politbüro, Hamburg 1990, S. 38 f.

5 Vgl. dazu D. Gill/U. Schröder, das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Ministeriums, Berlin 1991, S. 50–53.

6 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. 8. 1991, S. 6. Es muß erwähnt werden, daß eine ähnlich umfassende Überprüfung der in den DDR-Printmedien tätig gewesenen Journalisten nicht stattgefunden hat, weil die privaten Zeitungsverleger darauf keinen Wert legten.

7 Vgl. dazu Gunter Holzweißig, Das MfS und die Medien, in: Deutschland Archiv, (1992) 1, S. 31 ff.

fen, sofern sie es als SED-Genossen nicht ohnehin aus eigener Überzeugung mitgetragen haben.

2. Sozialpsychologische Prägung der DDR-Journalisten

In der DDR gab es in den Rundfunk- und Zeitungsredaktionen etwa 11 000 Journalisten, die dort größtenteils festangestellt waren. Auf ihre Auswahl nahm die SED massiven Einfluß, um die Instrumentalisierung der Medien zur Machterhaltung ein für allemal abzusichern. Nur politisch zuverlässige Bewerber hatten die Chance, zum Journalistikstudium zugelassen bzw. als Redakteure eingestellt zu werden. Wie erfolgreich dieses personalpolitische Konzept verwirklicht wurde, zeigt die Argumentation des Politbüromitgliedes Gunter Schabowski bei seinem Versuch, die Stasikontrolle der Medien herunterzuspielen: „Die Redaktion war ja selbst eine politische Institution ersten Ranges. Niemand war besser befähigt als die Redaktion selber, ihre Texte zu kontrollieren. Das war nicht Sache der Sicherheit.“⁸

Aufgrund ihrer Funktion als Sprachrohr für die Herrschenden und des ihnen antrainierten „Journalismusverständnisses für Machtausübende“⁹ hatten die Journalisten in der DDR ein geringes Sozialprestige. Sie mußten sich zudem damit abfinden, daß ihre Informationsprogramme und politischen Artikel wenig Resonanz fanden¹⁰, weil die meisten DDR-Bürger, über die wahrheitswidrige, tendenziöse Berichterstattung verbittert, jeden Tag die Flucht zu den Programmen der westdeutschen Sendeanstalten antraten und den Partiejournalismus ins Leere laufen ließen. Am ehesten wurden noch die Lokalreporter akzeptiert, die einzelne Mißstände zur Sprache brachten und den Lesern so das Gefühl gaben, auf ihrer Seite zu stehen, auch wenn sie sich ansonsten wie alle anderen an die Spielregeln hielten und nur die Funktionsträger der unteren und mittleren Ebene kritisierten.

Herabwürdigung zum bloßen Propagandainstrument¹¹, massiver Anpassungsdruck und mangelnder Erfolg beim Publikum: Es stellt sich die

8 Zit. in: F. Sieren/L. Koehne (Anm. 4), S. 43.

9 Diese Formulierung gebrauchte Patricia Schubert, früherer ADN Potsdam, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 42.

10 Die „Aktuelle Kamera“ hatte nach einer Schätzung von H. Schmidt, in den achtziger Jahren dort Nachrichtenchef, nur eine minimale Sehbeteiligung von zwei bis drei Prozent (Anm. 3).

11 Ein schlagendes Beispiel dafür liefert H. D. Schütt. Er berichtet, daß sich ein vereinbarter Interviewtermin bei Honecker als Fototermin entpuppt habe. Er durfte keine einzige Frage stellen, sondern erhielt ein fertiges Interview, das dann zusammen mit dem Foto abgedruckt wurde, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 82.

Frage, welche Persönlichkeitseigenschaften erforderlich waren, um unter solchen Arbeitsbedingungen den Beruf des Journalisten ausüben zu können. Was bei einer Analyse von Interviews mit ehemaligen DDR-Journalisten zuerst ins Auge fällt, ist ihre überdurchschnittliche Fähigkeit zur Unterordnung: „Wir haben den Opportunismus gelernt, das können wir am besten“, gab ein Journalistikprofessor aus Leipzig unumwunden zu¹². Weil man im Medienbereich nicht hätte arbeiten können, ohne der Parteilinie willig zu folgen, waren Intellektuelle mit dem Mut zur eigenen Meinung dort in aller Regel nicht zu finden. Weder hätten sie sich mit der tagtäglichen Entmündigung abgefunden, noch wären sie in den Redaktionen längere Zeit geduldet worden, da jeder Versuch, sich der verordneten Desinformationspolitik entgegenzustellen und gesellschaftliche Mißstände beim Namen zu nennen, mit Disziplinarmaßnahmen geahndet wurde.

Eine große Anpassungsleistung hatten selbst diejenigen zu vollbringen, die im Glauben an die von Ulbricht und Honecker postulierten sozialistischen Ideale angetreten waren und sich von der Grundüberzeugung leiten ließen, trotz der Mängel und Probleme, die es in der DDR gab, letztlich dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen. Ob sie – wie der Chefredakteur der Jugendzeitung „Junge Welt“ – das in zahllosen politischen Schulungen anezogene „Feindbild-Denken“¹³ verinnerlicht hatten und ihr Verschweigen der Wahrheit mit der Absicht rechtfertigten, dem „Klassenfeind“ keine Angriffsfläche bieten zu wollen, oder ob sie „Parteidisziplin als Prinzip akzeptierten, selbstzensorisch tätig zu sein“¹⁴ – der eklatante Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen dem verkündeten Ideal und der Wirklichkeit konnte niemandem verborgen bleiben.

Der Psychotherapeut Hans-Joachim Maaz aus Halle spricht davon, daß alle DDR-Bürger durch die autoritär-repressiven Verhältnisse mehr oder weniger seelisch beschädigt und charakterlich deformiert worden seien. Der von den Leistungsträgern der Gesellschaft – den Wissenschaftlern, Wirtschaftsfachleuten, Lehrern, Journalisten, Sportlern oder Künstlern – vollzogene Unterwer-

fungsakt sei jedoch nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für sie selbst besonders folgenschwer gewesen¹⁵.

Ehemalige DDR-Journalisten, die sich selbstkritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen und ihre eigene Rolle nicht verklären, nennen als solche Persönlichkeitsdefizite: Untertanengeist, fehlende Courage und Widerstandskraft, Angst vor Autoritäten, mangelndes Selbstbewußtsein und Intoleranz. Die meisten Befragten verweisen darauf, daß sie ursprünglich aus speziellem Berufsinteresse Journalist geworden seien. Besonders die Älteren hatten sich zu Zeiten für diesen Weg entschieden, als noch nicht so große Zugeständnisse nötig waren wie in den achtziger Jahren. Die jüngeren Journalisten wußten dagegen, worauf sie sich einließen und taten dies entweder aus politischer Überzeugung oder weil sie hofften, außerhalb der politischen Redaktionen eine Nische zu finden¹⁶.

Warum sie alle trotz der unvermeidlichen Desillusionierung und Heuchelei in diesem Beruf blieben, erklärt sich nicht nur aus ihrem marxistischen Weltbild oder ihrer besonderen Anpassungsfähigkeit, sondern auch aus ihrer Sonderstellung in der Gesellschaft. Ein wichtiges Motiv für das Mitmachen, so wird von manchen der interviewten Journalisten eingeräumt, war das Streben nach persönlicher Macht und nach journalistischem Herrschaftswissen. Nicht zu vergessen sind Reiseprivilegien, eine gute Bezahlung und die Aussicht auf eine sogenannte „Intelligenz-Rente“, die diese Laufbahn für viele attraktiv machten.

Es gibt bisher nur wenige ehemalige DDR-Journalisten, die bereit sind, ihre Vergangenheit aus einer kritischen Perspektive zu sehen. Was sich bei vielen lange bewährt hat – das Ausweichen vor der Wirklichkeit durch Verdrängen und Beschönigen – wird beim Nachdenken über die eigene Schuld und Verstrickung wiederholt. Notwendig wäre es jetzt, das frühere Verhalten zu hinterfragen und die wahren Ursachen der Mittäterschaft aufzudecken, statt sich als Opfer darzustellen und zum Zweck der Selbstbeschwichtigung nur ehrenwerte Motive geltend zu machen.

Es bleibt zu hoffen, daß mit zunehmendem zeitlichen Abstand dieser Selbstverständigungsprozeß einsetzt und Früchte trägt, und zwar insbesondere bei den 3 500 Journalisten¹⁷, die nach der Umge-

12 Vgl. 16 Gesprächsprotokolle bei R. Schubert (Anm. 2), hier S. 29, und S. Pannen, Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Edition Deutschland Archiv, Köln 1992, S. 41–51 und 197–201. Ein Vergleich der Interviews von Renate Schubert, die in der DDR u. a. als Psychologin in der Lehrerbildung tätig war, mit den Interviews von Stefan Pannen aus Westdeutschland zeigt, daß die Journalisten gegenüber der Ostdeutschen eher zu selbstkritischen Stellungnahmen bereit sind.

13 H. D. Schütt, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 18.

14 Wolfgang Spickermann, Chefredakteur „Neues Deutschland“, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 82.

15 H.-J. Maaz, Der Gefühlsstau, Berlin 1990, S. 18.

16 Nach Schätzung eines ehemaligen Dozenten der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig waren 80 Prozent der Journalistikstudenten SED-Mitglied; vgl. S. Pannen (Anm. 12), S. 32.

17 Diese Zahlenangabe ist der „Wochenpost“ vom 18. März 1993, S. 40, entnommen.

staltung des ostdeutschen Mediensystems von den neuen Landesrundfunkanstalten und den privaten Zeitungsverlagen übernommen worden sind. Denn nur, wenn sie mit sich selbst im reinen sind, können sie dem jetzt anstehenden „langwierigen und mühevollen Prozeß der Versöhnung der Ostdeutschen mit sich selbst und der Deutschen untereinander“¹⁸ kräftige Impulse geben.

II. Umgestaltung der Staats- und Parteirundfunksender in Anstalten des öffentlichen Rechts

1. Befreiung von staatlicher Bevormundung

Es ist bekannt, daß im Sommer 1989 überwiegend junge Leute die DDR zu Zehntausenden über die ungarische Grenze bzw. über die bundesdeutsche Botschaft in Prag verließen und die westdeutschen Medien über das tägliche Ansteigen der Flüchtlingszahlen berichteten. Die in Unruhe geratene DDR-Bevölkerung erwartete ein offenes Wort der Machthaber zu der durch die Massenflucht offenkundig gewordenen Staatskrise, aber die SED und die von ihr gelenkten Medien hüllten sich wochenlang in Schweigen und beschleunigten dadurch ungewollt den Zusammenbruch der DDR. Immer weniger Ostdeutsche waren bereit, die Unterdrückung fundamentaler Bürgerrechte weiter hinzunehmen und schlossen sich zu Demonstrationen zusammen, um demokratische Rechte einzufordern. Wie nicht anders zu erwarten, berichteten die DDR-Medien aufgrund des zunächst noch funktionierenden staatlichen Dirigismus und der Selbstzensur der Journalisten auch über diese Zuspitzung der Lage nicht.

Erst Mitte Oktober 1989, als die Leipziger Montagsdemonstrationen zu einer Massenbewegung geworden waren und sich der Machtverlust Erich Honeckers abzeichnete, begann sich in den DDR-Rundfunksendern Widerstand zu regen. Die Journalisten befreiten sich nun endlich von der Bevormundung und gestalteten Sondersendungen, in denen offen über die Ursachen der Krise debattiert wurde. Zum erstenmal in der Geschichte der DDR kamen jetzt Vertreter von Oppositionsgruppen zu Wort. Die Parteiführung versuchte, der Krise durch die Absetzung Honeckers und Joachim Hermanns, des bis dahin für die Medien zuständigen Spitzenfunktionärs, Herr zu werden. Sie scheiterte

18 Wolfgang Thierse, Von der Vergangenheit scheidet und trotzdem zu sich stehen, in: E. Spielhagen (Hrsg.), So dürfen wir glauben zu kämpfen, Berlin 1993, S. 233.

aber, weil es für eine Korrektur schon zu spät war. Viele Journalisten, die sich jahrelang gefügig gezeigt hatten, fühlten sich durch die Auflösungserscheinungen innerhalb der Staatspartei zu selbständigem Handeln ermuntert und hörten nicht mehr auf das Kommando der SED und deren Zensurbehörden. Dadurch war das alte Mediensystem innerhalb kürzester Zeit zum Untergang verurteilt.

Das ausnahmslos von der SED eingesetzte Führungspersonal der Sender wurde im Bereich des Fernsehens sofort, später auch im Hörfunk durch politisch weniger belastete Personen ersetzt. Im Zuge der beginnenden Selbstreinigung gewannen die ostdeutschen Journalisten schnell an Glaubwürdigkeit. Die früher von den Zuschauern gemiedenen politischen Sendungen erfreuten sich nun eines großen Zuspruchs¹⁹. Während für die meisten der über 40jährigen Journalisten der Zusammenbruch des Staates und der Verlust von Posten und Arbeitsinhalten ein Schock war, nutzten die jüngeren das entstandene Machtvakuum zu einer umfassenden Programmreform. Der Wegfall von staatlicher Kontrolle machte es ihnen möglich, eine Vielzahl neuer Sendungen über die existentiellen Probleme der Menschen zu entwickeln. „Vom Herbst 1989 an war eine paradiesische Zeit für Journalisten... Es bestand ein absolut freier Raum, wir waren nur der eigenen Verantwortung und dem eigenen Rechtsempfinden verpflichtet“²⁰, so beschreibt eine der Beteiligten diese Phase des Aufbruchs, die jedoch nur wenige Monate dauerte²¹.

2. Die Übertragung der Strukturen des westdeutschen Rundfunksystems auf den Osten

Da die Mehrheit der DDR-Bevölkerung einen schnellen Beitritt zur Bundesrepublik wünschte, beschloß die DDR-Volkskammer bereits im Sommer 1990, in Anlehnung an das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die frühere föderalistische Länderstruktur wiederherzustellen und die ehemaligen DDR-Bezirke durch fünf Länder zu ersetzen. Diese Entscheidung machte die Auf-

19 Nach Auskunft der Abteilung Zuschauerforschung des Deutschen Fernsehfunks Berlin-Ost (DFF) konnte im Herbst und Winter 1989 eine Zuschauerbeteiligung von 64 Prozent für die „Aktuelle Kamera“ registriert werden, die sich im Laufe des Jahres 1990 bei 25 Prozent einpendelte. Vgl. medium, (1993) 2, S. 53.

20 Rosi Ebner, früher „Prisma“-Redakteurin des DDR-Fernsehens, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 85 f.

21 In dem vom DDR-Funkhaus Berlin herausgegebenen Band: Radio im Umbruch, Chronik und Dokumentation, Oktober '89 – Oktober '90, wird der Veränderungsprozeß detailgenau widergespiegelt. Wertvolles Material enthält auch die auf einer empirischen Untersuchung basierende Analyse „Zwischen Wende und Ende des DFF“ von Astrid Segert, in: medium, (1993) 1, S. 47–53.

lösung des zentralistischen Rundfunksystems und die Neuordnung der Rundfunklandschaft in Ostdeutschland erforderlich, weil seit Gründung der Bundesrepublik die Rundfunkhoheit bei den Ländern liegt.

Die Umstrukturierung des Rundfunks war insgesamt schwieriger als ursprünglich angenommen. Relativ unproblematisch war nur der erste Schritt, die Erneuerung und Demokratisierung der Sender unmittelbar nach der Wende. Die neuen, von politischen Vorgaben unabhängig gewordenen Ost-Intendanten und ihre Teams erarbeiteten im Frühjahr 1990 in eigener Regie Statute, die Struktur und Programmatik der Sender im einzelnen regelten²². Ihre Arbeit wurde von einem auf demokratischem Wege berufenen Medienkontrollrat überwacht. Dieses Gremium, das sich aus Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammensetzte, war während der gesamten Übergangszeit – bis zur Wiedervereinigung im Oktober 1990 – Anwalt der Interessen der DDR-Medien.

Auch die im März 1990 neu gewählte DDR-Volkskammer bemühte sich um einen geordneten Übergang der DDR-Medien in die gesamtdeutsche Medienordnung. Die Ost-CDU, die einen überwältigenden Wahlsieg errungen hatte und den Medienminister stellte, übte dabei von Anfang an großen Einfluß aus. Ohne die von der Volkskammer eingesetzten Kontroll- und Mitwirkungsgruppen zu beteiligen, erarbeitete das Medienministerium gemeinsam mit Experten aus Westdeutschland ein Rundfunküberleitungsgesetz²³. Dahinter stand die Absicht der regierenden Parteien, die nach der Wende unabhängig gewordenen DDR-Sender schnellstmöglich nach westdeutschem Vorbild umzubauen. Die Oppositionsparteien und die Kirchen protestierten gegen dieses Vorgehen. Sie warfen dem Wahlsieger vor, das Gebot eines staatsfernen Rundfunks nicht genügend beachtet und dem Willen der DDR-Bürger nach Einrichtung einer eigenen ostdeutschen Rundfunkanstalt nicht Rechnung getragen zu haben. Das Gesetz fand aus diesen Gründen im DDR-Parlament keine Mehrheit und mußte vollständig überarbeitet werden.

Während die DDR-Medienpolitiker in monatelangen Debatten nach Kompromissen suchten, wurden bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag bereits vollendete Tatsachen geschaffen²⁴. Ohne die Medienverantwortlichen Ostdeutschlands zu konsultieren oder auf das laufende Ge-

setzungsverfahren der Volkskammer zur Rundfunküberleitung Rücksicht zu nehmen, erklärte sich der DDR-Verhandlungsführer Günter Krause (CDU) mit dem Vorschlag der westdeutschen Seite, Wolfgang Schäuble (CDU), einverstanden, im Einigungsvertrag festzuschreiben, daß bis zum Ende des Jahres 1991 die zentralen DDR-Sender von einem Rundfunkbeauftragten aufgelöst und in Länderhoheit überführt werden. Das Rundfunküberleitungsgesetz, das noch in einer der letzten Sitzungen der DDR-Volkskammer verabschiedet werden konnte, hatte dadurch keine Chance mehr zur Umsetzung und wurde nach der Wiedervereinigung sofort annulliert.

Die Volkskammerabgeordneten hätten aufgrund dieser Tatsache nun unbedingt von ihrem Recht Gebrauch machen müssen, den einflußreichen Posten des Rundfunkbeauftragten mit einem DDR-Experten zu besetzen. Aber auch das geschah nicht, weil die Regierungen in Bonn und Ostberlin daran interessiert waren, einen westdeutschen Medienfachmann aus ihrem politischen Umfeld mit der Auflösung des DDR-Rundfunks zu beauftragen. Diese Einflußnahme der westdeutschen Parteien auf die Medienpolitik zu einem Zeitpunkt, als die DDR noch existierte, setzte sich nach der Wiedervereinigung fort und vereitelte die Chance, das gesamte deutsche Mediensystem neu zu ordnen und dem im Grundgesetz verankerten Gebot der Staatsferne im Osten wie im Westen die gebührende Geltung zu verschaffen.

3. Die Auflösung der Sender des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks

In einem juristisch fragwürdigen Verfahren²⁵ wurde im Oktober 1990 der frühere Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Mühlfnzl, zum Rundfunkbeauftragten bestellt und mit der Aufgabe betraut, die Sender der ehemaligen DDR aufzulösen und in Anstalten des öffentlichen Rechts zu überführen. Mühlfnzl, der sich immer offen für die Interessen der in Bayern mit absoluter Mehrheit regierenden CSU eingesetzt hatte, nahm nur westdeutsche Medienexperten in seinen Beraterstab auf und verzichtete weitgehend auf die Erfahrungen ostdeutscher Fachleute, deren Insiderwissen nicht zuletzt bei der „Abwicklung“ hätte hilfreich sein können. Diese Entscheidung war um so unverständlicher, als zwei politisch unbelastete Fachleute (Michael Albrecht für das Fernsehen und Christoph Singelnstein für den Hörfunk) zur Verfügung standen, deren demokratische Legitimation und fachliche Kompetenz nicht zu bezweifeln waren. Beide hatten auf Vorschlag der Regie-

22 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 21. 2. 1990, S. 12; Der Tagesspiegel vom 24. 3. 1990.

23 Vgl. dazu Irene Charlotte Streul, Medien-Umschau, in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 8, S. 1182f.

24 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 31. 8. 1990, S. 24.

25 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 1990, S. 23, und vom 26. Oktober 1990, S. 26.

rung de Maizière die nach der Wende von den Redaktionen als Zeichen des Neubeginns gewählten Intendanten abgelöst und sich schnell profilieren können.

Das Übergewicht der Westdeutschen hätte durch den vom Parlament gewählten Rundfunkbeirat ausgeglichen werden können, aber dieser Beirat fiel als Kontrollinstanz aus, weil seine Mitglieder von den großen Parteien gewählt worden waren und deren Interessen vertraten. Bürgerbewegungen und kleine Parteien waren nicht vertreten. Außerdem fehlte dem Beirat Fachwissen und politische Erfahrung, so daß der Rundfunkbeauftragte sein Konzept ungestört verwirklichen konnte²⁶.

Zu den Hauptaufgaben des Rundfunkbeauftragten gehörte eine Angleichung des Personalbestandes der Rundfunksender an den Weststandard. Zu DDR-Zeiten gab es in Hörfunk und Fernsehen insgesamt 14000 Beschäftigte, die ab Herbst 1990 in mehreren Schüben entlassen werden mußten. Zuletzt blieben 5000 Mitarbeiter übrig, die die ostdeutsche Bevölkerung mit mehreren Rundfunkprogrammen und einem Fernsehprogramm versorgten, bis auch sie Ende 1991 ihre Kündigung erhielten²⁷. Die Massenentlassungen waren von einer Überprüfung der politischen Vergangenheit jedes einzelnen Mitarbeiters begleitet, um jene herauszufinden, die mit der Stasi zusammengearbeitet hatten. Gegenseitige Denunziationen von Rundfunkmitarbeitern, die sich auf diese Weise ihrer Konkurrenten entledigen wollten, erschwerten die Arbeit der Kontrollkommission zusätzlich²⁸. Die schließlich entdeckten 200 Stasi-Zuträger wurden sofort aus den Redaktionen entfernt²⁹. Alle anderen Mitarbeiter hatten die Möglichkeit, sich bei den seit 1991 im Aufbau befindlichen neuen Landessendern um eine Anstellung zu bewerben³⁰.

4. Die Neugründung von Landessendern

Auf dem früheren Gebiet der DDR gibt es heute zwar fünf neue Länder, aber nur zwei neue Lan-

26 Vgl. Neue Zeit vom 9. Januar 1991, S. 15; Freitag vom 21. Juni 1991; Der Morgen vom 11. Juni 1991.

27 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Mai 1991, S. 7; Junge Welt vom 6./7. April 1991; Tagesspiegel vom 22. Juni 1991, S. 19.

28 Über dieses Phänomen berichtet Alfred Eichhorn, Chefredakteur von Radio Aktuell bis 1991, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 88f.

29 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 1. August 1991, S. 6.

30 Wie einer der Betroffenen, der ehemalige stellv. Intendant des Rundfunks der DDR, Jörg Hildebrandt, den Abbau der ostdeutschen Rundfunkanstalten und insbesondere die Arbeitsweise des Rundfunkbeauftragten erlebte, ist nachzulesen in: H. L. Arnold/F. Meyer-Gosau (Hrsg.), Die Abwicklung der DDR, Göttingen 1992. Vgl. J. Hildebrandt, Eine Lektion in Demokratie, ebenda, S. 64–70.

dessender, weil die Gründung eines eigenen Senders für jedes Land nicht zu finanzieren war. Neu entstanden sind der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) als Rundfunkanstalt für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB). Das Land Mecklenburg-Vorpommern trat dem Norddeutschen Rundfunk bei und gab sich mit der Einrichtung eines Landesfunkhauses in Schwerin zufrieden. Ostberlin wird vom Sender Freies Berlin versorgt.

Die Art und Weise der Umstrukturierung der ostdeutschen Rundfunklandschaft ist wegen des unzulässigen Regierungs- und Parteeinflusses in der Öffentlichkeit heftig kritisiert worden. In dem Bestreben, die Rundfunksender für die eigenen publizistischen Zwecke zu nutzen, setzten Christdemokraten und Sozialdemokraten alles daran, je nach dem Ausgang der Landtagswahl vom Herbst 1990 Anhänger ihrer Partei in die Führungspositionen der Sender und Aufsichtsgremien zu bringen. Da die SPD nur in Brandenburg gesiegt hatte, die CDU aber in den vier anderen neuen Ländern, ist die CDU zum wichtigsten Faktor der öffentlichen Meinungsbildung im Osten geworden.

Der vom Bundesverfassungsgericht wiederholt erhobenen Forderung, den Rundfunk binnenpluralistisch einzurichten, um eine einseitige Einflußnahme zu verhindern, ist also auch bei der Neustrukturierung der ostdeutschen Rundfunklandschaft nicht Rechnung getragen worden³¹. Selbst Bundespräsident Richard von Weizsäcker sah sich deshalb veranlaßt, den Zugriff der Parteien auf die Sender öffentlich zu rügen³².

Ein weiteres Problem, das in der öffentlichen Diskussion um die Neuordnung des Rundfunks in Ostdeutschland eine wichtige Rolle spielte, war die Besetzung der Spitzenpositionen mit Fachleuten aus Westdeutschland.

5. Mitteldeutscher Rundfunk

Seit den Landtagswahlen im Herbst 1990 regierten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Ministerpräsidenten der CDU. Aufgrund ihrer übereinstimmenden politischen Interessen gelang es ihnen sehr schnell, einen Staatsvertrag

31 Bei Beachtung dieses Prinzips hätte das Personal so ausgewählt werden müssen, daß sich Vertreter verschiedener politischer Richtungen innerhalb der Sender an der Meinungsbildung beteiligen können. Eine Bewertung der bisher vom BVerfG gefällten Rundfunkurteile hat Wolfgang Hoffmann-Riem vorgenommen, in: Peter Glotz/Reinhold Kopp (Hrsg.), Das Ringen um den Medienstaatsvertrag der Länder, Berlin 1987, S. 32–51. Zum Problem der Personalrekrutierung siehe auch W. Hoffmann-Riem, Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland, Hamburg 1991, S. 71.

32 Vgl. Die Welt vom 15. Januar 1992, S. 20.

über eine gemeinsame Rundfunkanstalt abzuschließen. Unmittelbar danach hätte der Rundfunkkontrollrat berufen werden müssen, der entsprechend den Landesrundfunkgesetzen in jedem Sender als demokratische Kontrollinstanz zu installieren ist. Seine Aufgabe besteht darin, den Intendanten zu wählen und die Einhaltung der Programmgrundsätze zu überwachen. Mehr als das Parlament repräsentiert dieses Gremium die Vielfalt gesellschaftlich relevanter Gruppen, aber die Parteien versuchen immer wieder, die Rundfunkratsmitglieder auf eine ihnen genehme Linie festzulegen. In Relation zur Größe des MDR³³ sollten laut Staatsvertrag 40 Vertreter aus Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen in den Rundfunkrat entsandt werden, für deren Wahl begreiflicherweise ein längerer Zeitraum eingeräumt werden mußte.

Um trotzdem schnell mit dem Aufbau des Senders beginnen zu können, erlaubte der Staatsvertrag als Übergangslösung die Bestellung eines nur neunköpfigen Gründungsbeirates. Da die regierenden Parteien aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse sechs Beiratsmitglieder benennen durften, war es ihnen möglich, die Leitungspositionen des neuen Senders aus dem christdemokratischen Lager zu besetzen³⁴. Intendant für eine sechsjährige Amtszeit wurde Udo Reiter, ein Rundfunkfachmann aus der Münchner CSU, der die acht Direktorenposten bis auf eine Ausnahme – die Stelle des Technischen Direktors – mit westdeutschen Fachleuten besetzte. Weitere Ostdeutsche gelangten nicht in Direktorenpositionen, weil ihnen der neue Intendant wegen der völlig anderen konstitutiven und organisatorischen Gegebenheiten im früheren DDR-Staatsrundfunk nicht zutraute, in dem neuen Mediensystem in kurzer Zeit effizient arbeiten zu können.

Auch wenn die meisten der insgesamt 1 800 festen und freien Mitarbeiter des MDR aus dem Osten kommen, klagen manche Ostdeutsche über das Gefühl, okkupiert zu sein. Dieser Eindruck ist offensichtlich durch die Entschlossenheit der Westdeutschen entstanden, nicht nur beim organisatorischen Aufbau des MDR das Heft in die Hand zu nehmen, sondern von Anfang an auch über das Programm zu bestimmen, ohne genügend zu berücksichtigen, welche Themen die ostdeutschen

Kollegen ihrem vor immensen Umstellungsproblemen stehenden Publikum anbieten wollen. „Die Wessis haben das Sagen . . . Sie setzen andere Prioritäten, als Ostdeutsche sie setzen würden“, klagt eine Ost-Redakteurin, die sich aufs neue bevormundet fühlt. Früher seien die Anweisungen aus Ostberlin gekommen, heute aus Leipzig (wo die westdeutsche Leitung des Senders ansässig ist)³⁵.

Da die ostdeutschen Redakteure in den Monaten nach der Absetzung Honeckers in ihrer Programmgestaltung viele Freiheiten hatten, erleben sie die erneute Abhängigkeit als eine große Belastung. Die Zurücksetzung gegenüber den westdeutschen Kollegen, die überall den Ton angeben, ist nach Auskunft ostdeutscher Mitarbeiter für sie besonders bedrückend, weil den meisten Westdeutschen das Verständnis für die psychische Befindlichkeit und die spezifischen Probleme der Neubundesbürger fehlt. Hätte man geeigneten ostdeutschen Mitarbeitern, die die Lebensprobleme ihrer Zuschauer und Hörer genau kennen, Sitz und Stimme im Management des MDR gegeben, dann hätte die Chance bestanden, andere Programmschwerpunkte zu setzen, als es jetzt geschieht. Gerade weil die Ostdeutschen einen großen Nachholbedarf an Information und Hintergrundberichterstattung haben, um in einem pluralistischen Meinungsbildungsprozeß zu mündigen Bürgern zu werden, müßte ihnen ein entsprechend vielfältiges journalistisches Angebot unterbreitet werden. Der Intendant und seine Chefredakteure scheinen aber diese Bedürfnisse und Notwendigkeiten nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. Sie ziehen Unterhaltungssendungen vor und scheinen den MDR zu einem einschaltstarken „Krimi-Sender“ machen zu wollen³⁶.

6. Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg und Landesfunkhaus Schwerin

Auch die Sozialdemokraten versuchten, bei der Wahl des ORB-Intendanten ihre Wunschkandidaten durchzusetzen, aber sowohl der Favorit des Ministerpräsidenten Stolpe fiel durch als auch der vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Birthler bevorzugte Bewerber. Es war der – auf regulärem Wege berufene – Rundfunkrat, der die Besetzung des Intendantenpostens mit einem dieser Kandidaten verhinderte. Die 25 Rundfunkräte in Brandenburg³⁷ wählten Jürgen Rosenbauer zum Intendanten – einen erfahrenen Journalisten des WDR Köln, der zwar keiner Partei angehört, sich selbst

33 Die Dreiländeranstalt hat ein Einzugsgebiet von rund 10,5 Millionen Einwohner und beschäftigt 376 festangestellte Journalisten, von denen 233 aus den ehemaligen DDR-Rundfunksendern kommen; vgl. *Journalist*, (1993) 4, S. 20.

34 Der Medienwissenschaftler Wolfgang Hoffman-Riem bezeichnet den § 45 des MDR-Staatsvertrages, der die Schaffung des Übergangs-Rundfunkbeirates erlaubte, als verfassungswidrig; vgl. ders., *Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland*, Hamburg 1991, S. 128–139.

35 Vgl. dazu *Journalist*, (1993) 4, S. 11.

36 So die *Süddeutsche Zeitung* vom 14.9. 1992; vgl. dazu Horst Holzer, *Zur Blitz-Kolonisierung einer Medienlandschaft*, in: *medium*, (1993) 1, S. 29.

37 Die im Vergleich zum MDR geringere Mitgliederzahl erklärt sich aus der unterschiedlichen Größe der Sender.

DDR lebten, unterstützten den Vereinigungsprozeß. Unter ihnen gab es bekannte Politiker wie Walter Momper, zu jener Zeit Regierender Bürgermeister von Berlin, die aufgrund ihrer Sozialisation skeptisch gegenüber der Vereinigung waren, aber immer mehr unter den Druck der eigenen Basis gerieten und sich deutlich für einen schnellen Vereinigungsprozeß aussprachen. Diejenigen, die in südlichen und westlichen Regionen des Bundesgebietes lebten, blickten nach Westen, nach Paris und Brüssel, nicht nach Osten, nicht nach Leipzig oder Berlin, sie favorisierten häufig eine Konföderation beider deutscher Staaten.

Oskar Lafontaine versucht noch heute zu erklären, daß er immer für die Wiedervereinigung gewesen sei. Im Bundestagswahlkampf 1990 sprach er allerdings fast ausschließlich über die extrem hohen Kosten und sozialen Folgen des Vereinigungsprozesses, so daß man den Eindruck gewinnen mußte, er sei ein Gegner der Wiedervereinigung. Der Kanzlerkandidat und Teile der SPD haben daher die Wahlniederlage vom Dezember 1990 nicht unverdient hinnehmen müssen.

Die zögerliche und widersprüchliche Haltung der SPD während des Vereinigungsprozesses gehört zu den negativen Erbschaften, mit denen es die Partei in Ostdeutschland heute zu tun hat. Zur gleichen Zeit hat sie bei einigen Wählern in Westdeutschland an Popularität gewonnen, weil sie die ökonomischen Probleme, mit denen man es heute zu tun hat, vorhersagte.

Ähnliche programmatische Friktionen innerhalb der Partei könnten an anderen politischen Konfliktfragen illustriert werden. Zusätzlich wird die Situation der Sozialdemokratie dadurch erschwert, daß einige Punkte, bei denen innerhalb der Partei Konsens besteht, von der amtierenden Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsparteien übernommen worden sind (z.B. Abrüstung und Waffenreduktion oder die finanzielle Unterstützung Osteuropas), so daß die integrierende und nach außen abgrenzende Funktion dieses Konsenses für die SPD verlorengegangen ist.

Ideologisch dient das Godesberger Programm von 1959 nicht länger der Integration der Parteimitglieder oder der potentiellen sozialdemokratischen Wähler. Und das Berliner Programm (von 1990) hat bisher keinen Ersatz geboten. Zwischen der Alternative hin und her gerissen, sich auf die fundamentalen Prinzipien des demokratischen Sozialismus zu beschränken oder die Vielfalt der brennenden Probleme anzusprechen, haben die verschiedenen Kommissionen, die an diesem Programm gearbeitet haben, sich für eine Art Waren-

hauskatalog entschieden, der einen Umfang von mehr als 60 Seiten hat. Wie man erwarten konnte, gab es in diesem Programm viele Widersprüche. Einige Abschnitte, von Willy Brandt oder Peter von Oertzen geschrieben, enthalten reformistische Interpretationen der Geschichte und Gesellschaft. Andere Paragraphen hingegen, von Erhard Eppler und Thomas Meyer verfaßt, riechen nach dem Weihrauch des ethischen Sozialismus. Demokratischer Sozialismus als Ziel wird aufrechterhalten, aber wie man dorthin gelangt, nicht erklärt. Der Stil, in dem das Programm abgefaßt ist, ähnelt einer eigenartigen Mischung zwischen der Rede eines Baptistenpredigers, dem Jargon eines Sozialwissenschaftlers und dem Bericht eines Ministerialbürokraten.

Das Berliner Programm hat immerhin einige Bedeutung für die innerparteiliche Integration gehabt, insbesondere die Kapitel über die ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft, über die Dritte Welt und über die Abrüstung. Diese waren attraktiv für Sympathisanten der neuen sozialen Bewegungen. Nach außen hat das Programm bislang allerdings keinerlei Wirkung gezeigt. Für die nächsten Bundestagswahlen wird versucht werden ein entsprechendes Wahlprogramm zu formulieren, mit dessen Hilfe die SPD sich als eine Organisation präsentieren will, die zum Träger der Modernisierung wird.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Damit die Spaltungen und Widersprüche zwischen verschiedenen Wählergruppen überbrückt werden können, ist das programmatische Profil der SPD immer unschärfer geworden. Die Partei spricht nach innen und nach außen mit vielen Zungen, sie ist darauf bedacht, potentielle Wähler nicht abzustoßen, eindeutige Positionen werden von ihr häufig nicht eingenommen.

V. Was hält die SPD zusammen?

Was hält nun die Sozialdemokratie gegen alle Tendenzen der Fragmentierung und der Segmentierung, die typisch für die „lose verkoppelte Anarchie“ sind, zusammen? Vier Faktoren können genannt werden:

1. Kampf um Macht, oder präziser formuliert: Teilnahme an Wahlen und an Regierungen in dem Versuch, soviel Patronage wie möglich auf der lokalen, der Länder- und der Bundesebene zu erlangen. In einigen Städten und Bezirken von

finanzielle und technische Hilfe Einfluß auf die ostdeutschen Zeitungsverlage nehmen und von der damals bevorstehenden Auflösung des SED-Pressimperiums profitieren zu können. Es gab daneben aber auch Verlage, die durch Neugründung von Tageszeitungen im Osten zu expandieren versuchten.

Wie groß die Hoffnungen auf westdeutscher Seite waren, ist aus der Tatsache zu ersehen, daß ab 1990 in den fünf neuen Bundesländern knapp 60 neue Tageszeitungen auf den Markt kamen. Bei 29 Neugründungen traten meist kleine und mittlere westdeutsche Verlagshäuser als alleinige Investoren auf, bei den übrigen waren sie Anteilseigner. Inzwischen sind gut 30 dieser Zeitungen wieder eingestellt worden. Auch die Weiterexistenz der übrigen neuen Tageszeitungen ist gefährdet, weil nur vier davon Auflagen von mehr als 20 000 Exemplaren erreichen.

Hart umkämpft ist der Zeitungsmarkt auch in Berlin. Hier waren es drei finanzstarke westdeutsche Verlage, die im Wettbewerb um die Leser des vereinten Berlin als Sieger hervorgingen: Springer/Ullstein mit drei Zeitungen (Gesamtauflage 662 000), Gruner + Jahr mit zwei Zeitungen (Gesamtauflage 530 000) und Holtzbrinck mit einer Zeitung (Auflage 130 000). Angesichts dieser Vormachtstellung mußten sich mehrere ostdeutsche überregionale Zeitungen dem Druck des neuen Marktes beugen und stellten 1991 ihr Erscheinen ein. Das betraf zum einen die Zeitung der ehemaligen Liberaldemokratischen Partei „Der Morgen“, die nach der Wende eine der kritischsten Tageszeitungen im Osten war und dem ostdeutschen Journalismus zu Ansehen verhalf; das betraf zum anderen die ehemalige Gewerkschaftszeitung „Tribüne“. Die Auflage des früheren Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ fiel von einer Million Exemplare zu DDR-Zeiten auf heute 85 000, und die einstige Zeitung der FDJ „Junge Welt“ sackte von 1,1 Millionen auf jetzt 64 000 Exemplare⁴¹.

Das Zeitungssterben in den Jahren 1990/91 war nicht nur für die westdeutschen Verlage, die mit Neugründungen, Übernahmen und Beteiligungen ein hohes finanzielles Risiko eingegangen waren, ein empfindlicher Rückschlag, sondern bedeutete zugleich eine erhebliche Einschränkung der Pressevielfalt. Es gibt mehrere Gründe für diese Entwicklung:

1. Zeitungen aus dem linken politischen Spektrum – wie beispielsweise die überregionale Wochenzeitung der Bürgerbewegung „die andere“⁴² –, die

sich für sozialistische Gesellschaftsziele einsetzten, wurden von der Mehrheit der früheren DDR-Bevölkerung abgelehnt. Bis auf das „Neue Deutschland“, das über finanzielle Reserven verfügte, und die „Junge Welt“, die im Februar 1992 von einem Berliner Verleger übernommen wurde, mußten sie deshalb ihr Erscheinen einstellen.

2. Die zur kostendeckenden Herstellung der Zeitungen erforderliche Anzahl von Werbeanzeigen blieb aus. Aufgrund der Wirtschaftskrise gibt es bis heute im Osten zu wenig finanzkräftige Unternehmen mit einem ausreichenden Werbeetat.

3. Die Zeitungen der ehemaligen Blockparteien, die keine Lokalberichterstattung beinhalteten, konnten sich gegenüber den angestammten Blättern mit umfangreichem Lokalteil nicht behaupten.

4. Die Treuhandanstalt, die von der Bundesregierung mit der Privatisierung der ehemals in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen beauftragt worden war, trug durch ihre Verkaufspolitik zum Konkurs kleinerer Zeitungsunternehmen bei.

3. Privatisierung der auflagenstarken ehemaligen SED-Zeitungen

Ohne zu beachten, daß ein Presseverlag Einfluß auf die öffentliche Meinungs- und Willensbildung nimmt und man bei dessen Verkauf folglich andere Maßstäbe anlegen muß als beim Verkauf von Industrieunternehmen, veräußerte die Treuhandanstalt auch die Verlage nach dem Höchstgebot. Diese Entscheidung wirkte sich auf die Umstrukturierung des ehemals von der SED dominierten ostdeutschen Pressewesens äußerst nachteilig aus. Neben dem Millionen-Blatt „Neues Deutschland“, das überall in der DDR erschien, gab die SED in jedem Bezirk eine weitere Zeitung heraus, deren Auflagenhöhe in drei Fällen über 500 000 und sonst je nach Größe des Bezirks zwischen 230 000 und 360 000 Exemplaren lag. Aufgrund dieser Zahlen, die auf die ausführliche Berichterstattung über lokale oder regionale Ereignisse zurückzuführen sind, waren die Bezirkszeitungen die begehrtesten Kaufobjekte der westdeutschen Verlage, und zwar um so mehr, als es in den alten Bundesländern nur zwei Tageszeitungen mit einer Auflagenhöhe von über einer halben Million gibt⁴³. Kleine und mittlere Verlage hatten aufgrund ihrer geringen Finanzkraft keine Möglichkeit, sich an dem Handel nach dem Prinzip des Höchstgebots zu beteiligen.

41 Zahlenangaben laut Journalist, (1993) 4, S. 14.

42 Vgl. dazu im einzelnen Gunter Holzweißig, „die andere“. Ein gescheitertes basisdemokratisches Experiment, in: medium, (1993) 1, S. 59–61.

43 Vgl. Rainer Geißler, Fortschreibung bestehender Strukturen. Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem, in: medium, (1993) 1, S. 23.

Um Kommunikationsfreiheit und Informationsvielfalt zu gewährleisten, die laut Interpretation des Bundesverfassungsgerichtes mehr gelten als die Gesetze des Marktes⁴⁴, wäre es unerlässlich gewesen, die einzelnen großen Zeitungen aufzuteilen und an verschiedene Verlage zu verkaufen. Da dies unterblieb, verständigten sich die westdeutschen Pressegiganten schon vor Beginn der Verkaufsverhandlungen, die im April 1991 begannen, über ihre künftigen Einzugsgebiete. Obwohl es Aufgabe des Bundeskartellamtes gewesen wäre, zu überwachen, daß ein fairer Wettbewerb stattfindet und kein Unternehmen in einem Gebiet als alleiniger Anbieter auftreten kann, sind durch den Verkauf der ostdeutschen Bezirkszeitungen an die Meistbietenden de facto Monopole entstanden. Das Kartellamt hat lediglich verhindert, daß ein Verlag zwei oder mehrere der großen Zeitungen kaufen konnte⁴⁵.

Da nunmehr 90 Prozent des ostdeutschen Zeitungsmarktes in den Händen weniger westdeutscher Verlage sind, ist die Aufteilung des ostdeutschen Zeitungsmarktes in der ersten gesamtdeutschen Pressestatistik so bewertet worden: „Im alten Bundesgebiet herrscht eingeschränkte Vielfalt, in den neuen Bundesländern monopolisierte Einfach.“⁴⁶

IV. Folgen des Strukturwandels für den ostdeutschen Journalismus

1. Personalprobleme

Die brisante Frage, wie die neuen Eigentümer der ehemaligen ostdeutschen Zeitungen mit dem von ihnen übernommenen Personal verfahren würden, fand eine unerwartete Antwort. Ohne die spezifischen Bedingungen der beruflichen Sozialisation von DDR-Journalisten und deren Parteinahme für die Ziele der SED zu berücksichtigen, entschlossen sich die westdeutschen Verleger zur Weiterbeschäftigung der ostdeutschen Redakteure, sofern sie eine gute Qualifikation besaßen und noch jung genug für einen Neuanfang waren. Ihnen genügte

44 Vgl. Beschluß des BVerfG zu einer Verfassungsbeschwerde des SDR und des SWF vom 24. März 1987; vgl. dazu: Hans Bausch, Zur Entwicklung des Rundfunks seit 1945, in: P. Glotz/R. Kopp (Anm. 31), S. 30.

45 Eine kritische Bewertung findet die Pressekonzentration nicht nur in der Fachpresse, sondern auch in dem Forschungsbericht für den Bundesinnenminister (Anm. 39), S. 145–151. Der Forschungsbericht bietet im übrigen einen umfassenden Überblick sowohl über den Strukturwandel im Pressebereich von Oktober 1989 bis Oktober 1991 als auch über die daraus resultierenden medienpolitischen Probleme.

46 Medium, (1993) 1, S. 54.

es offenkundig, daß die Chefredakteure und einige besonders Belastete im Herbst 1989 von den Redaktionen selbst ausgewechselt worden waren.

Diese Personalpolitik stand in krassem Gegensatz zu der von westdeutschen Branchenvertretern geäußerten generellen Skepsis gegenüber den ostdeutschen Kollegen. Mit Blick auf die Tatsache, daß der parteiliche Journalismus eine der wesentlichen Stützen des DDR-Regimes war und die Abkehr davon nicht auf einer selbständigen moralischen Gewissensentscheidung des einzelnen Redakteurs beruhte, sprachen sie den Ostdeutschen die Fähigkeit zu einem objektiven, kritischen Journalismus ab. Besonderes Unbehagen bereitete vielen im Westen die Wendigkeit derjenigen, die dem SED-Staat bis zuletzt treu gedient hatten. „Scheinheiligkeit, Opportunismus und geistige Korruption“, mangelnde Glaubwürdigkeit und der Verlust der moralischen Integrität waren die am häufigsten erhobenen Vorwürfe⁴⁷.

Wer versucht ist, diese Bewertungen mit dem Etikett des moralischen Rigorismus zu versehen, wird zu zögern beginnen, wenn er die ostdeutschen Journalisten selber hört:

- „Das einzige Pfund, mit dem ich wuchern kann, ist mein Opportunismus-Vermögen“, erklärte ein Journalist ohne erkennbaren Selbstzweifel⁴⁸.
- „Wie schnell Journalisten die Kurve kriegen, da bin ich fassungslos. Welche Namen jetzt wo auftauchen... Stramme ADN-Leute, Leute aus der Agitationsabteilung des ZK sind bei ‚BILD‘ untergekommen.“⁴⁹
- „Ich kann sagen, daß es mir keinen Spaß mehr macht, wenn ich unter bestimmten Marktverhältnissen... noch mal vermarktet werden soll... Irgendwann sollen gute Gehälter gezahlt werden, das steigert die Korruption, Skrupellosigkeit.“⁵⁰
- Ein ehemaliger DDR-Medienwissenschaftler kritisierte, daß die meisten der früher angepaßten Journalisten wieder „eine Apologetik der jetzigen (Medien-) Verhältnisse“ betreiben: „Es hat den Anschein, als ob diese genau nach dem Typ des in der DDR gezeugten Journalisten verlangen, jedenfalls erweisen sich viele von ihnen als außerordentlich kompatibel... Die starke Fixierung auf den Chefredakteur ist

47 Vgl. Journalist-Forum: „Perspektiven der Einheit“, in: Journalist, (1990) 10, S. 24–29; vgl. auch S. Pannen (Anm. 12), S. 178–182.

48 Dietmar Ringel (DT 64), in: R. Schubert (Anm. 2), S. 94.

49 Wolfgang Spickermann (Neues Deutschland), in: ebd., S. 22.

50 Stefan Amzoll (DS Kultur), in: ebd., S. 103.

wie ehemals zu beobachten, vielen Redakteuren fehlt ein konsistentes inneres Modell von Journalismus, das sie auch gegen Widerstände zu leben bereit sind. Die meisten machen wie früher ‚ihren Job‘ . . ., kritische Selbstreflexion findet, wenn überhaupt, wiederum in Nischen statt.⁵¹

Bezieht man die seit der Vereinigung eher gewachsenen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen in die Überlegung ein, dann stellt sich die personelle Kontinuität, die insbesondere bei den Nachfolgezeitungen der SED-Bezirkspresse zu konstatieren ist, als ein äußerst widersprüchliches Phänomen dar. Es gibt Defizite, deren negative Auswirkungen nicht zu unterschätzen sind. Die teilweise unterentwickelten handwerklichen Fähigkeiten bezüglich des Recherchierens, der Informationsverarbeitung (Trennung von Information und Meinung), des sprachlichen Ausdrucks (man denke an das jahrelange praktizierte Parteideutsch) und des Arbeitens unter extremem Termindruck sind nicht das eigentliche Problem. Eine professionelle Arbeitsweise läßt sich trainieren, und intensive Umschulungsmaßnahmen zeigen, daß dies auch geschieht. Es ist in erster Linie die geistig-moralische Verfassung ehemaliger DDR-Journalisten, die Zweifel an ihrer Eignung aufkommen lassen. Identitätsprobleme, unverarbeitete Schuldgefühle und ein geringes Selbstwertgefühl sind einige der Schwierigkeiten, die die „gewendeten“ Journalisten daran hindern, die für sie völlig neue journalistische Kontrollfunktion als sogenannte vierte Gewalt wahrzunehmen. So verhalten sie sich oft defensiv, wo kritisches Nachfragen angebracht wäre, weil ihnen aufgrund der früheren politischen Verstrickung ihre fehlende Legitimation zur Kontrolle der demokratisch gewählten Politiker durchaus bewußt ist.⁵²

Es gibt andererseits gute Gründe für eine Weiterbeschäftigung der ehemaligen DDR-Journalisten. Anders als ihre Kollegen aus dem Westen kennen sie die psychosoziale Befindlichkeit der Ostdeutschen, wissen sie um die Schwierigkeiten, mit einer entwerteten Biographie fertig zu werden, können sie ihren Lesern helfen, sich auf die völlig verän-

dernten Lebensumstände einzustellen. Die Fähigkeit, authentisch und überdies in einer den Neubundesbürgern verständlichen Sprache zu berichten, spricht ebenfalls für sie. Aus eigener Betroffenheit wählen sie oftmals die richtigen Themen zum richtigen Zeitpunkt.

Die Neuorientierung nach dem Verlust aller Gewißheiten braucht Zeit, daran kann kein Zweifel bestehen. Problematisch ist allerdings, daß sich durch den Verzicht auf eine Neukonstituierung der meisten Redaktionsstäbe eine Vielzahl von Journalisten in einem Umlernprozeß befindet, so daß sich die Monopolstellung der SED-Nachfolgezeitungen noch nachteiliger auswirkt, als es durch das Fehlen eines pluralistischen Presseangebotes ohnehin der Fall ist.

2. Auswege aus dem Dilemma

Zwar kann ein „harter und auch radikaler Schnitt“ bei all jenen, die in der DDR journalistisch gearbeitet haben, – so der Vorschlag des Chefredakteurs der Neuen Ruhrzeitung (NRZ) aus Essen – nicht als Ausweg aus dem Dilemma angesehen werden, ebensowenig wie die „Übernahme durch leistungsstarke und Unabhängigkeit praktizierende Redaktionen in der bisherigen West-Republik“⁵³. Denn dort, wo wichtige Positionen ausschließlich mit Westdeutschen besetzt worden sind, ergeben sich ebenfalls Defizite, wie in anderem Zusammenhang bereits dargestellt worden ist. Wie wenig die von Westdeutschen produzierten Berichte in den neuen Ländern geschätzt werden, zeigt die Tatsache, daß überregionale Blätter aus Frankfurt/Main, Hamburg oder München auf dem dortigen Markt bisher keine nennenswerte Chance haben: Weder die behandelten Themen noch deren Aufmachung entsprechen den Bedürfnissen und Erwartungen der Ostdeutschen.

Der einzig gangbare Weg, um die unterschiedlichen Erfahrungen der letzten vierzig Jahre für den Integrationsprozeß zu nutzen, scheint eine angemessene Beteiligung von Ost- und Westjournalisten in sämtlichen Redaktionen zu sein, da die tägliche enge Zusammenarbeit die beste Möglichkeit ist, um die beiderseits noch vorhandenen Ressentiments abzubauen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Bisher gibt es gemischte Teams nur bei den Zeitungen, die nach der Wende neu gegründet worden sind. Gerade wegen ihrer Multiplikatorenfunktion wäre auch vielen Journalisten die Erfahrung zu wünschen, daß das Zusammenwachsen nur durch ein verständnisvolles Miteinander gelingen kann.

51 Wolfgang Tiedke, früher Dozent an der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: *medium*, (1993) 2, S. 44.

52 Welche Folgen diese Unsicherheit für die Qualität des Journalismus hat, belegt ein Interview mit einer ADN-Journalistin, die dem Beobachter unfreiwillig einen Blick hinter die Kulissen erlaubt. In der Absicht, sich von den „aggressiven West-Journalisten“ zu distanzieren, sagt sie: „Bei Pressekonferenzen sortiert es sich nach Ost/West. In der ersten Phase waren unsere (ostdeutschen) Politiker sehr auf West-Vertreter aus gewesen, die gehen nicht gut mit ihnen um. Jetzt wollen sie lieber ohne die Wessis. Jetzt machen wir die Pressekonferenz nur unter Ost-Leuten.“ Vgl. Patricia Schubert, in: R. Schubert (Anm. 2), S. 45.

53 Jens Feddersen im Journalist-Forum: „Perspektiven der Einheit“, in: *Journalist*, (1990) 10, S. 25.

Norbert Seitz: Aufstieg und Fall der Frankfurter Kulturpolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/93, S. 3–8

Die Frankfurter Kulturpolitik galt über Jahrzehnte als modellhaft. Kulturdezernent Hilmar Hoffmann war es während seiner langen Amtszeit (1970 bis 1990) gelungen, den Kulturanteil am städtischen Gesamthaushalt auf die europäische Spitzenmarke von über elf Prozent zu steigern. Die progressiv-emanzipatorisch angelegte Kulturpolitik wurde von der CDU über Jahre als „linksideologisch“ bekämpft. Doch nach ihrem Wahlsieg 1977 übernahm der neue Oberbürgermeister Walter Wallmann den einst so beförderten sozialdemokratischen Dezernenten. Nunmehr lehnte die Linke seine „Kultur für alle“ überwiegend als „Scheckbuch-“ oder „Repräsentationskultur“ ab.

Schließlich fand man aber auch im linken Lager aus dem Krähwinkel des kleinmütigen Protests heraus und versuchte sich betont urbanistisch zu profilieren. Rot-Grün gewann 1989 die Mehrheit im Frankfurter Römer zurück. Doch die Kulturexpansion hatte bereits ihren Zenit überschritten, neue Großprojekte konnten nicht mehr realisiert werden. Nach der für die SPD desaströs verlaufenen Märzwahl 1993 beschlossen die rot-grünen Koalitionäre gravierende Einschnitte in den Kulturetat um 50 Millionen binnen zwei Jahren. Dumpfes Entsetzen brach in der Kulturszene aus, während die Kulturpolitik zwischen einer „Ohne-Mich“-Mentalität und plattem Deregulationsgehebe schwankte. Ohne Geld, Geist und Konzept scheint nunmehr das langjährige Frankfurter Modell an sein Ende gelangt zu sein.

Ulrich Glaser/Thomas Rübke: Zwanzig Jahre Soziokultur in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen jungem Aufbruch und vorzeitiger Vergreisung?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/93, S. 9–15

Kulturpolitik ist in letzter Zeit wieder ins Gespräch gekommen, aber die Gründe hierfür können die Kulturschaffenden nicht gerade froh stimmen: Die medienwirksame Schließung des Schillertheaters in Berlin ist nur das Startzeichen für zu erwartende empfindliche Einschnitte in den öffentlichen Kulturhaushalten. In Zeiten knappen Geldes lohnt der (Rück-)Blick auf Konzepte, ihre Erfolge und Enttäuschungen.

Eines der prominentesten kulturpolitischen Programme der letzten zwanzig Jahre ist zweifellos die „Soziokultur“ oder „Kultur für alle“, für die die prominentesten Vertreter kommunaler Kulturpolitik wie Hilmar Hoffmann in Frankfurt und Hermann Glaser in Nürnberg Pate standen. Was ist aus den Verheißungen des „erweiterten Kulturbegriffs“ geworden, der die Grenzen zwischen gesellschaftlichem und politischem Denken und Handeln einerseits und künstlerischer Kreativität andererseits durchlässiger machen wollte? Der vorliegende Beitrag versucht nach zwanzig Jahren ein vorläufiges Resümee zu ziehen und wagt in Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit und Orientierungslosigkeit, die die aktuelle kulturpolitische Debatte kennzeichnen, den Ausblick auf künftige Aufgaben einer sozial und politisch verantwortungsvollen Kulturpolitik.

Winfried Schulz: Medienwirklichkeit und Medienwirkung. Aktuelle Entwicklungen der Massenkommunikation und ihre Folgen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/93, S. 16–26

Die Entwicklung der Massenmedien in der letzten Dekade weist eine neue Qualität auf. Sie läßt sich kennzeichnen mit den Stichworten technologische Integration, Internationalisierung, Kommerzialisierung und Angebotsexplosion. Diese Tendenzen verstärken sich wechselseitig, so daß die weitere Entwicklung nur noch schwer steuerbar ist. Als Folge der Veränderungen im Mediensystem haben sich die Nutzungsmuster des Publikums gewandelt. Die beobachtbaren Folgen für Denken und Handeln der Menschen, für den Zustand der Gesellschaft und für das Funktionieren unserer Demokratie lassen sich zu drei Thesen verdichten: 1. Die Medien erweitern unser Weltwissen durch synthetische Erfahrung erheblich und verwischen dabei zugleich die Grenzen zwischen Realität und Fiktion. 2. Die Medien sind Stimulans und Sedativum; sie ermöglichen ihren Nutzern eine beliebige Kontrolle von Stimmungen und Gefühlen. 3. Der moderne Öffentlichkeitsprozeß erhöht das Risiko des kollektiven Irrtums.

Die Gefahren des Wirklichkeitsverlustes, eines exzessiven Hedonismus oder risikoreicher Öffentlichkeitsprozesse lassen sich weder durch Marktkräfte noch durch gesetzliche Regelungen abwenden. Möglichkeiten werden jedoch darin gesehen, die Selbstkontrolle und Selbststeuerung des Mediensystems zu verbessern. Diese Prozesse und vor allem auch die öffentliche Diskussion über erwünschte und bedenkliche Folgen der Medienentwicklung können befördert werden durch: 1. systematische Beobachtung des Mediensystems mit wissenschaftlichen Methoden, 2. professionelle Medienkritik, 3. Nutzerkritik und medienpolitische Bürgerinitiativen sowie 4. Einrichtung eines Sachverständigenrats zur Begutachtung der Medienentwicklung.

Hermann Boverter: Ohnmacht der Medien. Die Kapitulation der Medien vor der Wirklichkeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/93, S. 27–35

Nähe und Distanz der Medien zur Politik lassen es im Klima der „Politikverdrossenheit“ zu einem Wechselspiel kommen, das Verdruss an den Medien hervorbringt. Die Medienentwicklung erlebt gegenwärtig einen starken Wachstumsschub. In der Technikexplosion und Kommerzialisierung kommt es zu einem Qualitätsverlust an öffentlicher Kommunikation, zu einer „Verwilderung journalistischer Sitten“ bis hin zum „Schweinejournalismus“. Die Medien selbst analysieren die Schwachpunkte schonungslos und machen Medienkritik zum Thema: Was ist Journalismus, was nicht?

Die Ausfallerscheinungen gehen einher mit einer allgemeinen Orientierungskrise in Staat und Gesellschaft. Sind zu viele Medien auf der Seite der „Desorientierung“ zu finden? Ein Überdenken der Aufklärung ist gefordert; die Demokratie wird Schaden nehmen, wenn Inszenierung und Mediatisierung eine verkehrte und verstellte Welt erzeugen. In der „Selbstreferentialität“ verstrickt sich das Mediensystem in den eigenen Spiegelungen. Kapitulieren die Medien vor der herausfordernden Komplexität der Wirklichkeit? Was ist Wahrheit, was ist Wirklichkeit – im Journalismus der heutigen Mediengesellschaft? In dieser Lage ist an die Prinzipien und Aufgaben des Journalismus zu erinnern, die unter dem Zynismus der Ökonomisierung und Beliebigkeit verlorenzugehen drohen. „Die verlorene Ehre der Meinungsmacher“ steht auf dem Prüfstand. Medienethik in Deutschland: Die Kompetenz aller im Umgang mit den Medien und medienkulturellen Herausforderungen muß zunehmen.

Irene Charlotte Streul: Die Umgestaltung des Mediensystems in Ostdeutschland. Strukturwandel und medienpolitische Neuorientierung in Rundfunk und Presse seit 1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/93, S. 36–46

In dem von der SED streng kontrollierten Mediensystem konnte sich ein investigativer, aufklärerischer Journalismus nirgendwo entfalten, weil Rundfunk und Presse als Propagandainstrumente mißbraucht wurden. Trotz der systemstabilisierenden Funktion der DDR-Journalisten sind eine Vielzahl von ihnen von den neuen Rundfunksendern und Zeitungsverlagen übernommen worden.

Mit der im Zuge der Wiedervereinigung notwendig gewordenen Umstrukturierung der ostdeutschen Rundfunklandschaft wurde der CSU-Medienexperte Mühlfnzl beauftragt. Seine Aufgabe bestand darin, die zentralen Staatssender aufzulösen und in Anstalten des öffentlichen Rechts zu überführen. Parallel zur Abwicklung der DDR-Sender erfolgte die Neugründung des Mitteldeutschen Rundfunks und des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg. Wegen des unzulässigen Parteieneinflusses und der Verletzung des Gebots der Staatsferne ist die Neuordnung in der Öffentlichkeit zu Recht heftig kritisiert worden.

Der Wandel der DDR-Presse von einem Propagandainstrument zu einem privatwirtschaftlich organisierten Massenmedium begann bereits wenige Wochen nach der Wende. Ab 1990 gab es knapp sechzig neue Tageszeitungen auf dem ostdeutschen Markt, von denen aufgrund des Konkurrenzdrucks inzwischen die Hälfte wieder eingestellt werden mußte. Die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt trug zum Konkurs kleinerer Zeitungsverlage bei, weil sie die auflagenstarken, gewinnträchtigen SED-Bezirkszeitungen nach dem Höchstgebot verkaufte und nur die finanzkräftigen Großverlage dabei zum Zuge kommen konnten. 90 Prozent des ostdeutschen Zeitungsmarktes sind nunmehr in den Händen weniger Verlage, so daß von Informationsvielfalt im Osten nicht die Rede sein kann. Bedenklich ist zudem die weitgehende Übernahme der früheren Redaktionsstäbe, da sich die nach dem Prinzip der „Parteilichkeit“ ausgebildeten DDR-Journalisten mit ihrer neuen Rolle als sogenannte „vierte Gewalt“ schwertun. Bessere Voraussetzungen für ein Umlernen bestehen für jene Ost-Journalisten, die bei den neugegründeten Zeitungen eingestellt wurden und dort mit westdeutschen Kollegen zusammenarbeiten.

Für alle aber gilt, daß sie sich zunächst glaubwürdig mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen müssen, wenn der Neuanfang gelingen soll.